

Personalbericht 2011

Band I

Jahresbericht zu Personalstruktur und
Personalausgaben des Jahres 2010

Die Senatorin für Finanzen



Freie
Hansestadt
Bremen

Herausgeber: Die Senatorin für Finanzen
Referat 32 - Personalcontrolling und IT im Personalmanagement
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Ansprechpartner: Jens-Thorsten Sommer
Telefon: 0421 / 361 10173
e-mail: jens-thorsten.sommer@finanzen.bremen.de

Juliane Bahrenburg
Telefon: 0421 / 361 10108
e-mail: juliane.bahrenburg@finanzen.bremen.de

Dr. Doris Krause-Nicolai
Telefon: 0421 / 361 90412
e-mail: doris.krause-nicolai@finanzen.bremen.de

Druck: Druckerei Senatorin für Finanzen

Dieser Bericht steht im Internet unter www.finanzen.bremen.de/info/personalcontrollingberichte zur Verfügung.

Bremen, im März 2012

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis.....	III
Verzeichnis der Schaubilder.....	IV
1 Einleitung	1
1.1 Personal in Bremen im Überblick.....	1
1.1.1 Ausdifferenzierung des öffentlichen Dienstes in Bremen.....	1
1.1.2 Übersicht Beschäftigungsstruktur und Personalausgaben.....	3
1.1.3 Entwicklung des Volumens in der Kernverwaltung und den ausgelagerten Bereichen	6
1.1.4 Entwicklung der Personalstruktur.....	10
1.2 Ländervergleiche.....	13
2 Personalstrukturdaten	15
2.1 Personalbestandsstatistik.....	15
2.1.1 Beschäftigte nach Status- und Laufbahngruppen	15
2.1.2 Beschäftigte nach ausgewählten Personalgruppen	17
2.1.3 Abwesende.....	21
2.1.4 Auszubildende.....	22
2.1.5 Fortbildung	24
2.1.6 Beschäftigtengruppen nach Alter	27
2.1.7 Schwerbehinderte	28
2.1.8 Staatsangehörigkeit.....	30
2.1.9 Teilzeit.....	31
2.2 Personalveränderungen	39
2.2.1 Fehlzeiten (Krankenstand)	39

2.2.2	Abgänge und Fluktuation	45
2.2.3	Entwicklung des Stellenindex.....	46
2.2.4	Beförderungen und Höhergruppierungen.....	50
3	Personalausgaben	53
3.1	Personalausgaben in Bremen und Bremerhaven	53
3.2	Entwicklung der Personalausgaben in Bremen (Land und Stadtgemeinde).....	55
3.3	Zusammensetzung der Personalausgaben in der Kernverwaltung.....	57
4	Kranken- und Unfallfürsorge	59
5	Versorgung und Ruheohn	61
5.1	Überblick	61
5.2	Versorgungsvorsorge	62
5.2.1	Sondervermögen Versorgungsrücklage.....	62
5.2.2	Anstalt für Versorgungsvorsorge.....	64
5.2.3	Rücklage Zusatzversorgung.....	65
5.3	Anpassung der Lebensarbeitszeit der Beamten	65

Anhangsverzeichnis

Anhang

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Übersicht über die bremischen Mehrheitsgesellschaften	2
Tabelle 2:	Personalmengenabbau (2000 bis 2010)	7
Tabelle 3:	Entwicklung des Volumens (2000 bis 2010)	6
Tabelle 4:	Konsolidierungsbeiträge des Personals (2000 bis 2010)	10
Tabelle 5:	Überblick über die Personalstruktur in den verschiedenen Bereichen (2010)	11
Tabelle 6:	Wandel der Personalstruktur in der Kernverwaltung (2000 bis 2010)	12
Tabelle 7:	Wandel der Personalstruktur in den ausgegliederten Bereichen (2000 bis 2010)	12
Tabelle 8:	Durchschnittsalter der Beschäftigten nach Personalgruppen in der Kernverwaltung und den ausgegliederten Bereichen (2010)	20
Tabelle 9:	Durchschnittsalter der Beschäftigten nach Personalgruppen in den Mehrheitsgesellschaften (2010)	21
Tabelle 10:	Umfang der Teilzeitbeschäftigung in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010 - ohne Altersteilzeit)	34
Tabelle 11:	Abgänge nach Abgangsgründen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	45
Tabelle 13:	Entwicklung des Stellenindex in der Kernverwaltung	47
Tabelle 14:	Entwicklung des Stellenindex in den ausgegliederten Bereichen	47
Tabelle 15:	Personalausgaben im Stadtstaat Bremen	53
Tabelle 16:	Entwicklung der Dienstbezüge in der Kernverwaltung seit 2000	56
Tabelle 17:	Entwicklung der Versorgungsausgaben seit 2000	56
Tabelle 18:	Personalausgaben der Kernverwaltung nach Arten (2000 bis 2010)	58
Tabelle 19:	Beihilfeausgaben nach Art der Krankenversicherung (2010)	60
Tabelle 20:	Versorgungsempfänger und Versorgungsvolumen (2010)	62
Tabelle 21:	Zuführungen an das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Bremen“ (2000 bis 2010)	63

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1: Beschäftigung im Konzern Bremen 2010	3
Schaubild 2: Beschäftigung in Bremen nach Bereichen (2010)	4
Schaubild 3: Beschäftigungsstruktur und Personalausgaben (2010)	5
Schaubild 4: Entwicklung der bereinigten Dienstbezüge	9
Schaubild 5: Entwicklung des Beschäftigungsvolumens seit 2000 (Länder und Gemeinden ohne Hochschulen und Krankenhäuser)	13
Schaubild 6: Personal im öffentlichen Dienst der Länder und Gemeinden (2010)	14
Schaubild 7: Statusgruppen und Laufbahngruppen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	15
Schaubild 8: Status- und Laufbahngruppen nach Geschlecht in der Kernverwaltung (2010)	16
Schaubild 9: Status und Laufbahngruppen nach Geschlecht in den Ausgliederungen (2010)	17
Schaubild 10: Anteile der Beschäftigten nach ausgewählten Personalgruppen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	18
Schaubild 11: Anteile der Beschäftigten nach ausgewählten Personalgruppen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	18
Schaubild 12: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen nach ausgewählten Personalgruppen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 und 2010)	19
Schaubild 13: Beschäftigte nach ausgewählten Personalgruppen sowie Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	20
Schaubild 14: Abwesende nach Abwesenheitsstatus in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	22
Schaubild 15: Entwicklung der Anzahl an Auszubildenden in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 bis 2010)	23
Schaubild 16: Auszubildende nach Statusgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	23
Schaubild 17: Belegungen von Veranstaltungen der Senatorin für Finanzen und beim LIS nach Themenbereichen (2010)	25
Schaubild 18: Belegungsquote von Veranstaltungen der Senatorin für Finanzen und beim LIS nach Geschlecht (2010)	26
Schaubild 19: Belegungsquote von Veranstaltungen der Senatorin für Finanzen und beim LIS nach Ressorts (2010)	26
Schaubild 20: Anzahl der Beschäftigten nach Altersgruppen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	27

Schaubild 21: Altersstruktur der Beschäftigten in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	28
Schaubild 22: Entwicklung der Schwerbehindertenbeschäftigungsquote in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2001 bis 2010)	29
Schaubild 23: Erfüllung der Beschäftigungsquote durch die "Obersten Landesbehörden" im Jahresdurchschnitt (2009)	30
Schaubild 24: Teilzeitquoten in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	32
Schaubild 25: Entwicklung der Teilzeitquote in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen ohne Altersteilzeitfälle (2000 bis 2010)	34
Schaubild 26: Teilzeitbeschäftigung und Altersteilzeit nach Geschlecht und Bereichen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	35
Schaubild 27: Teilzeitquote (ohne Altersteilzeit) nach Geschlecht und Laufbahngruppen in der Kernverwaltung (2010)	35
Schaubild 28: Teilzeitquote (ohne Altersteilzeit) nach Geschlecht und Laufbahngruppen in den Ausgliederungen (2010)	36
Schaubild 29: Teilzeitquote (ohne Altersteilzeit) in den Altersgruppen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	36
Schaubild 30: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in Altersteilzeit in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 bis 2010)	38
Schaubild 31: Altersteilzeit nach Statusgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	38
Schaubild 32: Altersteilzeit nach Laufbahngruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	39
Schaubild 33: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2009 bis 2011)	41
Schaubild 34: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Dauer der Erkrankung und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	42
Schaubild 35: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Altersgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	42
Schaubild 36: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Entlohnungsstufen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	43
Schaubild 37: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Laufbahngruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	43
Schaubild 38: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Personalgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	44
Schaubild 39: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Geschlecht und Umfang der Arbeitszeit in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	44

Schaubild 40: Vergleich der Altersstruktur im Kernbereich von 2009 bis 2011	46
Schaubild 41: Veränderung des Stellenindex in der Kernverwaltung (2000 bis 2010)	48
Schaubild 42: Veränderung des Stellenindex in den Ausgliederungen (2000 bis 2010)	48
Schaubild 43: Entlohnungsstufen in der Kernverwaltung (2000 und 2010)	49
Schaubild 44: Entlohnungsstufen in den Ausgliederungen (2000 und 2010)	50
Schaubild 45: Entwicklung der Anzahl der Beförderungen und Höhergruppierungen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2002 bis 2010)	51
Schaubild 46: Beförderungen und Höhergruppierungen nach Status-, Laufbahngruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung 2010	52
Schaubild 47: Beförderungen und Höhergruppierungen nach Status-, Laufbahngruppen und Geschlecht in den Ausgliederungen 2010	52
Schaubild 48: Personalausgaben 2010 in der Kernverwaltung des Stadtstaates Bremen (in T €)	54
Schaubild 49: Entwicklung der bereinigten Personalhaushalte (2000 bis 2010)	55
Schaubild 50: Personalausgaben der Kernverwaltung nach Arten (2010)	57
Schaubild 51: Entwicklung der Ausgaben für Kranken- und Unfallfürsorge (2000 bis 2010)	59

1 Einleitung

In den Personalberichten der Freien Hansestadt Bremen steht – wie auch in den vergangenen Jahren – die Analyse der Veränderung von Personalstrukturdaten und Personalausgaben im Mittelpunkt.

In diesem Jahr erstreckt sich die Berichterstattung zum ersten Mal auch auf die bremischen Mehrheitsgesellschaften. Aufgrund der in § 12 des Bremischen Haushaltsgesetzes dargelegten periodischen Berichtspflicht des Senats gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuss, der Berichtspflichten aus dem § 51a GmbH-Gesetz sowie aus gesellschaftsvertraglichen Regelungen ergibt sich die Notwendigkeit zur Erstellung von Controllingberichten zum Personal in bremischen Gesellschaften. Das Ziel eines konzernweiten Personalcontrollings bzw. -berichtswesens liegt in der Herstellung von Transparenz in Bezug auf Personalbestand, Beschäftigungsstrukturen und Personalausgaben für den Senat, die Bürgerschaft und die Öffentlichkeit. Die Senatskommission für öffentliche Unternehmen hat deswegen beschlossen, die Personalberichterstattung auf die Gesellschaften auszudehnen, an denen die Freie Hansestadt Bremen zu mehr als 50 % beteiligt ist. Hiervon ausgenommen sind allerdings die GEWOBA, die BLG, die Flughafen GmbH und die BSAG.¹ In den Auswertungen zur Personalstruktur werden im Folgenden die bremischen Mehrheitsgesellschaften ohne die genannten Ausnahmen untersucht. In einem aufwändigen Verfahren wurden nach einem Probelauf mit Daten des Jahres 2009 erstmals für das Jahr 2010 umfangreiche Echtdateien zum Personal von den genannten bremischen Mehrheitsgesellschaften (siehe Tabelle 1) durch die Senatorin für Finanzen erhoben und ausgewertet. Im Vergleich zu den anderen in diesem Bericht dargestellten Daten des öffentlichen Dienstes sind für die bremischen Mehrheitsgesellschaften daher nur stichtagsbezogene Vergleiche (31.12.2010), nicht aber Periodenvergleiche möglich.

1.1 Personal in Bremen im Überblick

1.1.1 Ausdifferenzierung des öffentlichen Dienstes in Bremen

Erstmals wird mit diesem Bericht ein Überblick über alle Bereiche von Beschäftigung im öffentlichen Dienst und den öffentlichen Gesellschaften der Freien Hansestadt Bremen vorgelegt. Bei der Ermittlung der Gesamtzahl der Beschäftigten und der Gesamtpersonalausgaben werden neben der Erhebung von Daten der Dienststellen, Einrichtungen und Gesellschaften auch Angaben aus dem Beteiligungsbericht der Senatorin für Finanzen verwendet. Die bremischen Mehrheitsgesellschaften, über die im Folgenden berichtet wird, bilden eine Teilmenge der

¹ Sitzungen der Senatskommission für öffentliche Unternehmen vom 20.05.2008 und 30.06.2008

Beteiligungen. In ihnen sind 9.422 Personen beschäftigt, was 19,7 % der Beschäftigten entspricht. Etwa 9.450 Personen sind darüber hinaus in den großen Gesellschaften GEWOBA, BLG, BSAG und Flughafen GmbH sowie in den Minderheitsbeteiligungen beschäftigt. Tabelle 1 zeigt eine Auflistung der in diesem Personalbericht berücksichtigten Gesellschaften.

Tabelle 1: Übersicht über die bremischen Mehrheitsgesellschaften

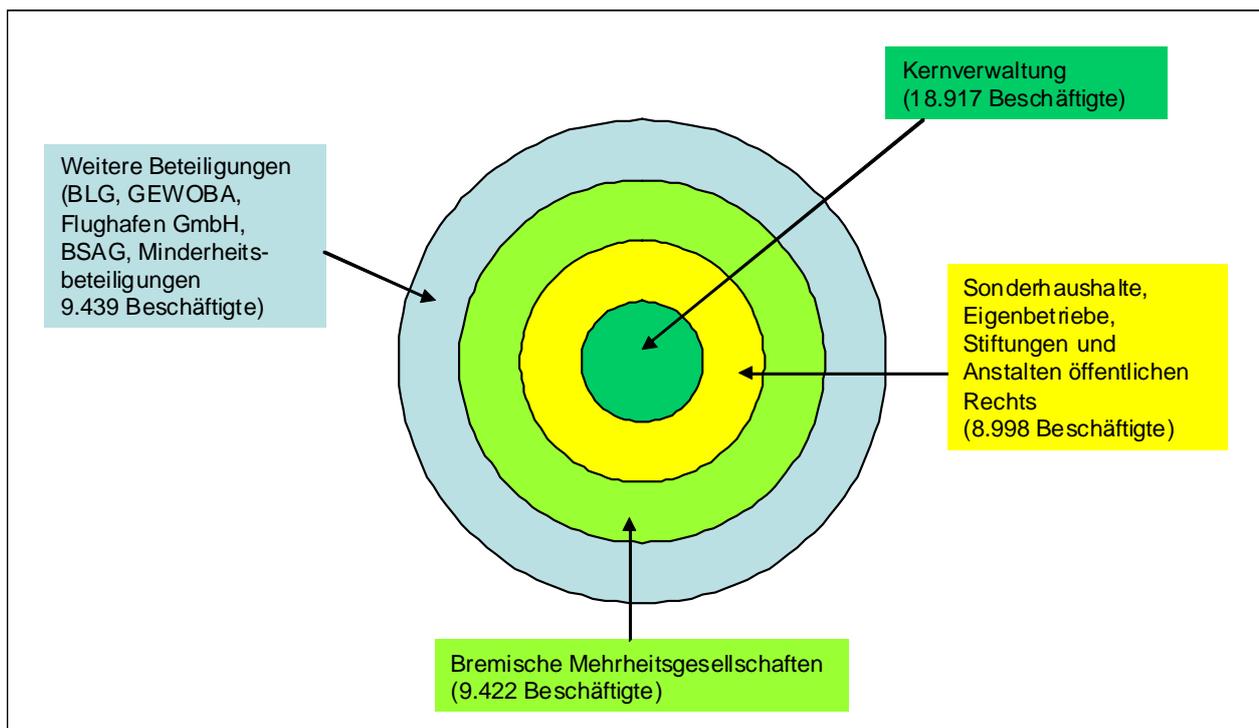
Senatorische Zuordnung/bremische Mehrheitsgesellschaften	
	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
1	bremer und bremerhavener arbeit GmbH
2	Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen
3	Klinikservice-Gesellschaft Bremen mbH
4	Rehazentrum Bremen GmbH
5	Werkstatt Nord GmbH
	Senator für Inneres und Sport
6	Bremer Bäder GmbH
	Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
7	Brepark GmbH
8	Hanseatische Naturentwicklung GmbH
9	Rhododendronpark GmbH
	Senator für Kultur
10	Theater Bremen GmbH
	Senator für Wirtschaft und Häfen
11	bremenports GmbH & Co. KG
12	Bremer Ratskeller GmbH
13	BTZ Bremer Touristik Zentrale Gesellschaft für Marketing und Service mbH
14	Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH
15	Glocke Veranstaltungs GmbH
16	Großmarkt Bremen GmbH
17	WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH
	Senatorin für Finanzen
18	Ausbildungsgesellschaft mbH
19	bremen online Services GmbH & Co. KG
20	bremen online GmbH

Bei der Analyse des bremischen Personals ergeben sich somit vier Betrachtungsebenen:

1. Die „klassische“ Kernverwaltung des öffentlichen Dienstes
2. Die ausgelagerten Bereiche der Verwaltung; hierunter werden die Sonderhaushalte, Eigenbetriebe, Stiftungen öffentlichen Rechts sowie die Anstalten öffentlichen Rechts geführt
3. Die bremischen Mehrheitsgesellschaften, über die hier berichtet wird (siehe Tabelle 1)
4. Die großen bremischen Gesellschaften GEWOBA, BLG, Flughafen GmbH und BSAG sowie Minderheitsbeteiligungen, die (weitestgehend) von dieser Berichterstattung ausgeschlossen sind

Die Betrachtungsebenen 3 und 4 umfassen damit sämtliche Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen.

Schaubild 1: Beschäftigung im Konzern Bremen 2010

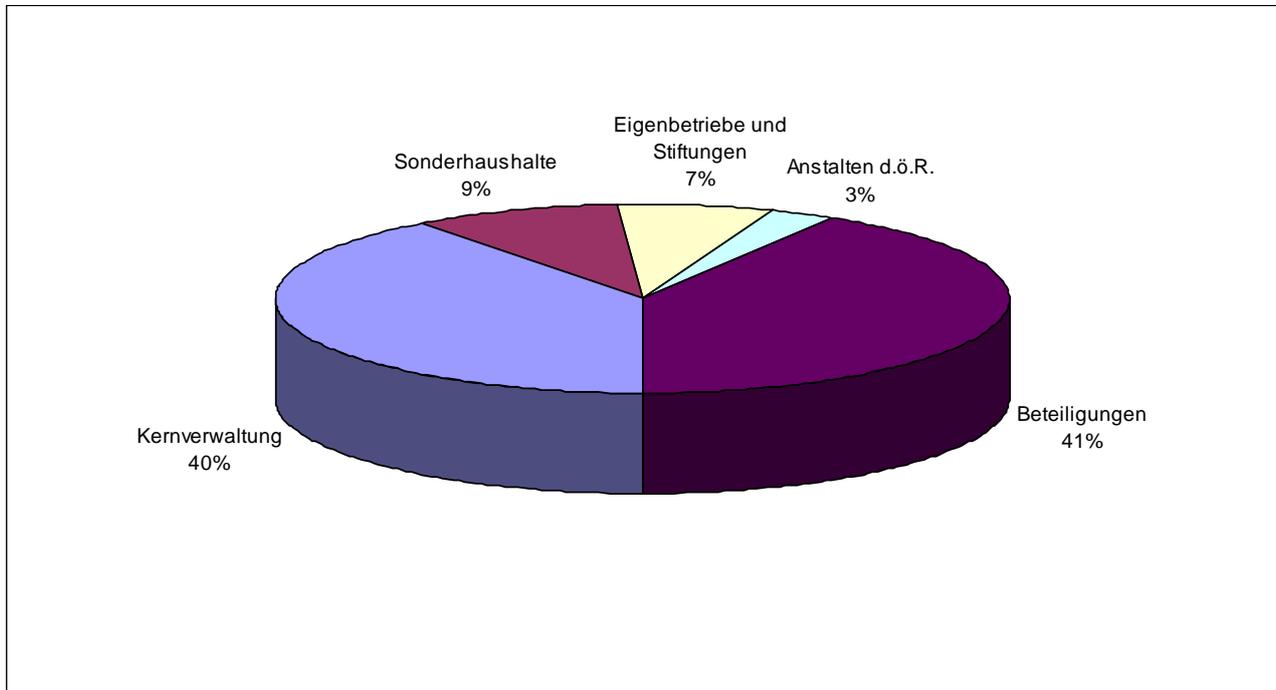


1.1.2 Übersicht Beschäftigungsstruktur und Personalausgaben

In allen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Gesellschaften in Bremen arbeiten 2010 zusammen knapp 47.000 Beschäftigte. Die größten Anteile der Beschäftigung liegen in der Kernverwaltung und den Gesellschaften, an denen die Freie Hansestadt Bremen Mehrheitsbeteiligungen hält – darunter Krankenhäuser, BLG, BSAG und GEWOBA. In den Beteiligungen sind im Jahr 2010 mehr Personen (41 %) als in der Kernverwaltung (40 %) beschäftigt. Der verbleibende Anteil von rund 19 % verteilt sich auf die unter dem Oberbegriff

„Ausgliederungen“ zusammengefassten Sonderhaushalte, Eigenbetriebe, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts.

Schaubild 2: Beschäftigung in Bremen nach Bereichen (2010)



Nach Abzug sonstiger Beschäftigter (wie Auszubildende und Praktikanten/-innen), abwesenden Mitarbeitern/-innen sowie der Umrechnung von Teilzeitstellen in anteilige Vollzeitstellen ergibt sich ein Volumen von insgesamt rund 37.800 Vollkräften. Diesem Volumen stehen 2010 Personalausgaben (Bezüge ohne Versorgung, Beihilfe, etc.) in Höhe von rund 1,97 Mrd. €² gegenüber. Rechnerisch ergeben sich somit durchschnittliche Personalausgaben von rund 52 T€ pro Vollzeitbeschäftigten. Unter Berücksichtigung der Auszubildenden und Praktikanten/-innen ergeben sich durchschnittliche Personalausgaben von etwa 48,7 T€ pro Vollzeitkraft.

² Die Personalausgaben der Beteiligungen sind wie in den Vorjahren dem Beteiligungsbericht entnommen, siehe: Beteiligungsbericht der Freien Hansestadt Bremen 2009/2010, Die Senatorin für Finanzen (Hrsg.), Bremen, November 2010.

Schaubild 3: Beschäftigungsstruktur und Personalausgaben (2010)

	Insgesamt	Kern- verwaltung	Sonderhaus- halte nach § 15 LHO	Betriebe nach § 26 LHO	Anstalten des öffentl. Rechts	Stiftungen des öffentl. Rechts	Beteili- gungen ^{1) 2)} gesamt	davon: bremische Mehrheits- gesellschaften ²⁾⁶⁾
Beschäftigte insgesamt ³⁾	46.776	18.917	4.425	3.220	1.257	96	18.861	9.422
- Sonstige (Anwärter, Auszubildende, Praktikanten, ABM)	2.565	1.577	0	0	2	0	986	483
= Basis Personalstruktur insgesamt	44.211	17.340	4.425	3.220	1.255	96	17.875	8.939
davon in der Berichterstattung ⁴⁾	35.275	17.340	4.425	3.220	1.255	96		8.939
Umrechnung Teilzeit in Vollzeit								
= Zahl der Vollkräfte insgesamt	38.882	15.448	3.714	2.645	968	75	16.032	7.239
- Abwesende	1.099	692	134	212	60	1	k.A.	460
= Volumen	37.783	14.756	3.580	2.433	908	74	16.032	6.779
- Refinanzierte	20.639	739	453	2.433	908	74	16.032	6.779
- temporäre personalwirtschaftliche Verstärkungsmittel	430	430	0	0	0	0	0	0
= Beschäftigungsvolumen	16.714	13.586	3.128	0	0	0	0	0
Personalausgaben (T€) ⁵⁾	1.965.948	733.380	213.322	111.329	41.531	3.796	862.590	k.A.

1) Die Angaben über die Beteiligungen wurden aus dem Beteiligungsbericht 2009/2010 übernommen. Hier stehen nur Informationen über das Volumen zur Verfügung, die Zahl der Beschäftigten basiert auf einer Berechnung anhand der Teilzeitquote.

2) Enthalten sind nur die Beteiligungen, bei denen Bremen mind. 50% der Anteile besitzt und bei denen Personal beschäftigt wird.

3) Ohne Bürgermeister, Senatoren, Nebenamtler, -berufler und Zivildienstleistende.

4) Basis Personalstruktur wird im folgenden Bericht ohne "Beteiligungen gesamt", aber inkl. der bremischen Mehrheitsgesellschaften dargestellt. Datenbasis: 35.274

5) Laufende Bezüge einschließlich Arbeitgeberanteile für aktiv beschäftigtes Personal. Bei Beteiligungen: Angaben zum Personalaufwand

6) ohne BSAG, BLG, GEWOBA und Flughafen

1.1.3 Entwicklung des Volumens in der Kernverwaltung und den ausgelagerten Bereichen

Im bremischen öffentlichen Dienst werden mittlerweile seit über 17 Jahren die Budgetierung der Personalausgaben sowie ein striktes Programm zur Verringerung der Personalmenge (PEP) durchgeführt. Die Berichterstattung zur Entwicklung des Personals bezog sich in früheren Jahresberichten zum Personal immer auf den Beginn dieses Programms im Jahr 1993. Kern der Untersuchungen war eine aufwändige Rückwärtsbereinigung aller Personaldaten bis zum Jahr 1993, um Ausgliederungseffekte und Personalabbau voneinander trennen zu können. Mit dem Bericht zum Jahr 2010 wird erstmals der Bezugspunkt zum Jahr 1993 aufgegeben. Nachdem sich in der Vergangenheit der Rückbereinigungsprozess immer aufwändiger gestaltet hat, wurde diese Methodik einer grundlegenden Überarbeitung durch die Senatorin für Finanzen unterzogen. Mit diesem Bericht liegt nunmehr eine auf zehn Jahre beschränkte Betrachtung der Dynamik der Bestandsveränderung beim Personal vor. Auch für diese Betrachtung wurden die Daten der einzelnen Jahre um Ausgliederungseffekte, aber auch um Effekte von Verschiebungen innerhalb der Kernverwaltung bereinigt, so dass die in diesem Bericht dargestellten Entwicklungen eine organisatorische Konstanz unterstellen. Es soll an dieser Stelle allerdings darauf hingewiesen werden, dass jede Bereinigung nur ein methodisches Hilfsmittel ist, um eine Vergleichbarkeit im Zeitverlauf herstellen zu können. Die Rückwärtsbereinigung erhebt nicht den Anspruch, jeden Personalwechsel zwischen zwei Einheiten in der Vergangenheit organisatorischen Veränderungen oder individuellen Entscheidungen zuordnen zu können, sondern bietet eine plausible Arbeitsgrundlage, bei der mit einiger Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass zumindest große organisatorische Änderungen korrekt erfasst wurden.

In den vergangenen zehn Jahren ist im bremischen öffentlichen Dienst Beschäftigung abgebaut worden, um die Steigerung der Personalausgaben zu begrenzen. Dabei wurden die Einsparungen von den einzelnen Bereichen in sehr unterschiedlicher Höhe erbracht. Während in den PEP-gesteuerten Bereichen 20,6 % der Vollkräfte abgebaut wurden, waren die gesondert gesteuerten Bereiche, wie etwa Polizei, Feuerwehr und Lehrer, von den Einsparungen deutlich weniger betroffen, der Justizvollzug dagegen etwas stärker. Insgesamt waren damit im Kernbereich in 2010 13 % Vollkräfte weniger beschäftigt als im Jahr 2000.

Demgegenüber ist die Zahl der refinanzierten Kräfte und die Zahl der Kräfte, die über temporäre personalwirtschaftliche Verstärkungsmittel beschäftigt sind, gestiegen (siehe Schaubild 3). Refinanzierte Kräfte sind bspw. Beschäftigte an den Hochschulen, deren Stellen über Drittmittel finanziert werden oder Beschäftigte, für die das Land Bremen Bundesmittel erhält. Temporäre personalwirtschaftliche Verstärkungsmittel werden für befristete Projekte in politischen Schwerpunktthemen gewährt. Darüber hinaus hat sich auch die Zahl der Vollkräfte in den

Ausgliederungen gegenüber dem Jahr 2000 um 10,8 %, erhöht. Insgesamt ergibt sich damit im Vergleich der Jahre 2000 und 2010 ein Abbau von 2,6 % Vollkräften.

Tabelle 2: Personalmengenabbau (2000 bis 2010)

	Vollkräfte			
	2000	2010	Differenz	
			absolut	in %
Kernbereich				
a) allgemeine PEP-Bereiche	7.388	5.863	-1.526	-20,6 %
b) gesondert gesteuerte Bereiche	8.234	7.724	-510	-6,2 %
darunter:				
- Polizei (<i>inkl. Effekt zweigeteilte Laufbahn</i>)	2.416	2.303	-113	-4,7 %
- Feuerwehr	508	489	-19	-3,7 %
- Justizvollzug	436	336	-100	-23,0 %
- Lehrer	4.527	4.308	-219	-4,8 %
Kernbereich insgesamt	15.622	13.586	-2.036	-13,0 %
Refinanzierte	392	739	347	88,4 %
temporäre Personalmittel		430	430	100,0 %
Zwischensumme	16.014	14.755	-1.259	-7,9 %
Ausgliederungen	6.312	6.995	683	10,8 %
Insgesamt	22.326	21.750	-576	-2,6 %

Einen detaillierten Überblick der Personalveränderungen seit 2000 auf der Ebene von Produktplänen wird in Tabelle 3 (Volumen = Vollkräfte ohne Abwesende) dargestellt.

Tabelle 3: Entwicklung des Volumens (2000 bis 2010)

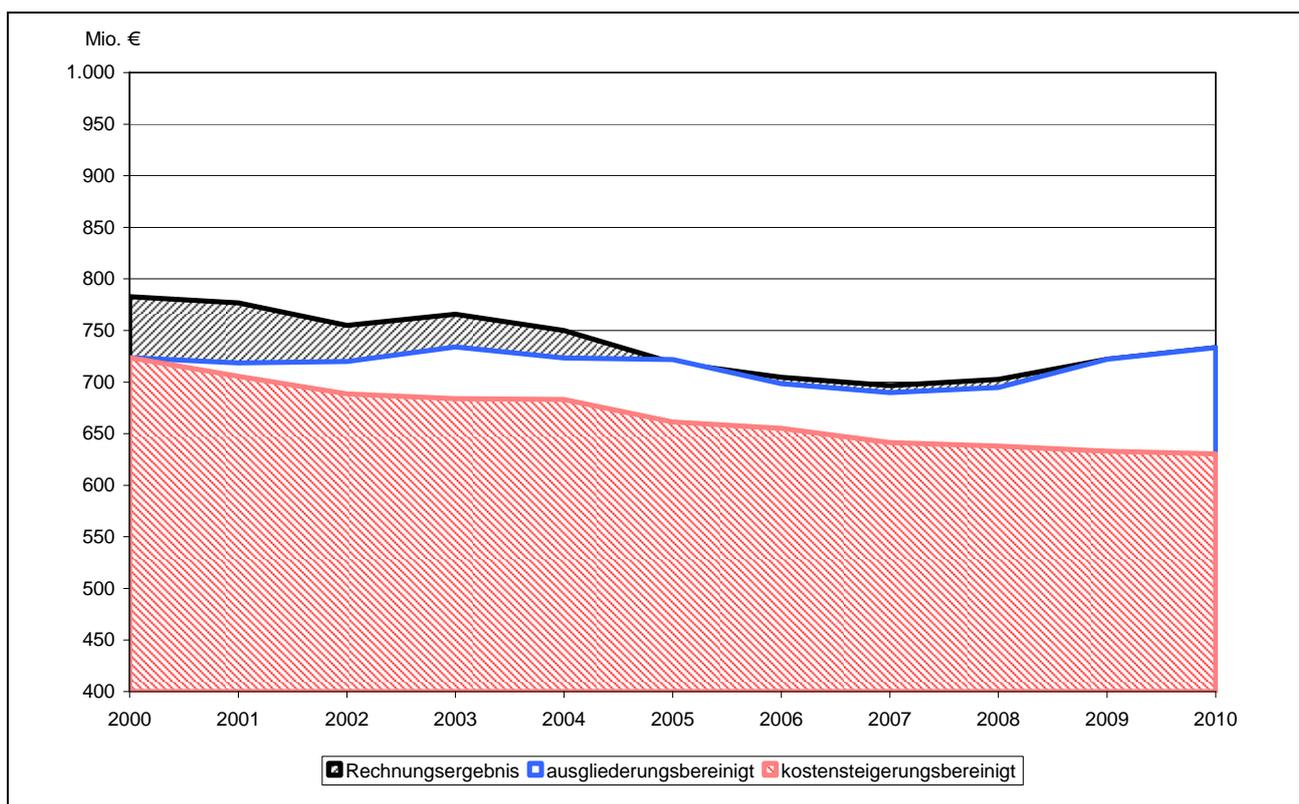
Produktplan	Kernbereich				temporäre Personalmittel			Refinanzierte			Zwischensumme				Ausgliederungen				Insgesamt			
	2000	2010	Diff.		2000	2010	Diff. abs.	2000	2010	Diff. abs.	2000	2010	Diff.		2000	2010	Diff.		2000	2010	Diff.	
			abs.	in %									abs.	in %			abs.	in %			abs.	in %
normale PEP-Bereiche																						
Senat und Senatskanzlei	159	113	-46	-29,1%				2	4	3	161	117	-44	-27,2%		14	14		161	131	-29	-18,3%
Bundesangelegenheiten	24	26	1	5,9%				1	2	1	25	27	2	7,6%					25	27	2	7,6%
Inneres (o. Polizei u. Feuerwehr)	794	713	-81	-10,3%				16	52	37	810	765	-45	-5,5%					810	765	-45	-5,5%
Justiz (o. JVA)	1.014	896	-118	-11,6%		38	38	6	11	5	1.020	944	-75	-7,4%					1.020	944	-75	-7,4%
Sport	32	22	-10	-31,9%							32	22	-10	-31,9%					32	22	-10	-31,9%
Bildung (o. Lehrer)	862	631	-231	-26,8%				3	8	5	865	638	-227	-26,2%					865	638	-227	-26,2%
Kultur	83	83	0	-0,4%				27	28	1	111	111	1	0,6%	277	281	4	1,5%	388	392	5	1,2%
Hochschulen und Forschung	42	36	-6	-15,0%				6	5	-1	48	40	-8	-15,8%	3.166	3.737	571	18,0%	3.214	3.777	563	17,5%
Arbeit, Gesundheit, Jugend u. Soz.	1.538	1.233	-305	-19,9%				200	326	126	1.738	1.558	-180	-10,3%	1.480	1.523	43		3.218	3.081	-137	-4,2%
darunter: Arbeit	193	127	-67	-34,5%				81	1	-80	274	127	-147	-53,6%					274	127	-147	-53,6%
Jugend u. Soziales	969	799	-170	-17,6%		47	47	88	268	180	1.057	1.114	57	5,3%	1.376	1.476	100	7,3%	2.433	2.589	157	6,4%
Gesundheit	376	308	-68	-18,1%		9	9	31	57	26	407	374	-33	-8,1%	104	47	-57	-54,7%	511	421	-90	-17,6%
Bau, Umwelt, Verkehr und Europa	1.010	651	-359	-35,6%				67	133	66	1.078	784	-294	-27,3%	536	580	44	8,1%	1.614	1.364	-250	-15,5%
Wirtschaft/Häfen	302	211	-91	-30,2%				11	36	25	314	247	-67	-21,2%					314	247	-67	-21,2%
darunter: Wirtschaft	94	96	2	2,2%				7	25	19	100	121	21	20,8%					100	121	21	20,8%
Häfen	209	115	-93	-44,7%				5	11	6	213	126	-88	-41,0%					213	126	-88	-41,0%
Finanzen / Personal (o. Allg. Bew.)	1.526	1.250	-277	-18,1%		10	10	35	118	83	1.561	1.377	-184	-11,8%	853	860	7	0,8%	2.414	2.237	-177	-7,3%
Summe	7.388	5.863	-1.526	-20,6%		104	104	374	722	348	7.762	6.688	-1.074	-13,8%	6.312	6.995	683	10,8%	14.074	13.684	-390	-2,8%
sonstige Bereiche																						
Bürgerschaft	61	51	-11	-17,5%					3	3	61	54	-8	-12,6%					61	54	-8	-12,6%
Rechnungshof	42	39	-3	-7,5%					1	1	42	40	-2	-5,2%					42	40	-2	-5,2%
Datenschutz	12	11	-1	-2,0%					1	1	12	12	0	2,3%					12	12	0	2,3%
Polizei	2.416	2.303	-113	-4,7%					4	4	2.416	2.307	-109	-4,5%					2.416	2.307	-109	-4,5%
Feuerwehr	508	489	-19	-3,7%				2	7	5	510	496	-14	-2,8%					510	496	-14	-2,8%
Gleichberechtigung der Frau	13	11	-2	-16,6%							13	11	-2	-16,6%					13	11	-2	-16,6%
Justizvollzugsanstalt (JVA)	436	336	-100	-23,0%		5	5	13	1	-13	449	341	-108	-24,0%					449	341	-108	-24,0%
Lehrer	4.527	4.308	-219	-4,8%		321	321	3	2	-2	4.531	4.630	100	2,2%					4.531	4.630	100	2,2%
Allg. Bewilligungen	219	176	-42	-19,4%					0	0	219	177	-42	-19,3%					219	177	-42	-19,3%
Summe	8.234	7.724	-510	-6,2%		325	325	18	17	-1	8.252	8.066	-186	-2,2%					8.252	8.066	-186	-2,2%
Insgesamt	15.622	13.586	-2.036	-13,0%		430	430	392	739	347	16.014	14.755	-1.259	-7,9%	6.312	6.995	683	10,8%	22.326	21.750	-576	-2,6%

Im Vergleich zum Vorjahr wurde der Personalbestand um 83 Beschäftigungsvolumen abgebaut. Dieser Abbau lässt sich in der zugehörigen Tabelle 4 allerdings nicht unmittelbar ablesen. Hierfür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: Fehlbuchungen von Personalverstärkungskräften und Veränderungen bei der Methodik von Altersteilzeitverbuchungen.

Zum einen wurden in 2010 insgesamt 74 Personalverstärkungskräfte irrtümlich im Kernbereich verbucht. Des Weiteren hat die Umstellung der Methodik bei der Verbuchung der Altersteilzeit rechnerisch zu einer Zunahme von rund 98 Vollkräften zu Beginn des Jahres 2010 geführt, ohne dass mehr Personal eingesetzt wurde. Seit Januar 2010 werden Altersteilzeitfälle mit einem Volumen von 1,0 statt 0,7 gezählt, da der entstehende Budgetentlastungseffekt während der Aktivphase an die Anstalt für Versorgungsvorsorge zur Finanzierung der Passivphase abgeführt wird. Aus diesen beiden Gründen wurde daher der Bestand in der Kernverwaltung am Jahresende 2010 um insgesamt rund 172 Vollkräfte höher als 2009 bemessen. Die in der Tabelle dargestellte absolute Zunahme um rund 90 Vollkräfte zwischen Dezember 2009 und Dezember 2010 muss also bei einer Bereinigung dieser beiden Faktoren als absolute Abnahme um 83 Vollkräfte gerechnet werden.

Das Ziel eines Personalabbaus in Höhe von 122 Vollkräften wurde damit nicht erreicht, dennoch wurden die für den Haushalt 2010 eingeplanten ökonomischen Effekte erzielt, da entgegen der stichtagsbezogenen Betrachtungsweise im Jahresdurchschnitt die Zahl der Vollkräfte rund 123 niedriger lag als im Vorjahr.

Schaubild 4: Entwicklung der bereinigten Dienstbezüge



Die Steigerung bei den Dienstbezügen im Jahr 2010 ist vor allem durch die Tarifsteigerungen im TV-L-Bereich sowie die entsprechende Anpassung bei den Beamten/-innen zu erklären. Werden die Ausgaben für Dienstbezüge um die Tarifsteigerungen bereinigt, sinken sie wie in den Vorjahren durch die Mengenabnahme moderat ab (siehe Schaubild 4).

Die PEP-Problematik in der Stichtagsbetrachtung sowie die Zielzahlüberschreitungen in einigen Produktplänen der Kernverwaltung hat die Notwendigkeit zur Gegensteuerung bei der zukünftigen Planung der Personalmenge aufgezeigt. Da es offensichtlich in einigen Bereichen der bremischen Verwaltung erhebliche Schwierigkeiten bei der Erbringung der PEP-Quote gegeben hatte, wurde zum Haushalt 2011 eine Bereinigung von Zielzahlen in den Produktplänen Justiz, Kultur, Jugend und Soziales sowie Finanzen durchgeführt. Die betroffenen Produktpläne sollten in die Lage versetzt werden, mittelfristig die PEP-Vorgaben wieder einhalten zu können. Um die Verbindlichkeit von Abbaupfaden und Eigenleistungen zu erhöhen, wurden Kontrakte zwischen den jeweiligen Ressorts und der Senatorin für Finanzen abgeschlossen. Über die Entwicklung dieser Maßnahmen wird im Jahresbericht 2012 berichtet werden.

Tabelle 4: Konsolidierungsbeiträge des Personals (2000 bis 2010)

Jahr	Volumen Kern	Änderung des Beschäftigungsvolumens		Mittelwert	Einsparungen	
		jährlich	kumuliert		jährlich	kumuliert
		<i>Vollzeitäquivalente</i>			<i>Mio. €</i>	
bis 2000			-3.112,4			-345,9
2000	15.621,9		-3.112,4	42.846	-133,4	-479,2
2001	15.240,0	-381,8	-3.494,2	43.626	-152,4	-631,7
2002	15.017,2	-222,9	-3.717,1	44.803	-166,5	-798,2
2003	14.834,3	-182,9	-3.899,9	45.987	-179,3	-977,6
2004	14.717,1	-117,2	-4.017,1	45.357	-182,2	-1.159,8
2005	14.463,7	-253,4	-4.270,6	45.522	-194,4	-1.354,2
2006	14.017,9	-445,8	-4.716,4	44.829	-211,4	-1.565,6
2007	13.771,4	-246,5	-4.962,9	44.994	-223,3	-1.788,9
2008	13.653,5	-117,9	-5.080,7	44.061	-223,9	-2.012,8
2009	13.496,4	-157,2	-5.237,9	44.957	-235,5	-2.248,2
2010	13.586,2	89,8	-5.148,1	44.957	-231,4	-2.479,7

1.1.4 Entwicklung der Personalstruktur

In diesem Jahr lässt sich zum ersten Mal ein Strukturvergleich zwischen der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften durchführen. Dabei sind sowohl deutliche Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede feststellbar.

Der Vergleich der Strukturmerkmale in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den bremischen Mehrheitsgesellschaften macht deutlich, dass zwar in allen Bereichen mehr Frauen als Männer beschäftigt sind, es aber deutliche Unterschiede bei den Beschäftigungsquoten gibt. So ist

die Beschäftigungsquote der weiblichen Beschäftigten in den Mehrheitsgesellschaften mit Abstand am höchsten.

Der Vergleich der Teilzeitquoten zeigt, dass diese in den Gesellschaften und Ausgliederungen höher sind als in der Kernverwaltung. In der Kernverwaltung werden somit mit Abstand die meisten Vollzeitstellen angeboten.

Bezüglich der Altersstruktur zeigt sich nicht unerwartet, dass in der Kernverwaltung verhältnismäßig wenige Personen unter 35 Jahren und verhältnismäßig viele Personen über 55 Jahren beschäftigt sind. Am „jüngsten“ ist die Beschäftigungsstruktur in den Gesellschaften, in denen das Durchschnittsalter mit 45,3 Jahren am niedrigsten ist. In den Ausgliederungen liegt es bei 45,8 Jahren und in der Kernverwaltung bei 47,6 Jahren. Die relativ hohen Werte in der Kernverwaltung lassen sich zum einen auf die verhältnismäßig hohen Einstellungen in den 70er und 80er-Jahren zurückführen und zum anderen auf die insgesamt niedrigeren Einstellraten.

Tabelle 5: Überblick über die Personalstruktur in den verschiedenen Bereichen (2010)

Bezeichnung	Gesamt		Kernverwaltung		Ausgliederungen		bremische Mehrheitsgesellschaften	
	2010	in %	2010	in %	2010	in %	2010	in %
Beschäftigte insgesamt	35.275		17.340		8.996		8.939	
weibliche Beschäftigte	20.705	58,7%	9.252	53,4%	5.308	59,0%	6.145	68,7%
Teilzeitbeschäftigte	14.272	40,5%	5.954	34,3%	4.323	48,1%	3.995	44,7%
Beschäftigte je VZÄ	---	---	1,12	---	1,22	---	1,23	---
Abwesende	1.824	5,2%	815	4,7%	523	5,8%	486	5,4%
Beschäftigte unter 35 Jahren	5.950	16,9%	2.605	15,0%	1.737	19,3%	1.608	18,0%
Beschäftigte über 55 Jahren	8.847	25,1%	5.181	29,9%	2.055	22,8%	1.611	18,0%
Durchschnittsalter	46,6	---	47,6	---	45,8	---	45,3	---
Beamte	12.762	36,2%	11.680	67,4%	1.048	11,6%	34	0,4%
Arbeitnehmer	22.513	63,8%	5.660	32,6%	7.948	88,4%	8.905	99,6%
Laufbahngruppe 1, 1. EA	1.431	4,1%	112	0,6%	1.319	14,7%	---	---
Laufbahngruppe 1, 2. EA	7.255	20,6%	4.150	23,9%	3.105	34,5%	---	---
Laufbahngruppe 2, 1. EA	10.238	29,0%	8.511	49,1%	1.727	19,2%	---	---
Laufbahngruppe 2, 2. EA	7.355	20,9%	4.548	26,2%	2.807	31,2%	---	---
nicht zugeordnet*	57	0,2%	19	0,1%	38	0,4%	---	---
Stellenindex	---	---	1,21	---	1,19	---	---	---
Auszubildende	2.062	---	1.577	---	2	---	483	---

* Festvertrag

Auch die Periodenvergleiche manifestieren, dass die Personalstrukturen in den letzten zehn Jahren einem deutlichen Wandel unterworfen waren. Änderungen gibt es vor allem in den Strukturmerkmalen Durchschnittsalter, Geschlechterverteilung und Entlohnungsstrukturen. Sowohl das Durchschnittsalter als auch die Quote der weiblichen Beschäftigten sind gestiegen. So sind in den letzten Jahren weniger jüngere Kolleginnen und Kollegen nachgerückt, was zu einer Erhöhung des Durchschnittsalters geführt hat. Darüber hinaus lässt sich eine Erhöhung der Beschäftigten in der Laufbahngruppe 2 konstatieren. Diese Entwicklungen sind zum Teil auf externe und zum Teil auf interne Faktoren wie bspw. das Arbeitskräfteangebot, die Einstellungspolitik sowie den sukzessiven Personalabbau zurückzuführen.

Bezüglich der Laufbahnzuordnungen gibt es zwar sowohl für die Kernverwaltung als auch für die Ausgliederungen in den letzten zehn Jahren eher einen Trend zu Höherbewertungen. Im direkten Vergleich zeigen sich aber gleichwohl deutliche Unterschiede in der Stellenstruktur. Während in

der Kernverwaltung über 75 % der Beschäftigten in der Laufbahngruppe 2 beschäftigt sind, liegt die Quote in den Ausgliederungen bei nur 52,2 %. In den Ausgliederungen sind die meisten Personen in der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt beschäftigt. Einige konkrete Ursachen für den hohen und kontinuierlich steigenden Anteil der Beschäftigten in der Laufbahngruppe 2 in der Kernverwaltung, liegen in der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei und die Zunahme der Beschäftigten im höheren Dienst in der Verwaltung und im Bildungsbereich. Gleichwohl liegt das mittel- und langfristige Ziel in einer ausgewogeneren Stellenstruktur. Ziel des Senats ist es, eine Steigerung der Beschäftigungsquote in der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt zu erreichen (siehe Senatsbeschluss vom 06.07.2010).

Tabelle 6: Wandel der Personalstruktur in der Kernverwaltung (2000 bis 2010)

Bezeichnung	Werte				in % der Beschäftigten			
	2000	2005	2009	2010	2000	2005	2009	2010
Beschäftigte insgesamt	18.872	18.174	17.369	17.340				
weibliche Beschäftigte	8.845	9.019	9.148	9.252	46,9%	49,6%	52,7%	53,4%
Teilzeitbeschäftigte	5.433	6.220	5.874	5.954	28,8%	34,2%	33,8%	34,3%
Beschäftigte je VZÄ	1,13	1,15	1,13	1,12	---	---	---	---
Abwesende	1.039	838	795	815	5,5%	4,6%	4,6%	4,7%
Beschäftigte unter 35 Jahren	2.357	2.296	2.442	2.605	12,5%	12,6%	14,1%	15,0%
Beschäftigte über 55 Jahren	4.165	5.006	5.223	5.181	22,1%	27,5%	30,1%	29,9%
Durchschnittsalter	47,2	47,8	47,8	47,6	---	---	---	---
Beamte	11.470	12.102	11.693	11.680	60,8%	66,6%	67,3%	67,4%
Arbeitnehmer	7.402	6.072	5.676	5.660	39,2%	33,4%	32,7%	32,6%
Laufbahngruppe 1, 1. EA	628	269	119	112	3,3%	1,5%	0,7%	0,6%
Laufbahngruppe 1, 2. EA	6.463	4.937	4.328	4.150	34,2%	27,2%	24,9%	23,9%
Laufbahngruppe 2, 1. EA	7.839	8.702	8.346	8.511	41,5%	47,9%	48,1%	49,1%
Laufbahngruppe 2, 2. EA	3.932	4.207	4.556	4.548	20,8%	23,1%	26,2%	26,2%
nicht zugeordnet*	10	59	20	19	0,1%	0,3%	0,1%	0,1%
Stellenindex	1,19	1,21	1,21	1,21	---	---	---	---
Auszubildende	1.419	1.465	1.374	1.577	---	---	---	---

* Festvertrag

Tabelle 7: Wandel der Personalstruktur in den ausgegliederten Bereichen (2000 bis 2010)

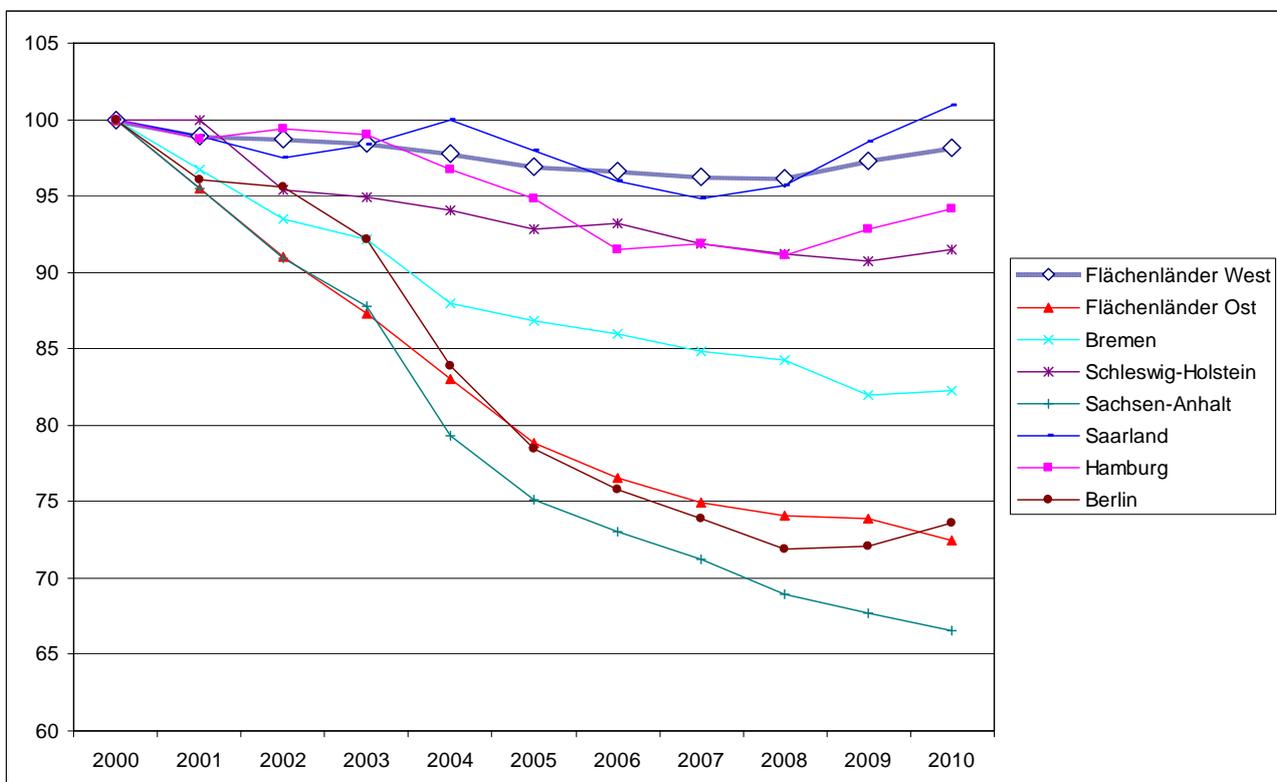
Bezeichnung	Werte				in % der Beschäftigten			
	2000	2005	2009	2010	2000	2005	2009	2010
Beschäftigte insgesamt	8.128	8.179	8.697	8.996				
weibliche Beschäftigte	4.588	4.696	5.141	5.308	56,4%	57,4%	59,1%	59,0%
Teilzeitbeschäftigte	3.362	3.789	4.193	4.323	41,4%	46,3%	48,2%	48,1%
Beschäftigte je VZÄ	1,20	1,23	1,23	1,22	---	---	---	---
Abwesende	607	485	489	523	7,5%	5,9%	5,6%	5,8%
Beschäftigte unter 35 Jahren	1.731	1.306	1.605	1.737	21,3%	16,0%	18,5%	19,3%
Beschäftigte über 55 Jahren	1.314	1.550	1.925	2.055	16,2%	19,0%	22,1%	22,8%
Durchschnittsalter	44,0	45,4	45,7	45,8	---	---	---	---
Beamte	1.423	1.263	1.026	1.048	17,5%	15,4%	11,8%	11,6%
Arbeitnehmer	6.705	6.916	7.671	7.948	82,5%	84,6%	88,2%	88,4%
Laufbahngruppe 1, 1. EA	1.287	1.184	1.285	1.319	15,8%	14,5%	14,8%	14,7%
Laufbahngruppe 1, 2. EA	2.919	2.771	3.062	3.105	35,9%	33,9%	35,2%	34,5%
Laufbahngruppe 2, 1. EA	1.670	1.753	1.642	1.727	20,5%	21,4%	18,9%	19,2%
Laufbahngruppe 2, 2. EA	2.235	2.437	2.679	2.807	27,5%	29,8%	30,8%	31,2%
nicht zugeordnet*	17	34	29	38	0,2%	0,4%	0,3%	0,4%
Stellenindex	1,18	1,21	1,18	1,19	---	---	---	---
Auszubildende	3	6	1	2	---	---	---	---

* Festvertrag

1.2 Ländervergleiche

Seit Anfang/Mitte der 90er-Jahre wurden in fast allen Bundesländern die Personalbestände der Länder- und Kommunalverwaltungen reduziert. Vergleichende Analysen für den Personalbestand der Bundesländer gestalten sich aufgrund der Problematik der Ausgliederungen allerdings schwierig, da insbesondere Personalbereiche wie Hochschulen oder Krankenhäuser von den einzelnen Bundesländern in unterschiedlichen Organisationsformen außerhalb des Kernhaushaltes geführt werden. Die Angaben zum Beschäftigungsvolumen werden also nicht bei allen Ländern auf derselben Grundlage ermittelt. Allerdings wird bei der Senatorin für Finanzen auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes jährlich eine Analyse der um Hochschulen und Krankenhäuser ab dem Jahr 2000 bereinigten Personalbestände der Länder und Gemeinden (in Bremen also inklusive Bremerhaven) unternommen. Vergleicht man die entsprechenden Werte für das Beschäftigungsvolumen im öffentlichen Dienst, ergibt sich für das Bundesland Bremen ein Personalabbau um ca. 17 % alleine für den Zeitraum zwischen 2000 und 2010. Die Auswertung wird in Schaubild 5 zusammengefasst. Während in fast allen Bundesländern bis zum Jahr 2009 Personal abgebaut wurde, hat es seitdem eine Zunahme von Personal in zum Teil nicht unerheblichem Ausmaß gegeben.

Schaubild 5: Entwicklung des Beschäftigungsvolumens seit 2000 (Länder und Gemeinden ohne Hochschulen und Krankenhäuser)



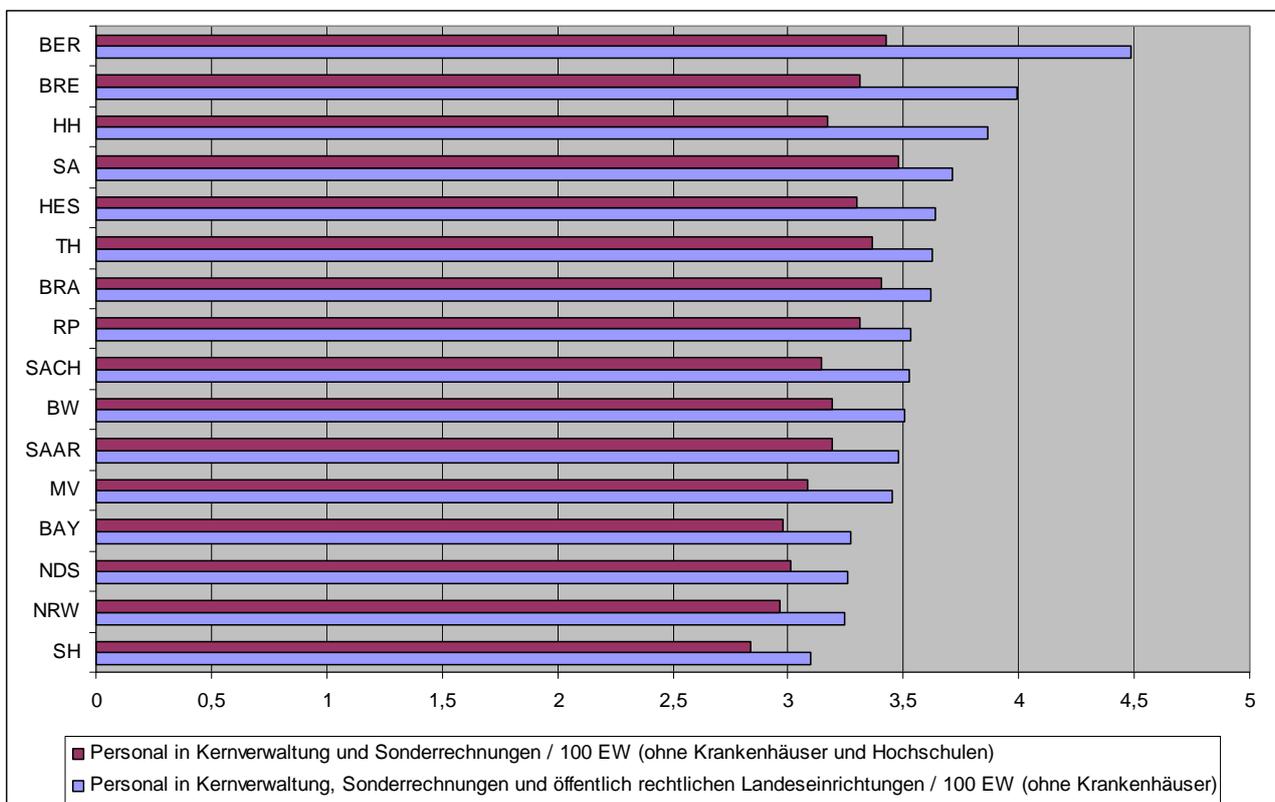
Bedeutend für die Einschätzung der Personalausstattung im Bundesland Bremen ist neben der Entwicklung der vergangenen Jahre auch die Beschäftigung pro Einwohner/-innen. In Relation zur Zahl der Einwohner/-innen ergibt sich für das Jahr 2010 in Bremen ein Wert von rund 3,31

Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf 100 Einwohner/-innen (ohne Hochschulen und Krankenhäuser). Damit liegt Bremen in etwa im Durchschnitt der drei Stadtstaaten (3,33).

Seit einigen Jahren wird vom Statistischen Bundesamt eine Statistik der Beschäftigung im öffentlichen Dienst erhoben, bei der die ausgegliederten Einrichtungen (bei der allerdings Krankenhäuser immer noch nicht vergleichbar dargestellt werden) mit einbezogen werden. Bei einer entsprechenden Auswertung aller Personalbereiche der Länder und Gemeinden ohne Krankenhäuser ergibt sich ein Bild, in dem die drei Stadtstaaten die jeweils höchsten Personalbestände aufweisen.

Insgesamt legt die Auswertung in Schaubild 6 nahe, dass in Bremen bei Einbeziehung der Hochschulen und Eigenbetriebe eine stadtstaatentypische Personalausstattung vorhanden ist. Allerdings wird bei diesem Vergleich zu einem großen Teil auch (z.B. durch Drittmittel an den Hochschulen) refinanziertes Personal mit in die Betrachtung einbezogen, welches in der Regel keine unmittelbare Haushaltswirkung hat. Bei einer Betrachtung ohne Hochschulen und Eigenbetriebe bleibt für Bremen die stadtstaatentypische Personalausstattung zwar vorhanden, es wird aber deutlich, dass in den klassischen Verwaltungsbereichen, die nicht in wirtschaftlich eigenständige Organisationsformen überführt werden können, die Ausstattung Bremens teilweise geringer ist als in einigen Ländern Ostdeutschlands.

Schaubild 6: Personal im öffentlichen Dienst der Länder und Gemeinden (2010)



2 Personalstrukturdaten

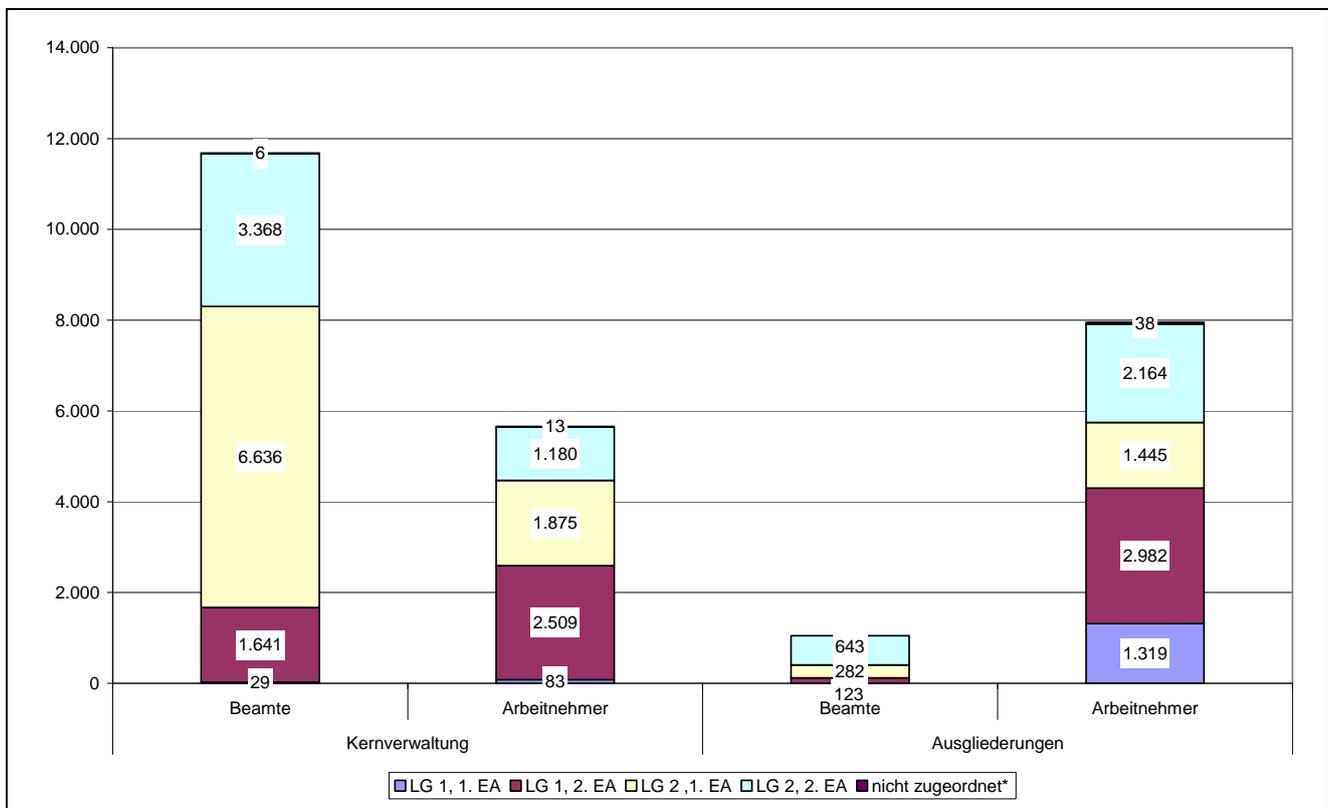
2.1 Personalbestandsstatistik

2.1.1 Beschäftigte nach Status- und Laufbahngruppen

Die Zahl der Beamten/-innen beträgt in der Kernverwaltung im Jahr 2010 11.680 Personen und die der Arbeitnehmer/-innen 5.660 Personen. Die größte Gruppe der Beamten/-innen ist mit 56 % in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt, gefolgt von der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt (28,8 %) und der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (14 %) beschäftigt. Die Verteilung der Anteile auf die Laufbahngruppen ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Veränderungen gibt es nur bei den Bezeichnungen.

Bei den Arbeitnehmer/-innen ist weiterhin die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt³ mit 44,3 % am stärksten vertreten. Die zweitgrößte Gruppe bilden die Beschäftigten der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt mit 33,1 %.

Schaubild 7: Statusgruppen und Laufbahngruppen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)



Quelle: Anlage 12

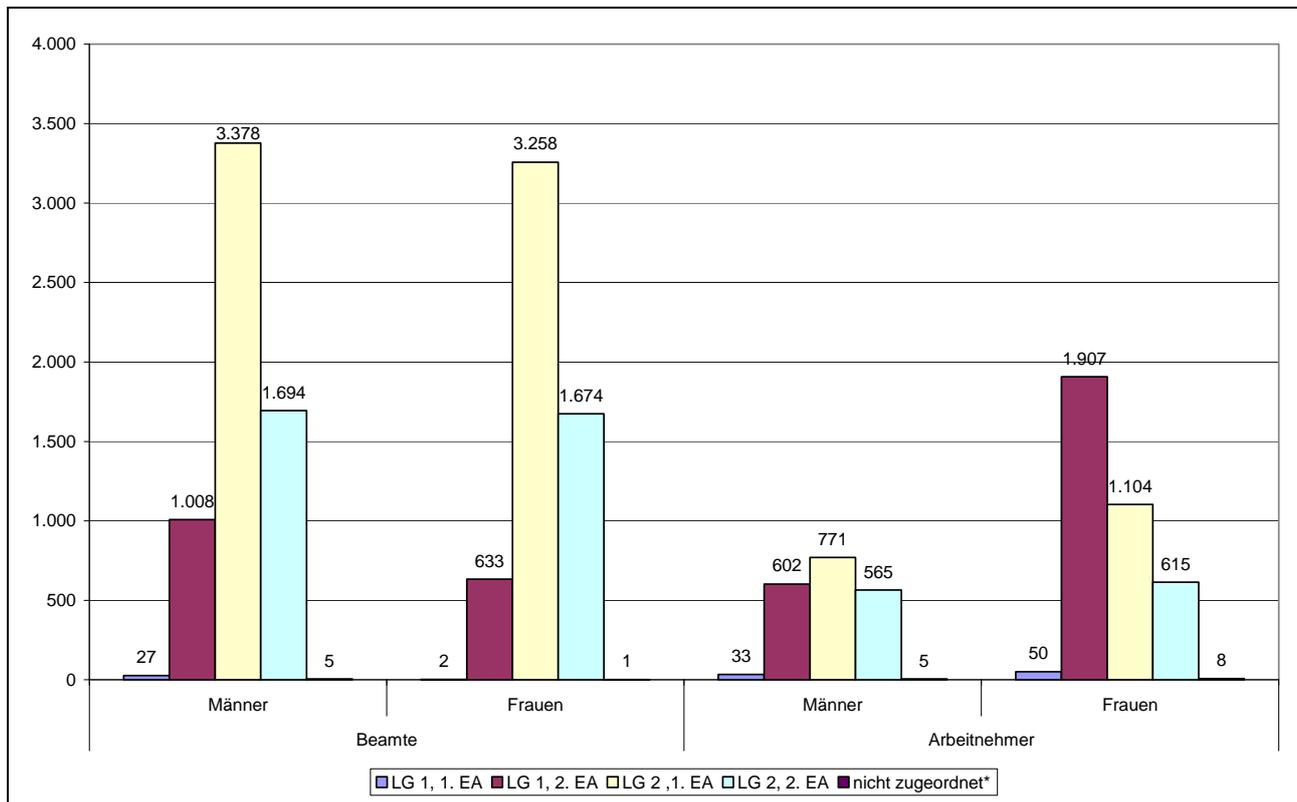
³ Grundsätzlich gibt es die Laufbahngruppen nur bei Beamten/-innen; aus Gründen der Vergleichbarkeit wird dieser Begriff hier aber auch für die Arbeitnehmer/-innen verwendet.

In der Kernverwaltung sind insgesamt 60,2 % der Frauen und 75,6 % der beschäftigten Männer verbeamtet. Während in der Laufbahngruppe 2 Frauen und Männer nahezu gleich stark vertreten sind, finden sich in der Laufbahngruppe 1 mehr Männer. In der Statusgruppe der Arbeitnehmer/-innen dominieren die Frauen. Am häufigsten sind sie in der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt und Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt beschäftigt.

In den Ausgliederungen sind im Gegensatz zur Kernverwaltung mehrheitlich (88,3 %) Arbeitnehmer/-innen beschäftigt. Während die meisten verbeamteten Männer in der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt beschäftigt sind, finden sich die meisten Beamtinnen in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt.

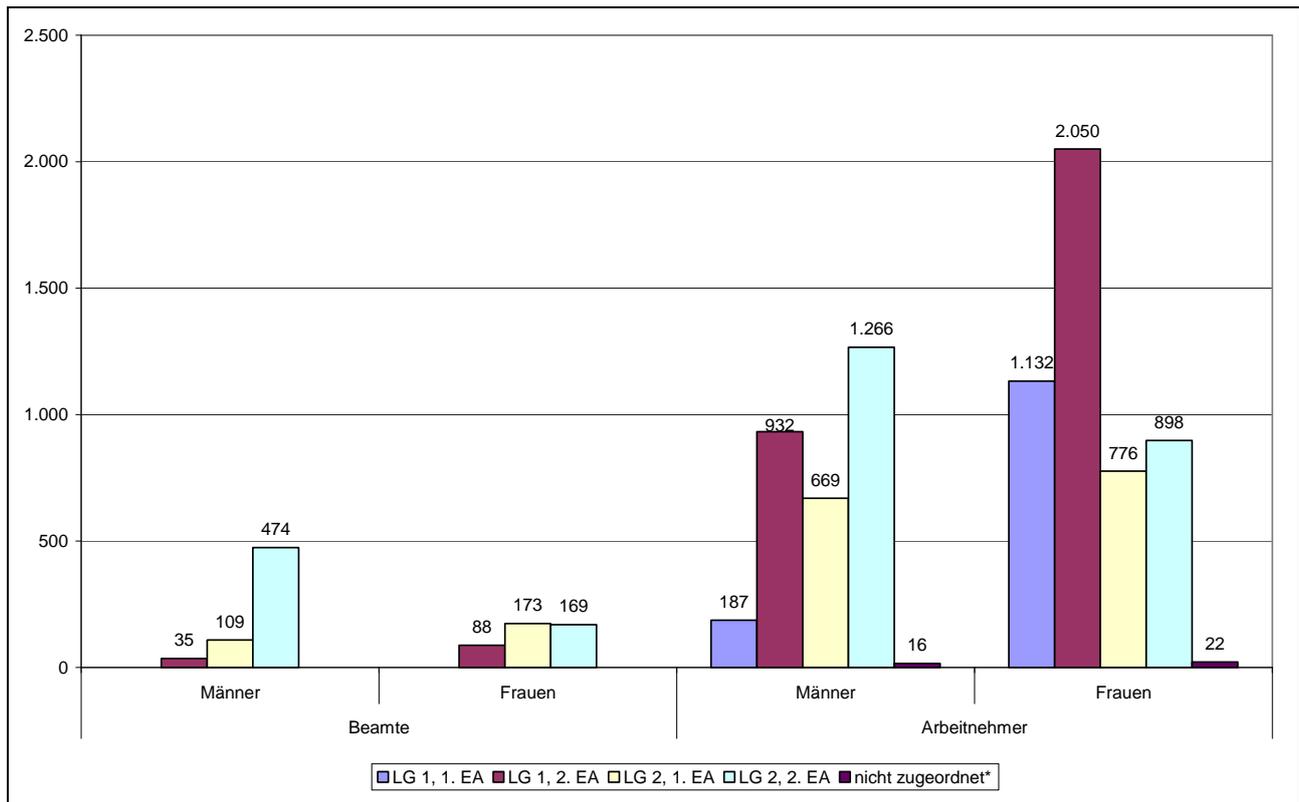
Auf eine Auswertung für die Gesellschaften wurde hier verzichtet, da nur noch eine sehr geringe Anzahl der Beschäftigten verbeamtet ist.

Schaubild 8: Status- und Laufbahngruppen nach Geschlecht in der Kernverwaltung (2010)



Quelle: Anlage 13

Schaubild 9: Status und Laufbahngruppen nach Geschlecht in den Ausgliederungen (2010)

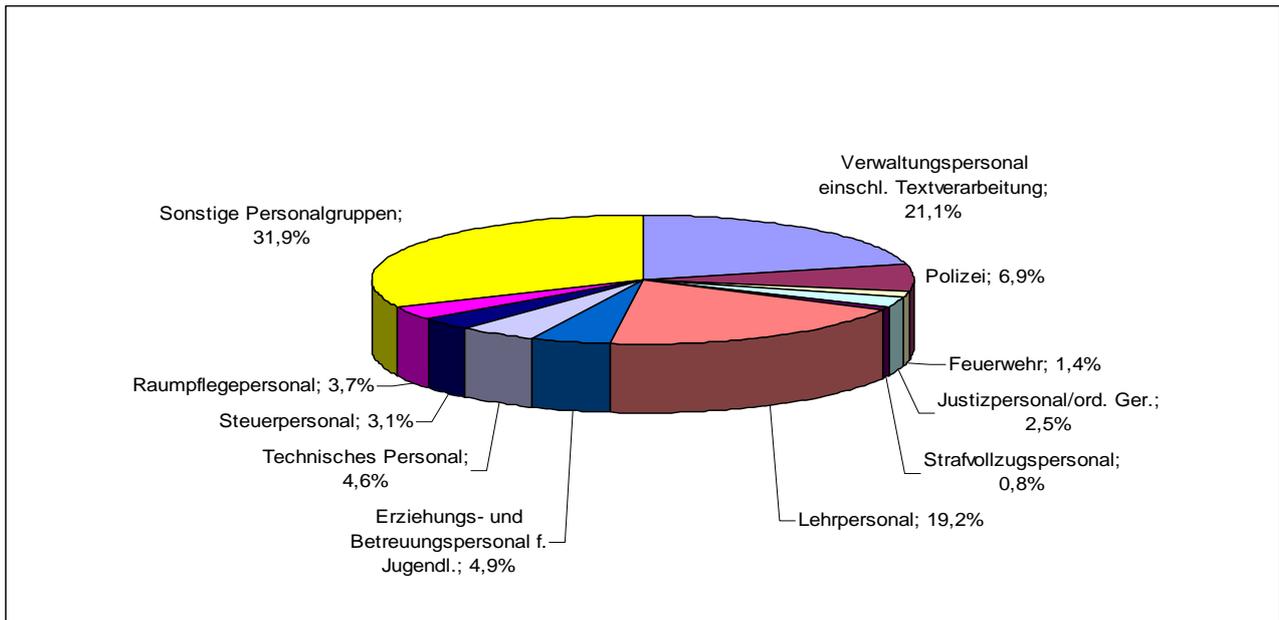


Quelle: Anlage 14

2.1.2 Beschäftigte nach ausgewählten Personalgruppen

Im Jahr 2010 sind 40 % der Beschäftigten als Lehr- und Verwaltungspersonal tätig. Ihr Anteil ist damit gegenüber dem Vorjahr um 10 % gesunken, dafür ist der Anteil der sonstigen Personalgruppen von 16 % auf 32 % gestiegen. Diese Verschiebungen beruhen darauf, dass in diesem Jahr erstmals die Mehrheitsgesellschaften mit in die Erfassung aufgenommen worden sind. Würden die Mehrheitsgesellschaften unberücksichtigt bleiben, wären die Veränderungen in den Gruppen gegenüber dem Vorjahr marginal. Unter den sonstigen Personalgruppen werden alle Beschäftigten zusammengefasst, die nicht zu den anderen Personalgruppen zugeordnet werden können, hierunter fallen unter anderem bspw. Bademeister und diverse Handwerksberufe. Zum Teil ist eine Zuordnung zu den Personalgruppen auch gar nicht erfolgt. In diesen Fällen sind die Personen ebenfalls den sonstigen Personalgruppen zugeordnet worden.

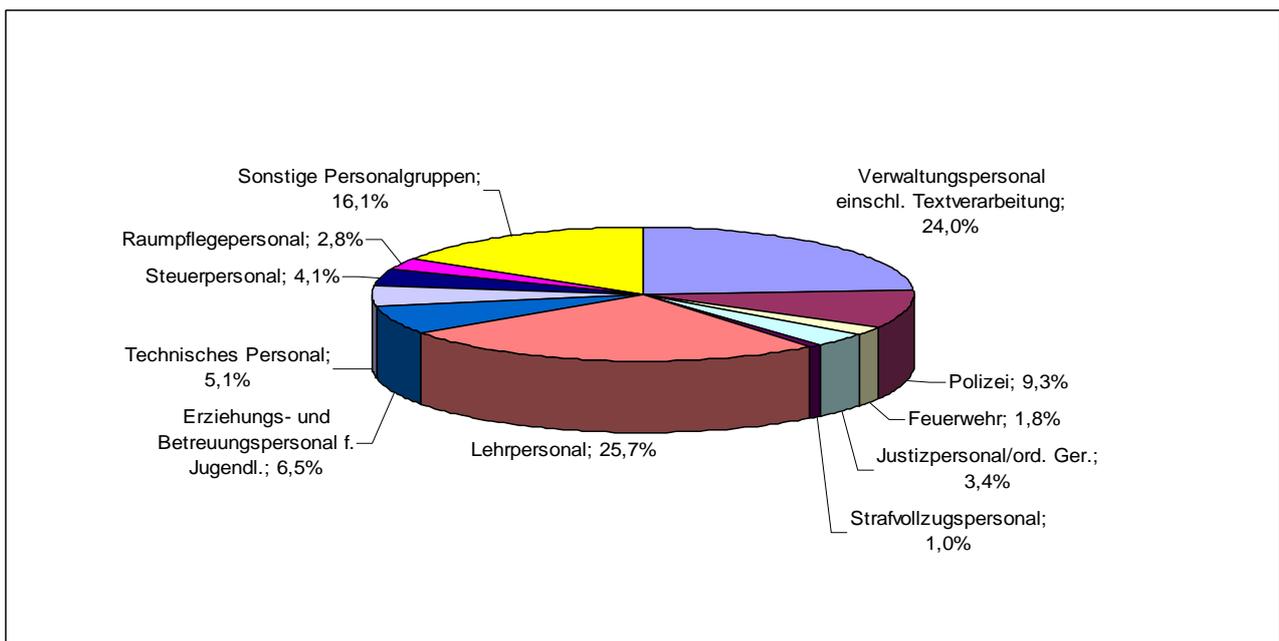
Schaubild 10: Anteile der Beschäftigten nach ausgewählten Personalgruppen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)



Quelle: Anlage 15

In den Mehrheitsgesellschaften, die in diesem Bericht Berücksichtigung finden, ist mit 66,3 % der größte Teil der Beschäftigten im Gesundheitssektor beschäftigt. Mit jeweils 12 % bilden die Beschäftigten im Verwaltungsbereich und in den Sonstigen Personalgruppen die zweit- und drittstärkste Gruppe. Aufgrund dieser gänzlich anderen Verteilung wird in dem folgenden Schaubild zum Vergleich die Verteilung der Personalgruppen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen – ohne Mehrheitsgesellschaften – dargestellt.

Schaubild 11: Anteile der Beschäftigten nach ausgewählten Personalgruppen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)

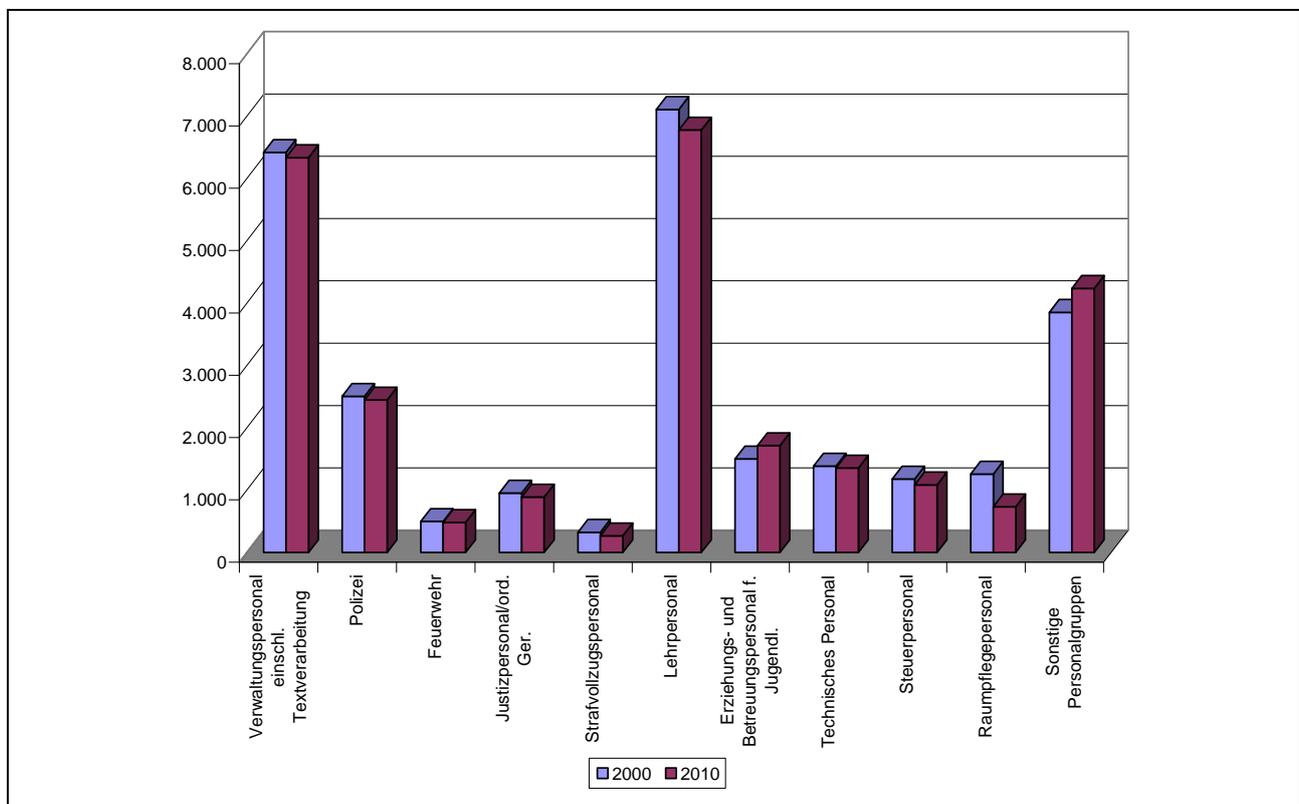


Quelle: Anlage 15

Während in den meisten Personalgruppen seit dem Jahr 2000 ein Rückgang der Beschäftigtenzahlen zu verzeichnen ist, hat sich die Zahl der Beschäftigten in 2010 beim Erziehungs- und Betreuungspersonal für Jugendliche und für die Sonstigen Personalgruppen gegenüber dem Jahr 2000 erhöht (vgl. Schaubild 12).

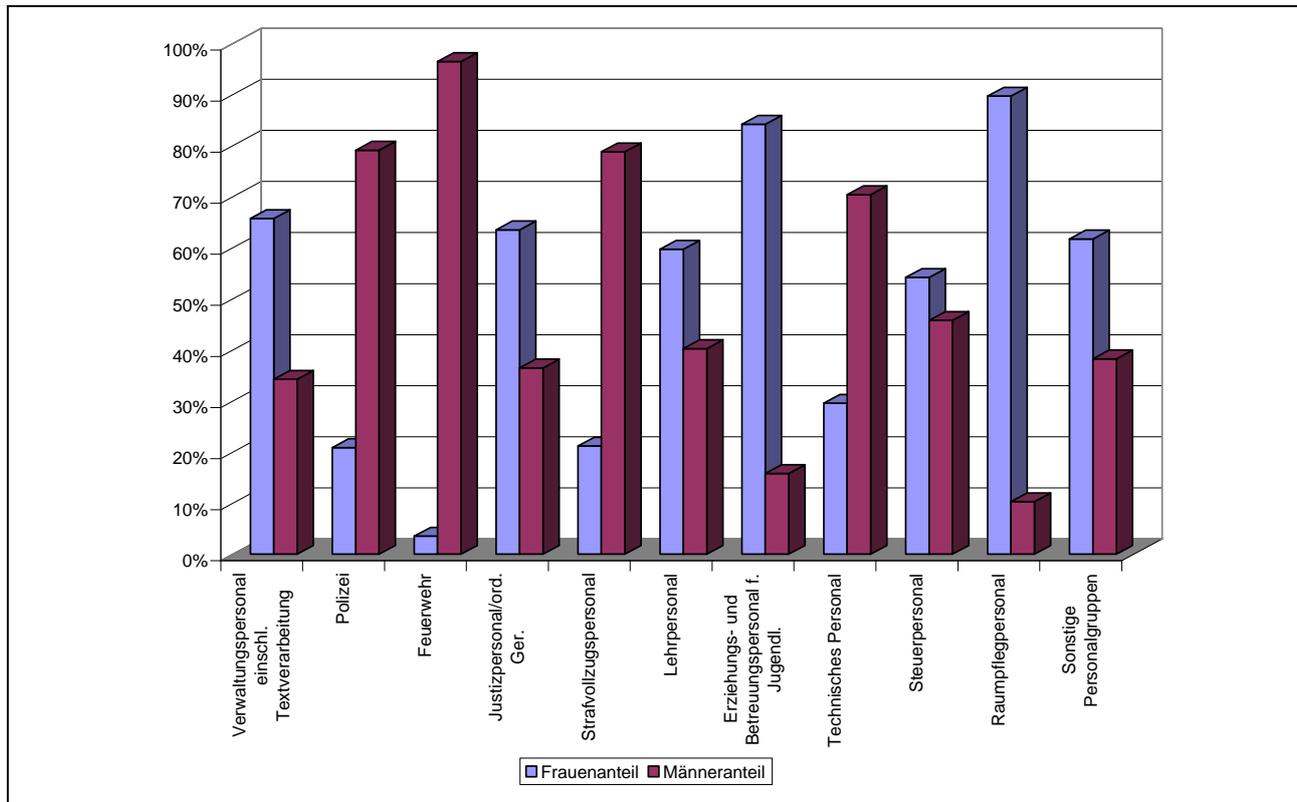
Die Geschlechterverteilung differiert in den einzelnen Personalgruppen nach wie vor deutlich. In den Berufsgruppen Erziehungs- und Betreuungspersonal sowie bei der Raumpflege dominieren eindeutig die weiblichen Beschäftigten. Wohingegen bei der Feuerwehr, der Polizei und dem Strafvollzugspersonal ein deutlich höherer Anteil an männlichen Beschäftigten zu verzeichnen ist (vgl. Schaubild 13).

Schaubild 12: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen nach ausgewählten Personalgruppen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 und 2010)



Quelle: Anlage 16

Schaubild 13: Beschäftigte nach ausgewählten Personalgruppen sowie Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010) unterteilt nach Frauen und Männern in Prozent



Quelle: Anlage 17

Tabelle 8: Durchschnittsalter der Beschäftigten nach Personalgruppen in der Kernverwaltung und den ausgegliederten Bereichen (2010)

Personalgruppe		2010		
		Gesamt	Männer	Frauen
01/02	Verwaltungspersonal einschl. Textverarbeitung	47,5	48,8	46,8
03	Polizei	43,2	45,7	34,1
04	Feuerwehr	40,2	40,6	31,5
05/06	Justizpersonal/ord. Ger.	45,4	47,6	44,1
07	Strafvollzugspersonal	43,2	43,8	41,0
10	Lehrpersonal	49,8	51,5	48,7
14	Erziehungs- und Betreuungspersonal	46,1	46,5	46,0
21/22	Technisches Personal	48,1	49,3	45,5
25	Steuerpersonal	48,3	49,6	47,1
30	Raumpflegepersonal	53,6	42,3	53,6
	Sonstige Personalgruppen	43,7	43,9	43,6

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten liegt im Vergleich der Personalgruppen bei der Feuerwehr mit 40,2 Jahren am niedrigsten und bei den Raumpflegerinnen mit 53,6 Jahren (Kernverwaltung und Ausgliederungen) und dem Lehrpersonal am höchsten. In den Mehrheitsgesellschaften zeigt sich ein etwas anderes Bild, insbesondere das Raumpflegepersonal ist mit durchschnittlich 42,5 Jahren deutlich jünger. Das Lehrpersonal hat dagegen ein deutlich höheres Durchschnittsalter, wobei berücksichtigt werden muss, dass die Anzahl der Lehrkräfte

wesentlich niedriger ist als in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen, so dass ein Vergleich hier schwer möglich ist.

Tabelle 9: Durchschnittsalter der Beschäftigten nach Personalgruppen in den Mehrheitsgesellschaften (2010)

Personalgruppe		Mehrheitsgesellschaften 2010		
		Gesamt	Männer	Frauen
01/02	Verwaltungspersonal einschl. Textverarbeitung	45,6	47,6	44,7
03	Polizei	0,0	0,0	0,0
04	Feuerwehr	0,0	0,0	0,0
05/06	Justizpersonal /ord. Ger.	0,0	0,0	0,0
07	Strafvollzugspersonal	0,0	0,0	0,0
10	Lehrpersonal	54,0	54,0	0,0
14	Erziehungs- und Betreuungspersonal f. Jugendl.	46,6	45,8	50,0
21/22	Technisches Personal	49,8	50,3	47,0
25	Steuerpersonal	0,0	0,0	0,0
30	Raumpflegepersonal	42,5	38,1	43,8
	Sonstige Personalgruppen	45,3	45,5	45,2

2.1.3 Abwesende

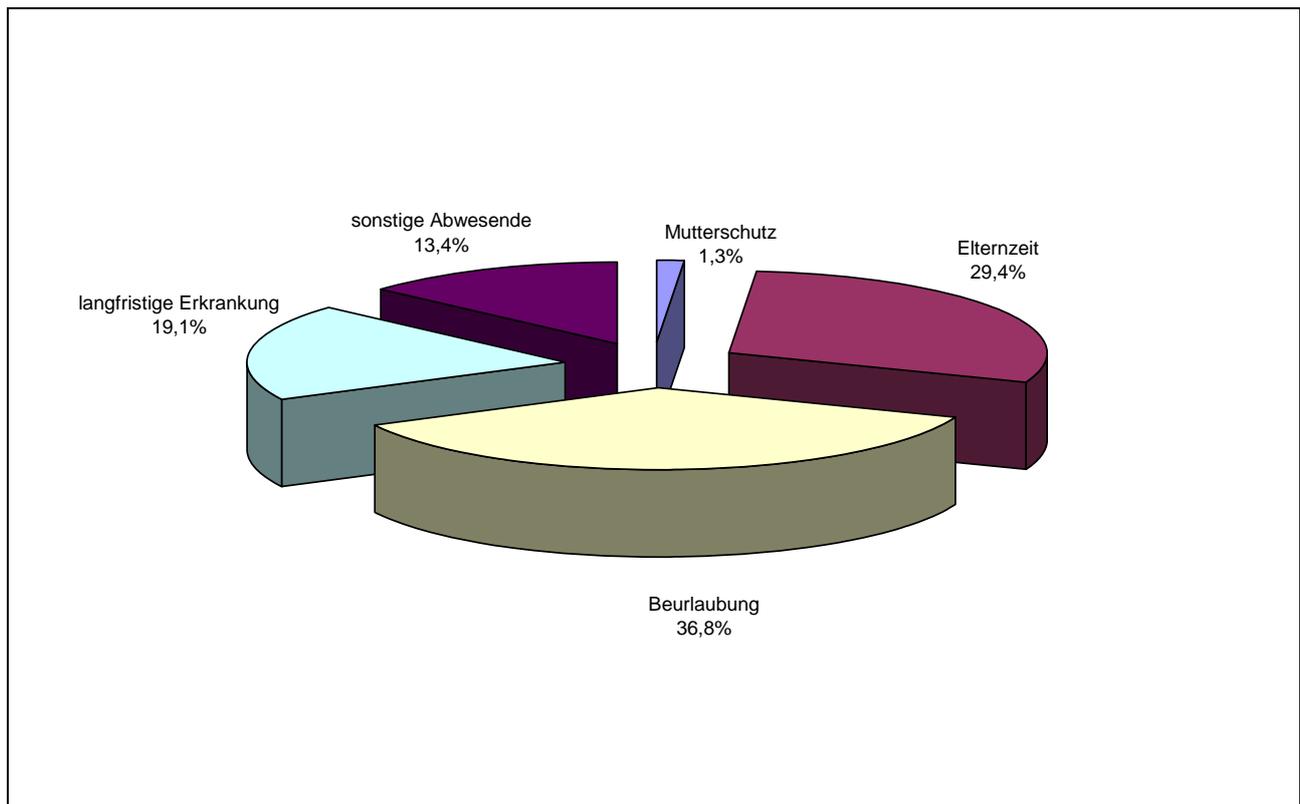
Als Abwesende werden grundsätzlich alle Beschäftigten bezeichnet, die in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen, aber nicht aktiv beschäftigt sind und keine Bezüge- bzw. Entgeltzahlungen erhalten sowie die Beschäftigten, die sich im Mutterschutz befinden.

Im Jahr 2010 sind in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und in den bremischen Mehrheitsgesellschaften insgesamt 1.824 Beschäftigte abwesend, was rund 5,2 % aller 35.275 Beschäftigten entspricht. Der Frauenanteil an den Abwesenden beträgt rund 80 %.

Im Vergleich zu den Mehrheitsgesellschaften, in denen die Abwesenheitsquote bei 5,4 % liegt, beträgt die Quote in der Kernverwaltung 4,7 % und in den Ausgliederungen nur 5,8 %.

In Bezug auf die Abwesenheitsgründe sind die Daten der Mehrheitsgesellschaften nicht vollständig, da einige Betriebsräte von ihrem Mitbestimmungsrecht Gebrauch gemacht und einer Erhebung der Abwesenheitsgründe widersprochen haben. Aus diesem Grund werden hier nur wie im letzten Jahr die Abwesenheitsgründe der Beschäftigten der Kernverwaltung und der Ausgliederungen ausgewertet.

Schaubild 14: Abwesende nach Abwesenheitsstatus in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)

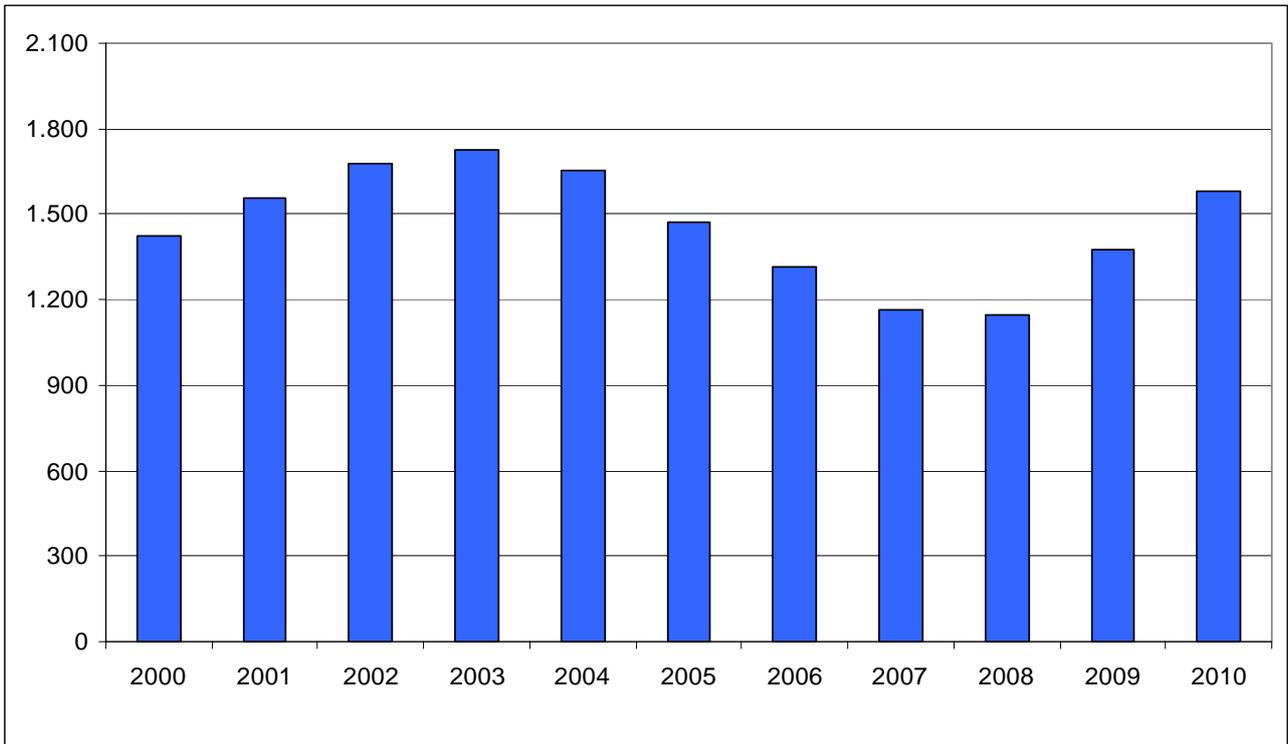


Quelle: Anlage 19

2.1.4 Auszubildende

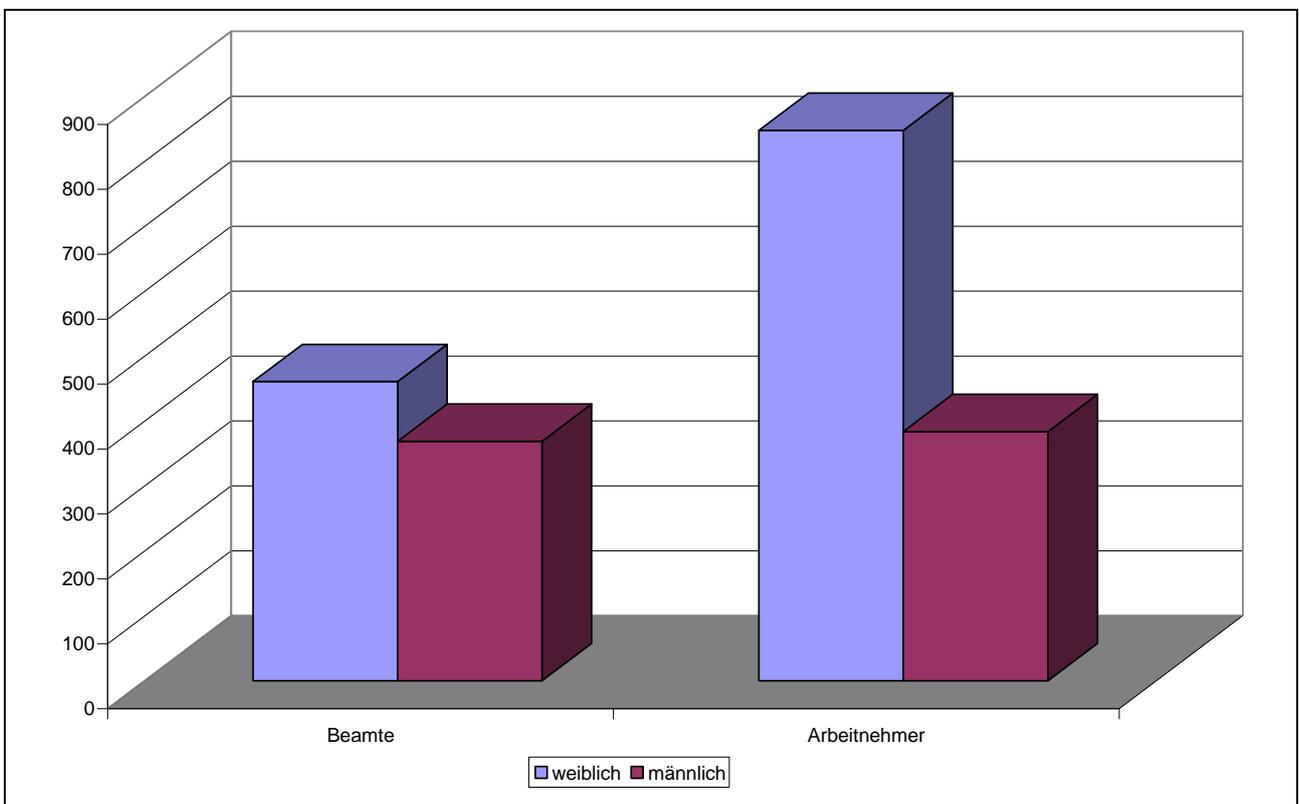
Im Jahr 2010 wurden insgesamt 2.062 Auszubildende und Referendare/-innen ausgebildet. Davon entfallen 1.579 Auszubildende auf die Kernverwaltung und die ausgegliederten Bereiche sowie 483 Auszubildende auf die bremischen Mehrheitsgesellschaften. Der Frauenanteil liegt bei 63 %. Zur Statusgruppe der Beamten/-innen gehören 40 %, 60 % sind Arbeitnehmer/-innen. Sowohl bei den Beamten/-innen als auch bei den Arbeitnehmern/-innen ist der Frauenanteil überdurchschnittlich. Er liegt bei 56 % bzw. 69 %.

Schaubild 15: Entwicklung der Anzahl an Auszubildenden in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 bis 2010)



Quelle: Anlage 20

Schaubild 16: Auszubildende nach Statusgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)



Quelle: Anlage 21

Zusammen mit den Auszubildenden der ABiG ergibt sich in der Ausbildungsplanung für das Jahr 2011 eine Ausbildungsquote von 8,4 % in der Kernverwaltung und in den Ausgliederungen. Die Auszubildenden der bremischen Mehrheitsgesellschaften finden in dieser Quote keine Berücksichtigung, da sich diese an der voraussichtlichen Beschäftigung bemisst und dazu keine Daten für die bremischen Mehrheitsgesellschaften vorliegen. Das vom Senat gesetzte Ziel einer Ausbildungsquote von 7,5 % wurde damit für die Kernverwaltung und die Ausgliederungen voll erfüllt.

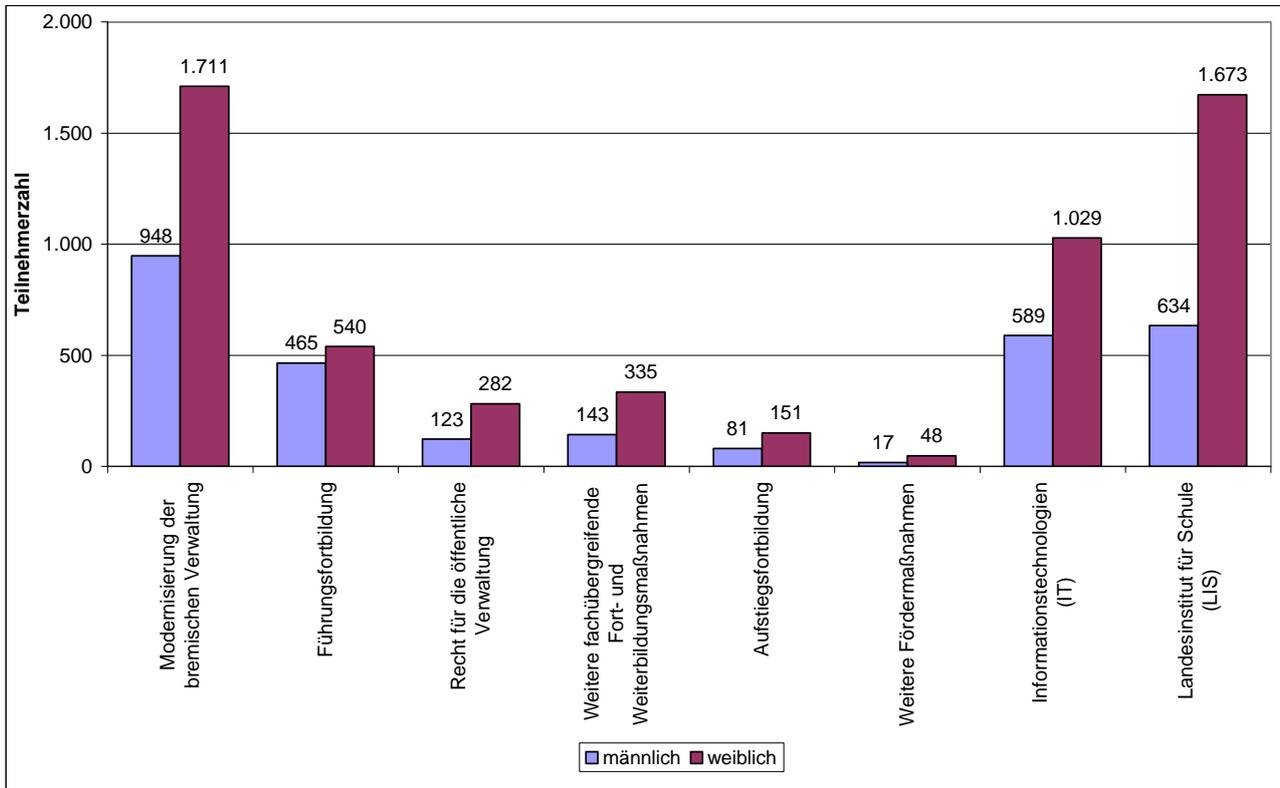
2.1.5 Fortbildung

Die folgenden Auswertungen beziehen sich auf die Fortbildungsveranstaltungen der Senatorin für Finanzen und des Landesinstituts für Schule (LIS). Die Fortbildungsveranstaltungen des Landesinstituts für Schule richten sich hauptsächlich an die Lehrerinnen und Lehrer der Schulen in Bremen und Bremerhaven, es können aber auch Externe, wie zum Beispiel Lehrerinnen und Lehrer aus privaten Schulen teilnehmen.

Im Jahr 2010 haben insgesamt 8.769⁴ Personen an Fortbildungsveranstaltungen der Senatorin für Finanzen und des Landesinstituts für Schule teilgenommen. Davon waren 5.769 Frauen, dies ist ein Frauenanteil von 65,8 %. Am meisten wurden Veranstaltungen zur Modernisierung der bremischen Verwaltung besucht (30 %), gefolgt von Veranstaltungen des Landesinstituts für Schule (26 %), Informationstechnologien (18 %) und Führungfortbildungen (16 %). Kurse zu weiteren fachübergreifenden Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie über Recht für die öffentliche Verwaltung besuchten jeweils 5 % der Teilnehmer/-innen. Der Anteil von Aufstiegsfortbildungen betrug 4 % der insgesamt besuchten Kurse. Bei allen Themenbereichen lag der Frauenanteil über 50 %.

⁴ Mehrfachbelegungen der Beschäftigten sind hier mit enthalten.

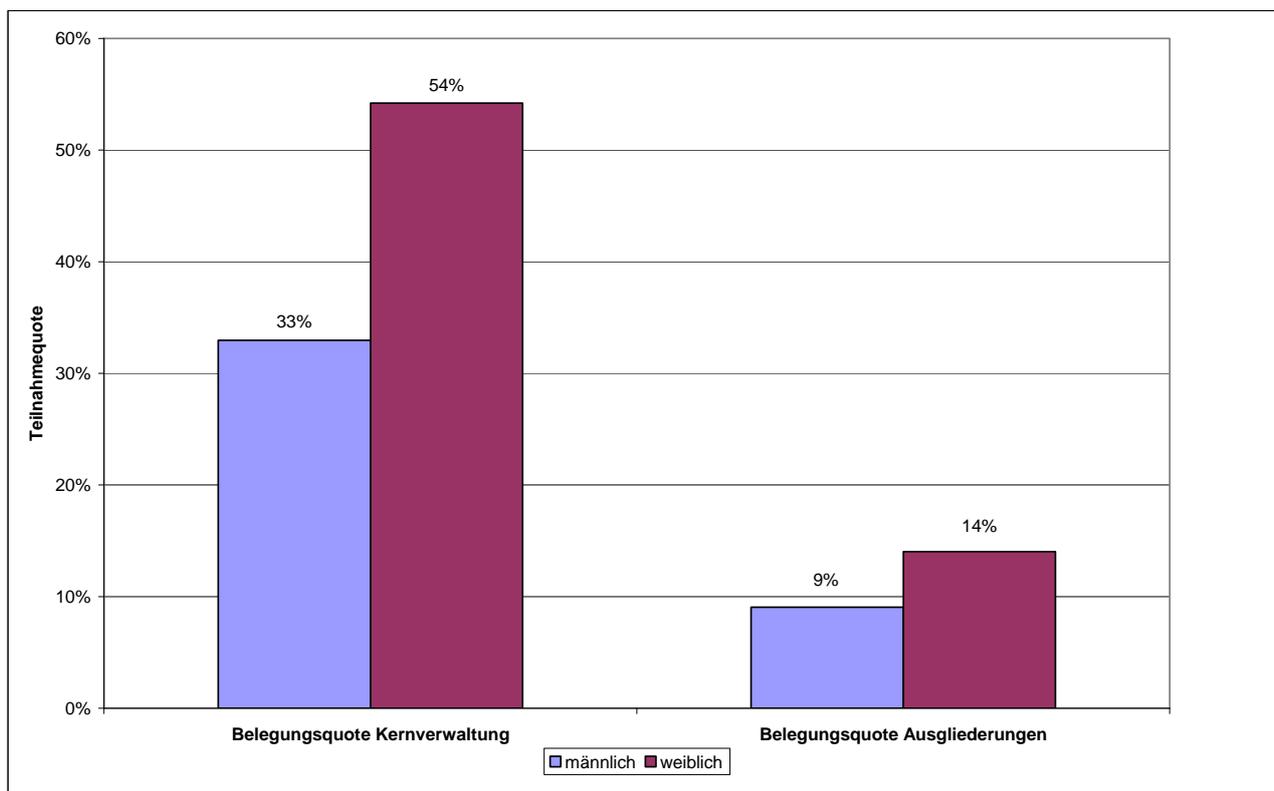
Schaubild 17: Belegungen von Veranstaltungen der Senatorin für Finanzen und beim LIS nach Themenbereichen (2010)



Quelle: Anlage 22

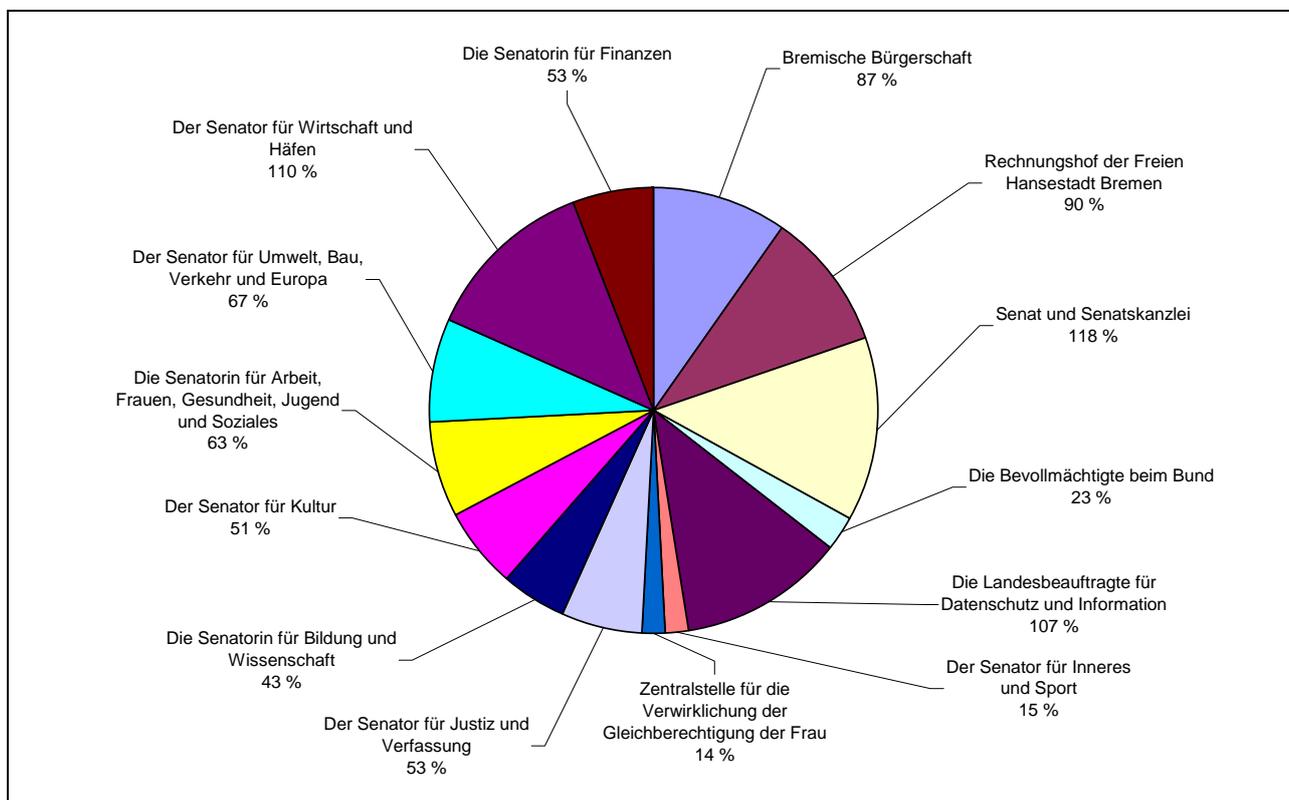
Insgesamt werden Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen häufiger von Frauen besucht. 54 % der weiblichen und 33 % der männlichen Beschäftigten der Kernverwaltung besuchten eine oder mehrere Fortbildungsveranstaltungen. In den ausgegliederten Bereichen war der Anteil der Frauen mit 14 % ebenfalls höher als der der männlichen mit 9 %, aber wesentlich geringer als in der Kernverwaltung. Für die Bremische Verwaltung insgesamt ergibt sich damit eine Belegungsquote von 33 %, d. h. 33 % der Beschäftigten haben eine Fortbildung besucht.

Schaubild 18: Belegungsquote von Veranstaltungen der Senatorin für Finanzen und beim LIS nach Geschlecht (2010)



Quelle: Anlage 23

Schaubild 19: Belegungsquote von Veranstaltungen der Senatorin für Finanzen und beim LIS nach Ressorts (2010)

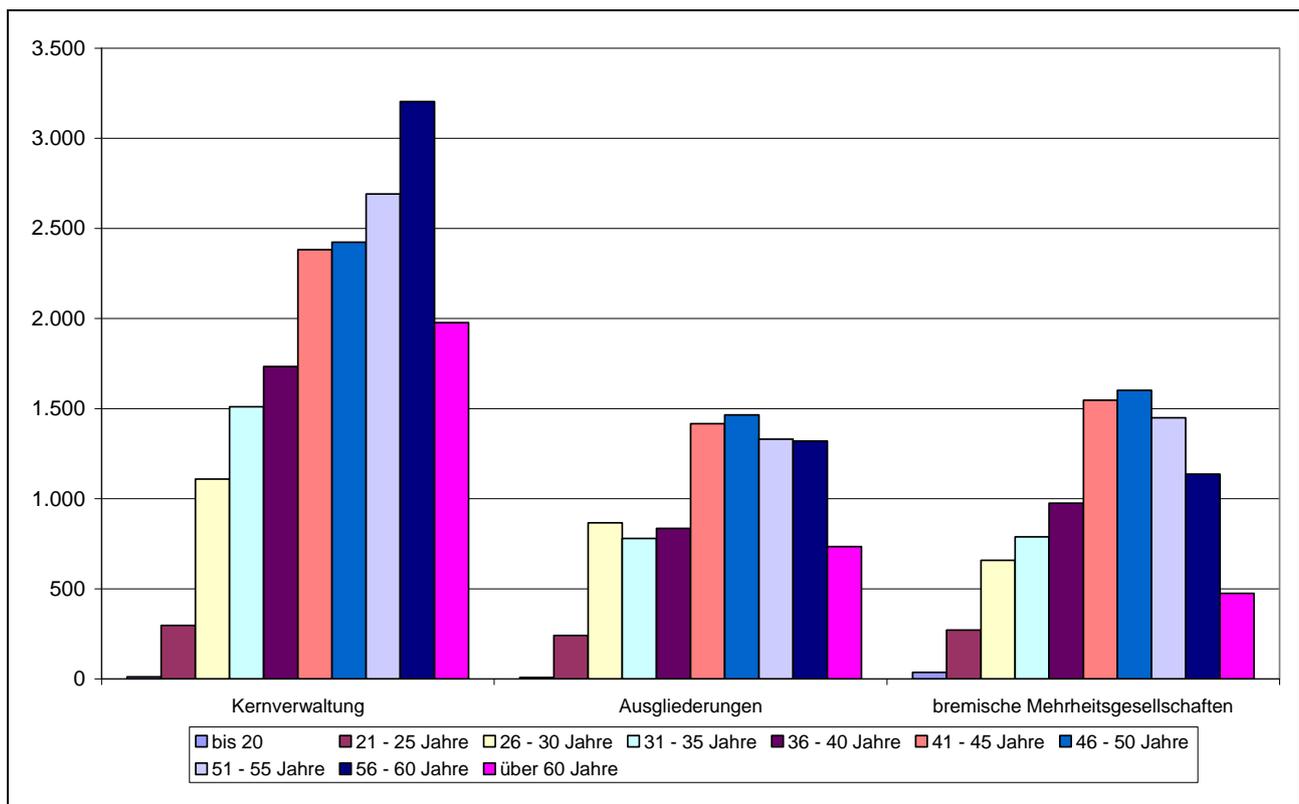


Quelle: Anlage 23 – Belegungsquoten über 100 % ergeben sich, wenn mehrere Veranstaltungen besucht worden sind, Bsp: Von den 10 Personen in einer Organisationseinheit wurden 12 Veranstaltungen besucht => Belegungsquote 120 %

2.1.6 Beschäftigtengruppen nach Alter

Die Altersstruktur der Beschäftigten wird einem ständigen Controlling unterzogen. Zielgröße des Personalmanagements ist eine ausgewogene Altersverteilung, die dann erreicht wird, wenn der Anteil der Beschäftigten in der sogenannten Rekrutierungsphase (bis zum Alter von 35 Jahren) mindestens dem Anteil der Beschäftigten in der Phase des Ausscheidens (ab 55 Jahren) entspricht.

Schaubild 20: Anzahl der Beschäftigten nach Altersgruppen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)



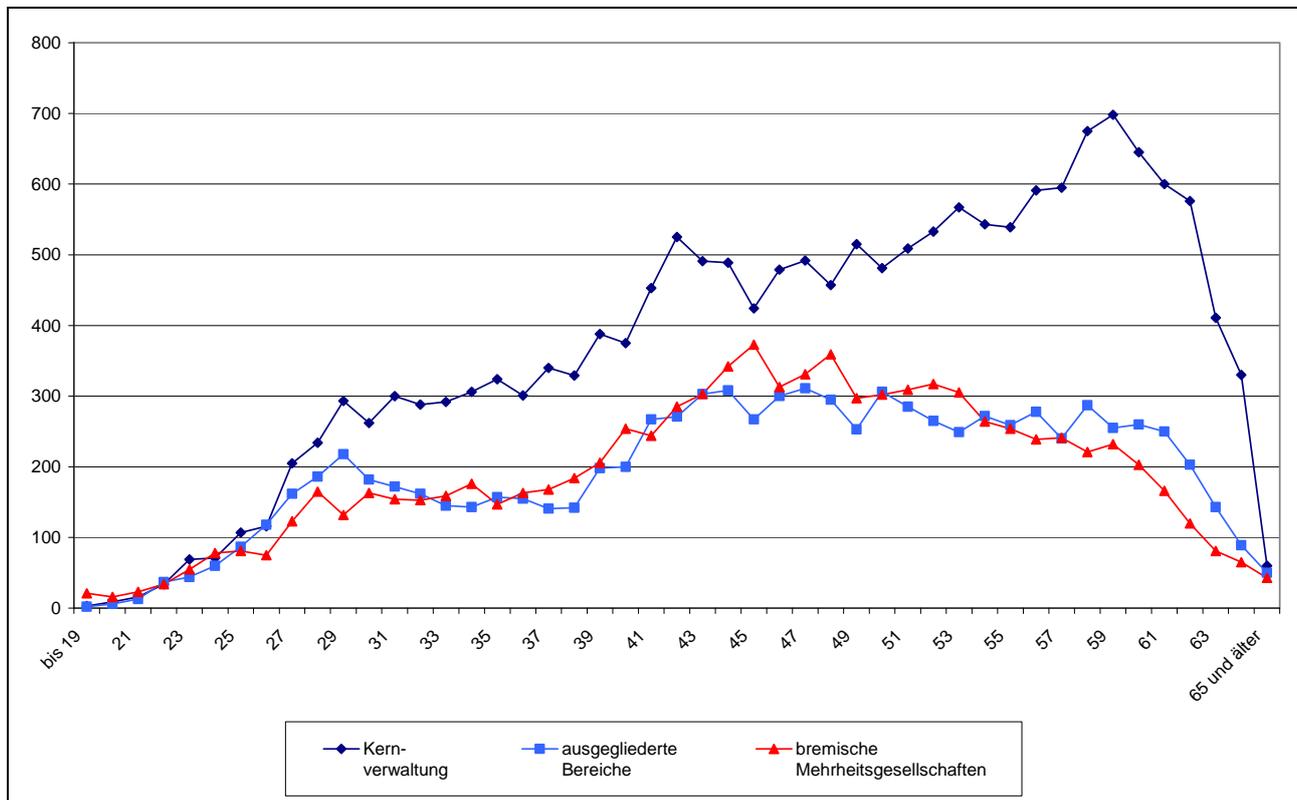
Quelle: Anlage 24

Die Schaubilder verdeutlichen, dass die Zahl der Beschäftigten in der Kernverwaltung in den einzelnen Altersgruppen mit steigender Altersgruppe zunimmt und erst in der Gruppe der über 60-jährigen abnimmt. In den Ausgliederungen und den Gesellschaften ist dagegen die Altersstruktur sehr viel ausgewogener.

Nur 15 % der Beschäftigten in der Kernverwaltung sind unter 35 Jahre alt, wobei eine Zielgröße zwischen 20 % und 25 % anzustreben ist. Demgegenüber sind knapp 30 % der Beschäftigten über 55 Jahre. Diese Altersgruppe ist weiterhin überproportional vertreten. Erstrebenswert wäre auch hier ein Wert von 20 %. Wenngleich der Anteil der Beschäftigten unter 35 Jahren unterrepräsentiert ist, bleibt doch festzuhalten, dass gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 0,9 % zu verzeichnen ist.

In den Ausgliederungen und bremischen Mehrheitsgesellschaften liegen die Anteile der Personen unter 35 Jahren bei 19,3 % bzw. 18,0 % und die Anteile der Beschäftigten über 55 Jahre bei 22,8 % bzw. 18 %. Auch diese Zahlen untermauern die deutlich größere Ausgewogenheit in der Altersstruktur.

Schaubild 21: Altersstruktur der Beschäftigten in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)



Quelle: Anlage 25

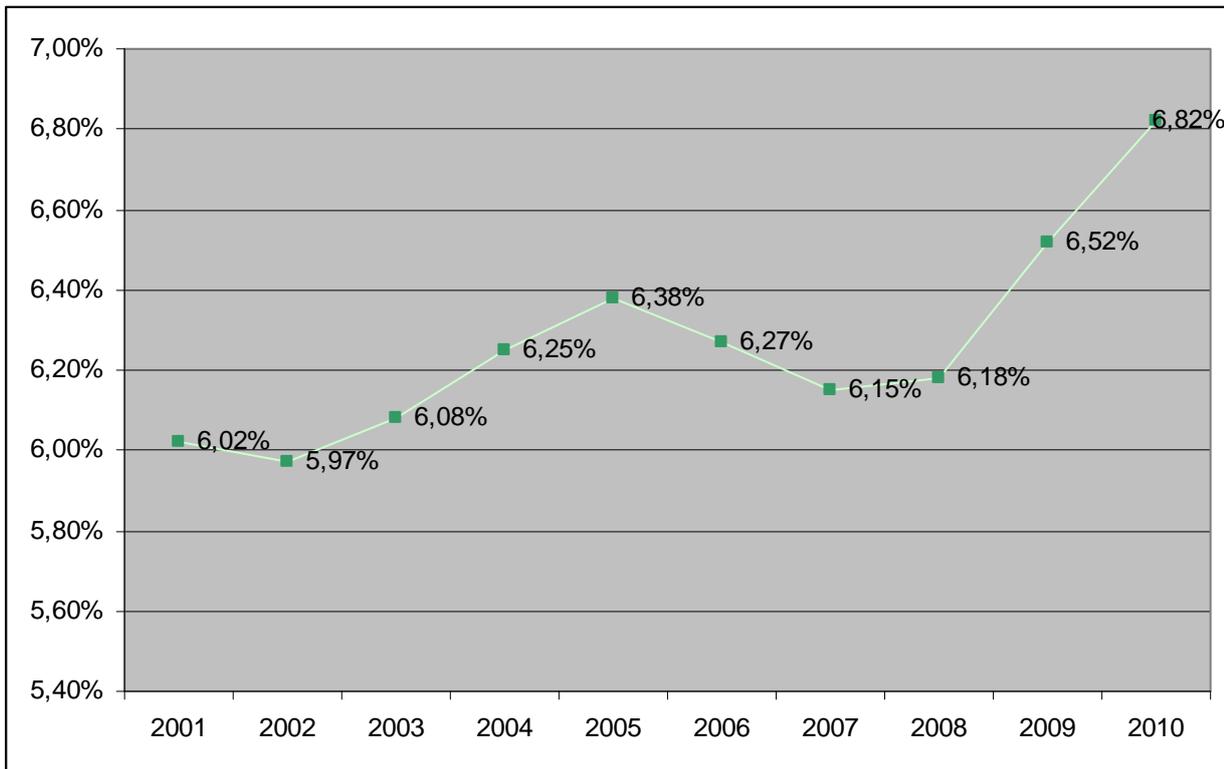
Das Durchschnittsalter ist in der Kernverwaltung von 47,2 Jahren im Jahr 2000 auf 47,6 Jahren in 2010 angestiegen. Allerdings lässt sich eine Trendwende gegenüber den Jahren 2008 und 2009 (jeweils 47,8 Jahre) erkennen. In den Ausgliederungen liegt das Durchschnittsalter 2010 mit 45,8 Jahren und in den bremischen Mehrheitsgesellschaften mit 45,3 Jahren im Vergleich zur Kernverwaltung deutlich niedriger.

2.1.7 Schwerbehinderte

Nach § 71 Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch (SGB IX) - Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen - haben Arbeitgeber auf wenigstens 5 % der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen im Sinne des § 73 SGB IX - Begriff des Arbeitsplatzes - zu beschäftigen. Durch die Integrationsvereinbarung (IGV, erstmaliges Inkrafttreten 31.12.2001, zuletzt novelliert im Dezember 2007) hat sich der Senat der Freien Hansestadt Bremen das beschäftigungspolitische Ziel gesetzt, mindestens 6 % der vorhandenen Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen (Ziffer 2.1.1 der IGV).

Im Sinne des § 73 SGB IX verfügen das Land und die Stadtgemeinde Bremen im Bereich der Kernverwaltung, der Sonderhaushalte, der Betriebe nach § 26 LHO und der Anstalten im Jahre 2010 über insgesamt 24.699 Arbeitsplätze. Diese sind im Jahresdurchschnitt mit 1.686 schwerbehinderten Beschäftigten besetzt gewesen. Für das Jahr 2010 ergibt sich daraus eine Schwerbehindertenbeschäftigungsquote von 6,8 %⁵, was wiederum eine Steigerung von 0,3 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Damit stellt die Beschäftigungsquote des Jahres 2010 die höchste Quote seit 2001 dar.

Schaubild 22: Entwicklung der Schwerbehindertenbeschäftigungsquote in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2001 bis 2010)



Quelle: Anlage 26

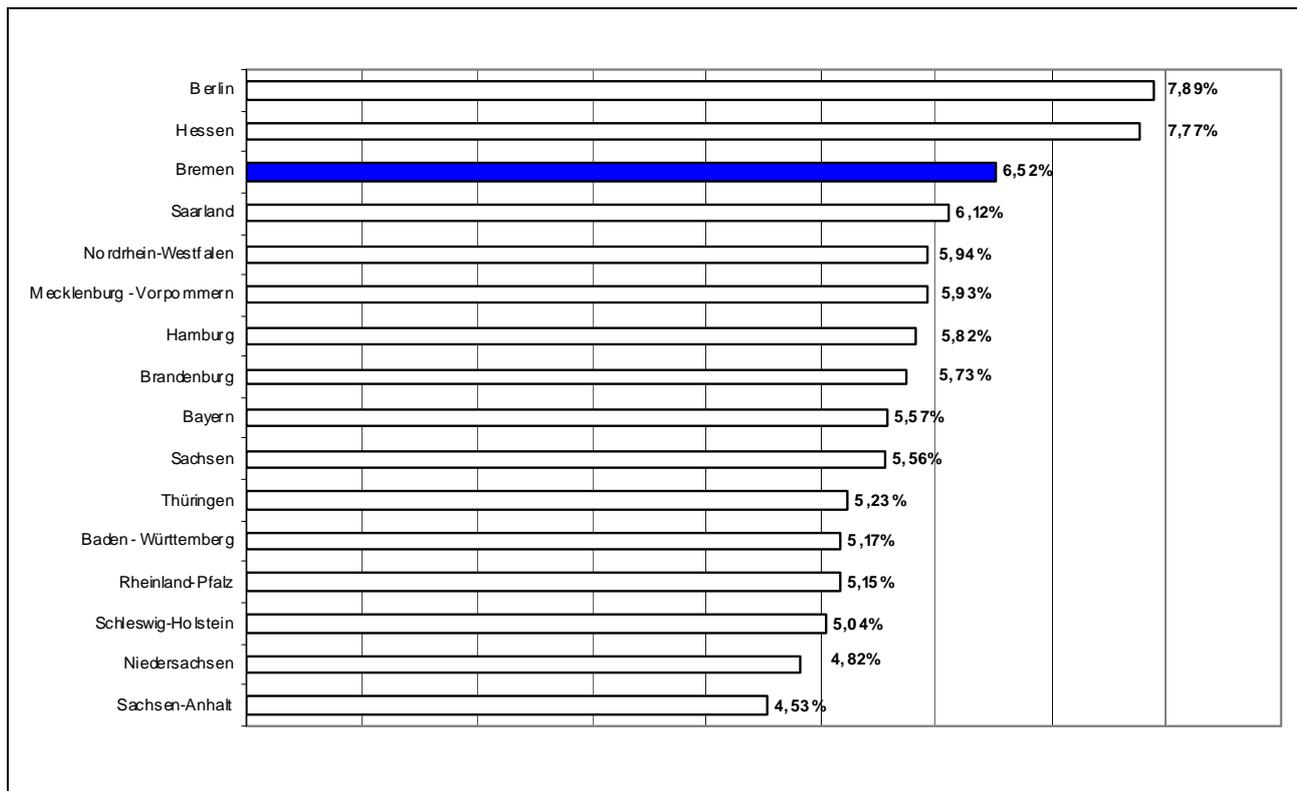
Aus den Zahlen wird deutlich, dass Bremen sowohl die gesetzlich vorgeschriebene Beschäftigungsquote als auch das in der IGV verankerte Ziel mehr als erfüllt hat.

Auch im Ländervergleich nahm Bremen mit seiner Schwerbehindertenbeschäftigungsquote in 2009⁶ zusammen mit Hessen und Berlin einen Spitzenplatz ein.

⁵ Vgl. Bericht über die Beschäftigungssituation und Beschäftigungsstruktur schwerbehinderter Mitarbeiter/-innen im bremischen öffentlichen Dienst für das Jahr 2010, Hrsg. Senatorin für Finanzen, Bremen, im Juli 2011.

⁶ Eine entsprechende Länderübersicht für das Jahr 2010 liegt noch nicht vor.

Schaubild 23: Erfüllung der Beschäftigungsquote⁷ durch die "Obersten Landesbehörden" im Jahresdurchschnitt (2009)



Quelle: Bericht über die Beschäftigungssituation und Beschäftigungsstruktur schwerbehinderter Mitarbeiter/-innen im bremischen öffentlichen Dienst für das Jahr 2010.

2.1.8 Staatsangehörigkeit

Im Land Bremen leben derzeit mehr als 80.000 Ausländer/-innen⁸. Dieses entspricht einem Bevölkerungsanteil von 12,2 %. Betrachtet man die aktuelle Beschäftigungssituation im bremischen öffentlichen Dienst, so ist das Ziel einer Integration aller Bevölkerungsgruppen bezogen auf die ausländischen Mitbürger/-innen noch nicht erreicht. Im Jahr 2010 sind insgesamt 1.171 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit im bremischen öffentlichen Dienst beschäftigt. Dies entspricht 3,3 % aller Beschäftigten. Davon sind 147 in der Kernverwaltung, 556 in den ausgegliederten Bereichen und 468 in den bremischen Mehrheitsgesellschaften tätig. Auffallend ist die deutliche Unterrepräsentanz in der Kernverwaltung mit 0,9 %, gegenüber 6,2 % in den Ausgliederungen und 5,2 % in den Mehrheitsgesellschaften.

461 Beschäftigte, d. h. knapp 40 % haben die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates, 710 die Staatsangehörigkeit eines Staates außerhalb der Europäischen Union.

Ein erklärtes personalpolitisches Ziel ist die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Zu den Personen mit Migrationshintergrund werden „alle nach 1949 auf das

⁷ Gemäß § 71 Abs. 3 Nr. 2 SGB IX.

⁸ Vgl. Statistisches Landesamt Bremen, Statistisches Jahrbuch 2010, Bremen 2010.

heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenem Elternteil⁹ gezählt. Ihr Anteil an der bremischen Bevölkerung beläuft sich auf etwa 27,9 % und wird sich voraussichtlich bis 2020 auf etwa 33 % erhöhen¹⁰. Für den bremischen öffentlichen Dienst können allerdings aufgrund der mangelnden Datenlage weiterhin keine quantitativen Aussagen über Beschäftigte mit Migrationshintergrund getroffen werden, da zurzeit nur das Merkmal Staatsangehörigkeit erfasst wird.

2.1.9 Teilzeit

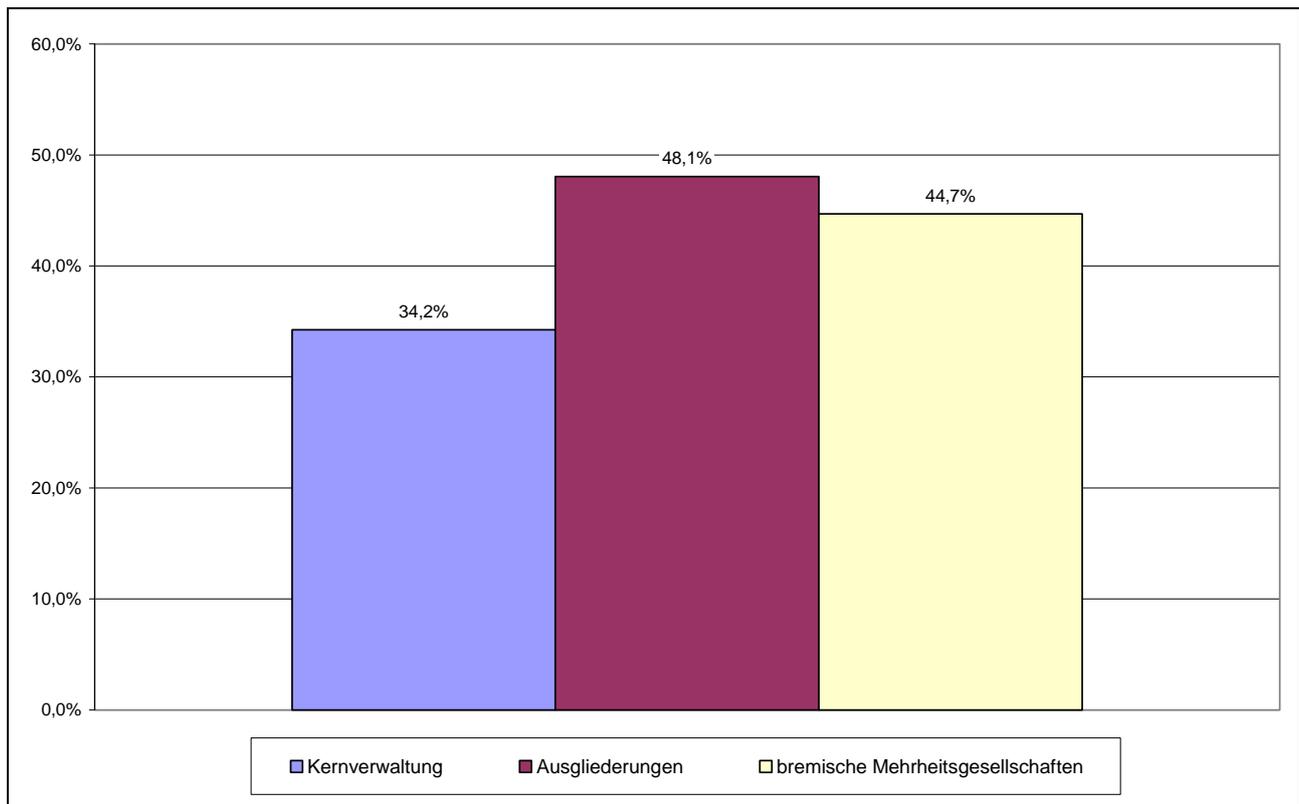
Von den insgesamt 35.275 Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes gingen im Jahr 2010 14.272¹¹ Personen einer Teilzeitbeschäftigung nach. Dies entspricht insgesamt einer Teilzeitquote von 40,4 % (inkl. Altersteilzeit). Davon entfallen 5.954 Beschäftigte auf den Kernbereich, 4.323 auf die ausgegliederten Bereiche und 3.995 auf bremische Mehrheitsgesellschaften. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dieses eine Steigerung von 1,8 %. Allerdings ist nur eine Steigerung um 0,3 % auf eine höhere Teilzeitquote in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen zurückzuführen. Die deutliche Steigerung insgesamt liegt daran, dass die bremischen Mehrheitsgesellschaften miteinbezogen wurden, welche eine sehr hohe Teilzeitquote aufweisen.

9 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden 2009, S. 8; Statistisches Bundesamt (Hg.), Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus – FS 1 R. 2.2, Wiesbaden 2010.

10 Vgl. Bremische Bürgerschaft, Auswirkungen des demografischen Wandels im Lande Bremen auf die Kultur, Drs. 17/764 vom 21.07.2009.

11 In den Zahlen zur Teilzeit sind 45 Personen hinzugerechnet worden, die sich zurzeit in der Passivphase der Altersteilzeit befinden und auf einem außerhaushaltsmäßigen Konto gebucht sind und daher nicht in die Berichterstattung mit einfließen

Schaubild 24: Teilzeitquoten in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)



Quelle: Anlage 28

Die deutlich höheren Quoten in den Ausgliederungen und in den Gesellschaften lassen sich vor allem auf die bei Immobilien Bremen und der Gesundheit Nord Dienstleistungen GmbH beschäftigten Reinigungskräfte sowie auf das Betreuungspersonal bei Kita Bremen zurückführen.

Im Folgenden wird in den Auswertungen nach Teilzeitarbeit (Beschäftigte ohne Altersteilzeit) und Altersteilzeit differenziert.

Teilzeitarbeit (ohne Altersteilzeit)

Ohne die Beschäftigten in Altersteilzeit sind im Jahr 2010 insgesamt 33,5 % aller Beschäftigten teilzeitbeschäftigt. Der Anteil der Frauen beträgt 86,3 %.

Es gibt verschiedene Ursachen dafür, dass Teilzeit überwiegend von Frauen wahrgenommen wird. Zum einen spielt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor eine große Rolle, zum anderen können in manchen frauenspezifischen Berufen, wie beispielsweise beim Betreuungspersonal in den Kindertagesheimen, teilweise nur reduzierte Arbeitszeitmodelle angeboten werden.

Die Senatorin für Finanzen unterstützt die breite Einführung familienfreundlicher Personalpolitik und die damit einhergehende Sicherstellung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Bestehende Regelungen wie das Landesgleichstellungsgesetz, Frauenförderpläne, die Dienstvereinbarung zur

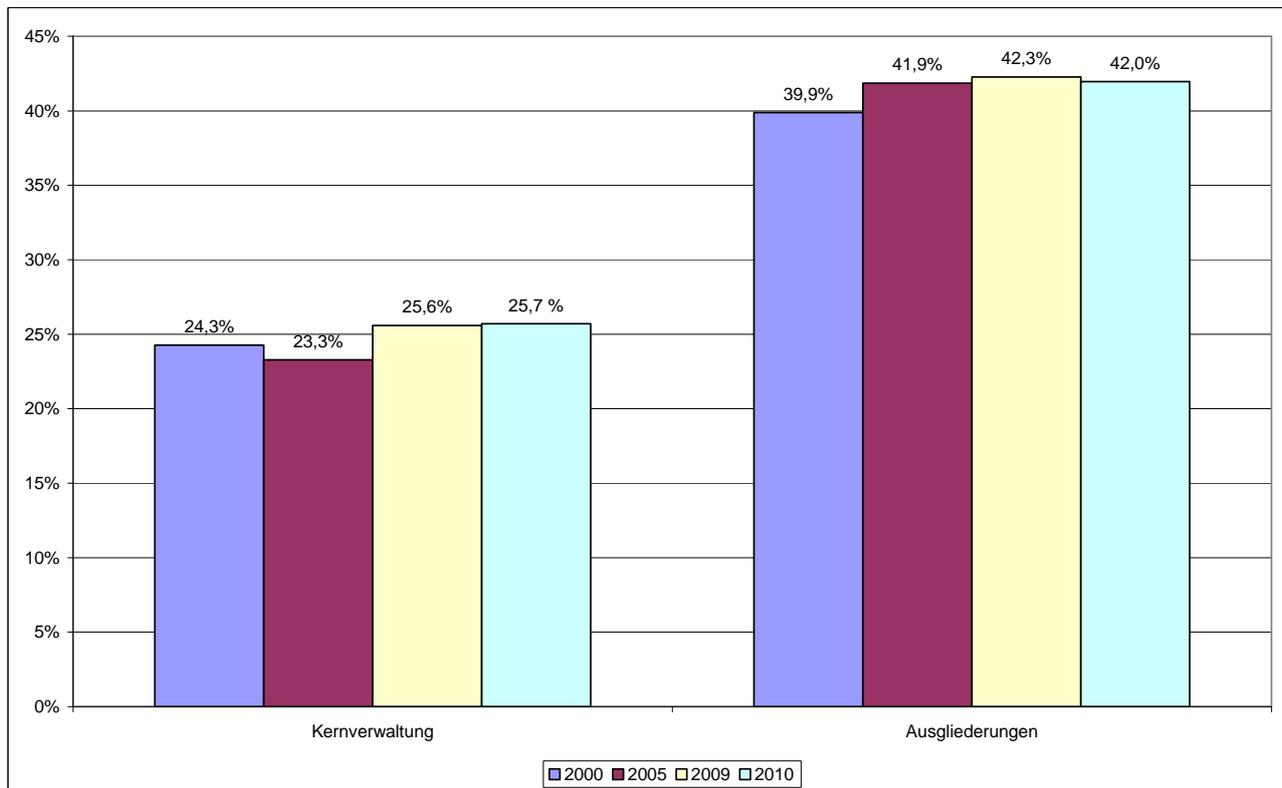
„Alternierenden Telearbeit“ oder Flexibilisierung der Grundsätze für die gleitende Arbeitszeit werden weiter entwickelt und umgesetzt. In diesem Zusammenhang wird die Erprobung von Teilzeitarbeit für Führungspositionen angestrebt.

Die Teilzeitquote (ohne ATZ) beträgt 25,7 % in der Kernverwaltung, in den Ausgliederungen 42 % und in bremischen Mehrheitsgesellschaften 40,1 %, wobei der Umfang der Arbeitszeit aufgrund der Vielzahl von Arbeitszeitmodellen stark variiert. Derzeit arbeiten 10 % der Teilzeitbeschäftigten unter 50 %, der größte Anteil von rund 37 % arbeitet zwischen 50 % und 60 % und rund 27 % der Teilzeitbeschäftigten zwischen 70 % und 80 % der vollen Arbeitszeit.

Die Teilzeitquoten variieren in beträchtlichem Umfang nach Geschlecht und Laufbahngruppen. Im Vergleich zur Teilzeitquote der Männer ist die der Frauen in den einzelnen Laufbahngruppen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen wesentlich höher. In der Kernverwaltung bewegt sich die Teilzeitquote der Frauen in den verschiedenen Laufbahngruppen zwischen 39,5 % (Laufbahngruppe 2, 1. EA) und 48 % (Laufbahngruppe 1, 2. EA). In den Ausgliederungen ist die Teilzeitquote der Frauen in der Laufbahngruppe 1, 1. EA mit 82,5 % mit Abstand am höchsten. Dies ist durch die bei Immobilien Bremen beschäftigten Raumpflegerkräfte begründet. Ansonsten bewegt sich die Teilzeitquote in den Ausgliederungen zwischen 44,5 % (Laufbahngruppe 2, 1. EA) und 56,7 % (Laufbahngruppe 1, 2. EA).

Teilzeit wird in der Kernverwaltung überwiegend in den Altersgruppen von 36 bis 45 Jahren (36,5 %) und von 46 bis 55 Jahren (29,7 %) wahrgenommen. In den Ausgliederungen ist der größte Anteil der Teilzeitbeschäftigten mit 50,7 % bei den bis zu 35-Jährigen zu finden. In den bremischen Gesellschaften sind es analog zur Kernverwaltung die Altersgruppen von 36 bis 45 Jahren (47,7 %) und von 46 bis 55 Jahren (46,8 %).

Schaubild 25: Entwicklung der Teilzeitquote in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen ohne Altersteilzeitfälle (2000 bis 2010)

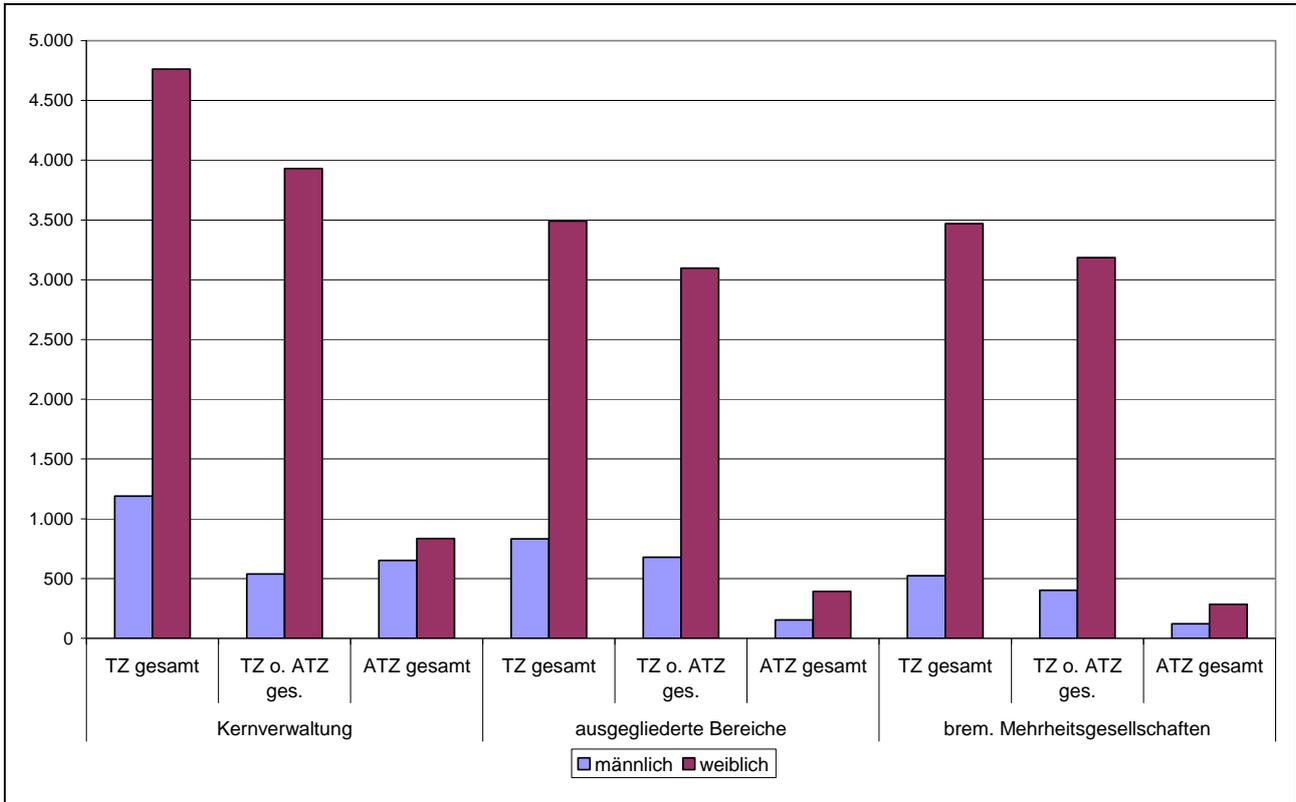


Quelle: Anlage 27

Tabelle 10: Umfang der Teilzeitbeschäftigung in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010 - ohne Altersteilzeit)

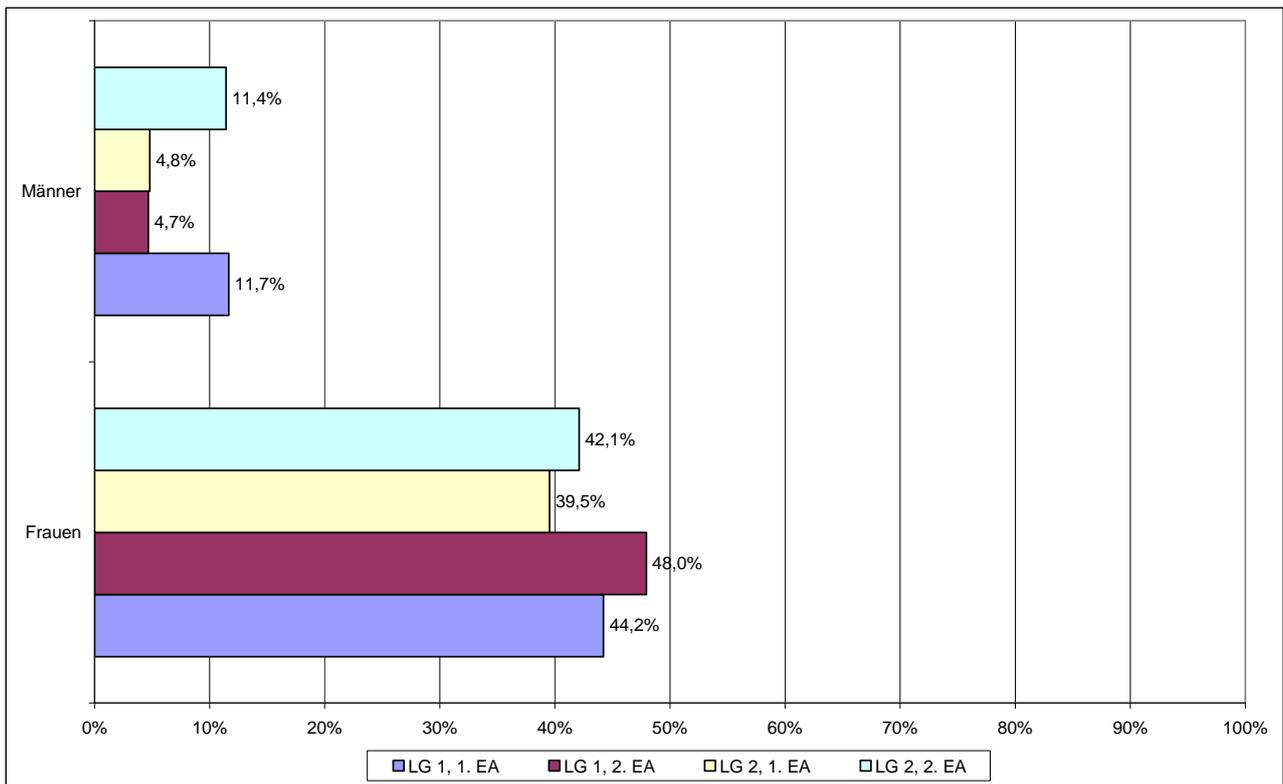
Umfang Teilzeit	Teilzeitbeschäftigte							
	Gesamt	Anteil	Kern- verwaltung	Anteil	Ausglie- derungen	Anteil	brem. Mehrheits- gesell- schaften	Anteil
< 30 %	600	5,1%	152	3,4%	166	4,4%	282	7,9%
30 % - < 50 %	602	5,1%	302	6,8%	178	4,7%	122	3,4%
50 % - < 60 %	4.330	36,6%	1.143	25,6%	1.615	42,8%	1.572	43,8%
60 % - < 70 %	1.296	11,0%	605	13,5%	536	14,2%	155	4,3%
70 % - < 80 %	3.146	26,6%	1.210	27,1%	654	17,3%	1.282	35,7%
80 % - < 90 %	1.416	12,0%	852	19,1%	447	11,8%	117	3,3%
90 % - < 100%	440	3,7%	204	4,6%	179	4,7%	57	1,6%
Insgesamt	11.830	100,0%	4.468	100,0%	3.775	100,0%	3.587	100,0%

Schaubild 26: Teilzeitbeschäftigung und Altersteilzeit nach Geschlecht und Bereichen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)



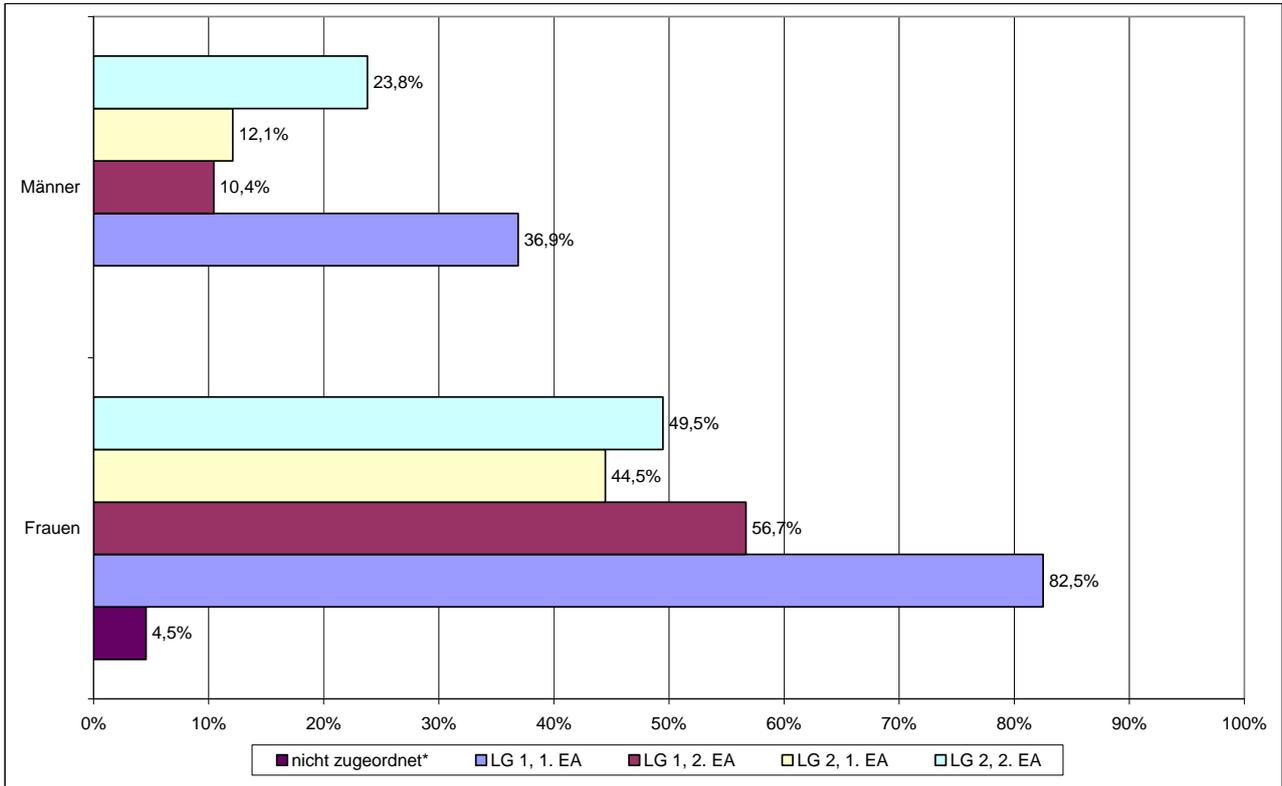
Quelle: Anlage 28

Schaubild 27: Teilzeitquote (ohne Altersteilzeit) nach Geschlecht und Laufbahngruppen in der Kernverwaltung (2010)



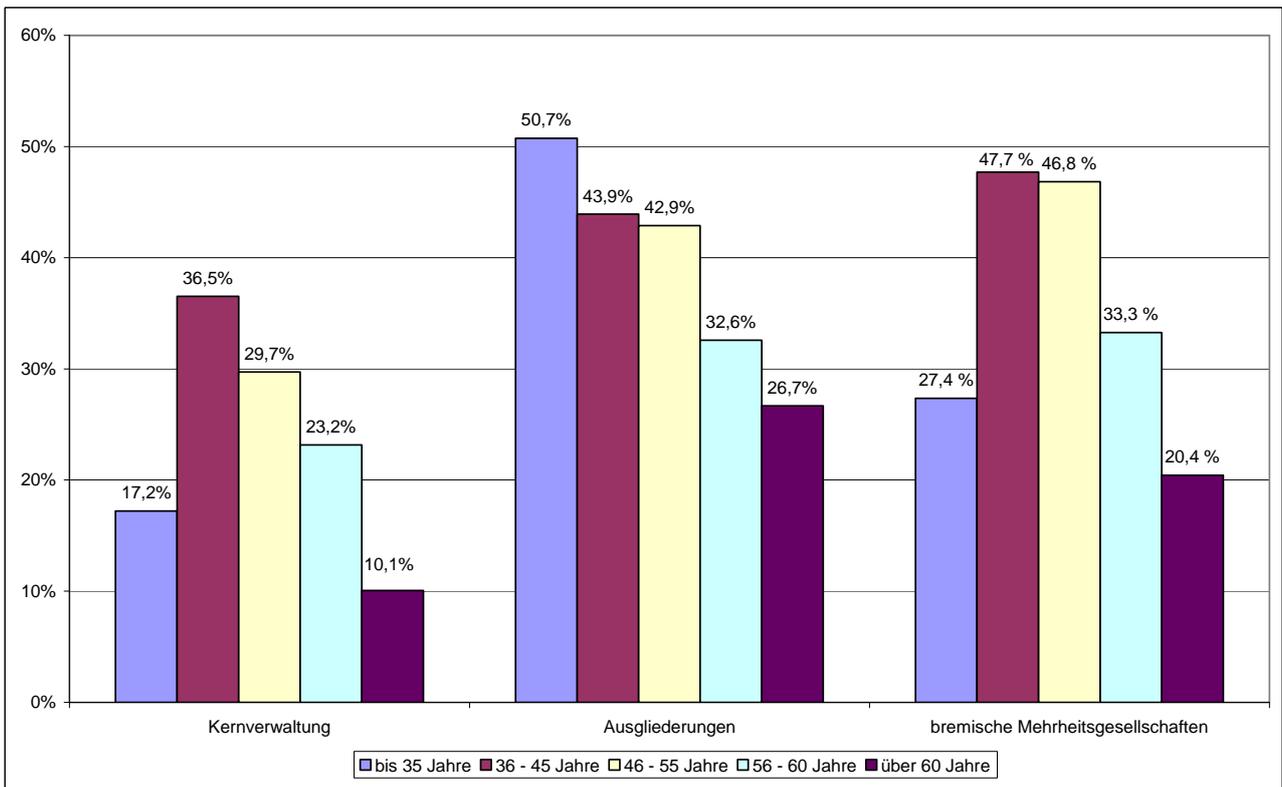
Quelle: Anlage 29

Schaubild 28: Teilzeitquote (ohne Altersteilzeit) nach Geschlecht und Laufbahngruppen in den Ausgliederungen (2010)



Quelle: Anlage 29

Schaubild 29: Teilzeitquote (ohne Altersteilzeit) in den Altersgruppen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)



Quelle: Anlage 30

Altersteilzeit

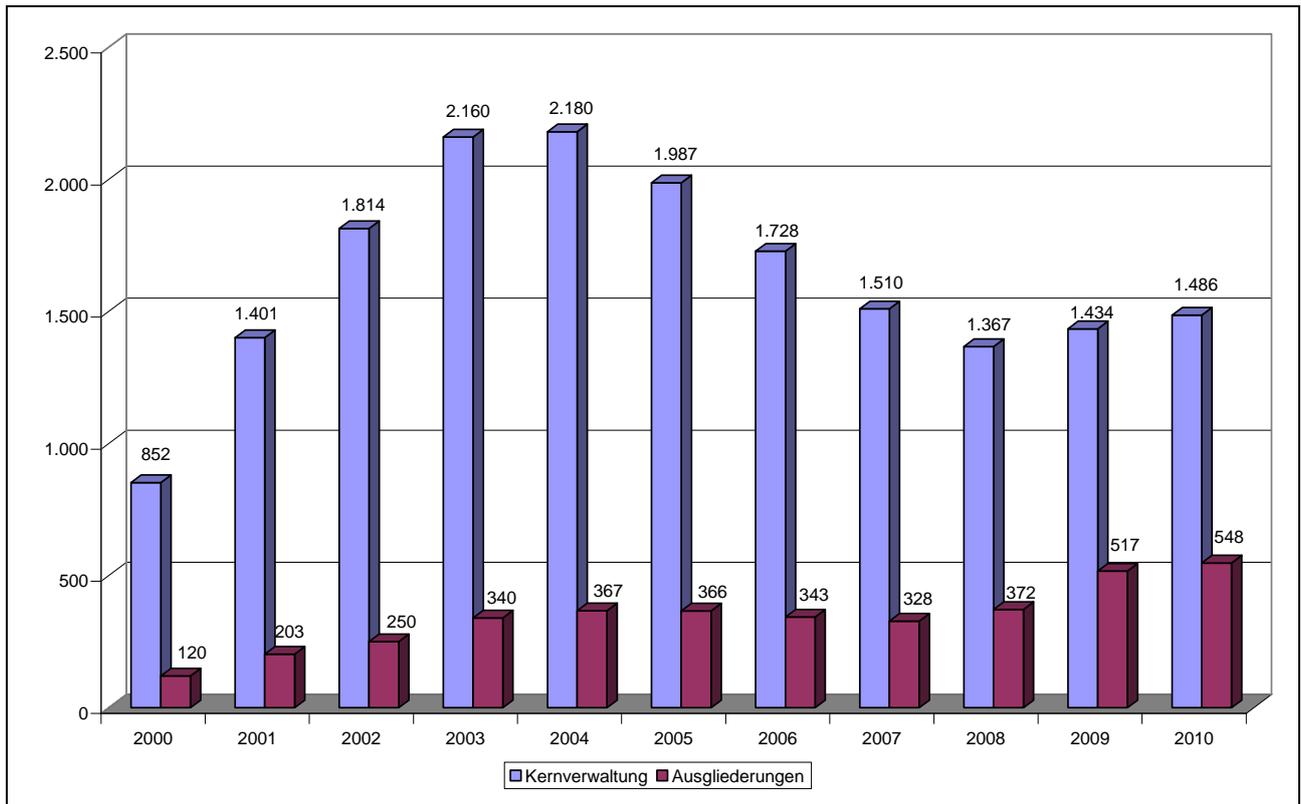
In der Kernverwaltung sind bei jeder neuen Gewährung von Altersteilzeit im Blockmodell die während der Aktivphase entstehenden Budgetentlastungseffekte als Rückstellung der Anstalt für Versorgungsvorsorge zuzuführen. Die Budgetentlastung wird pauschal ermittelt und beträgt 30 % der durchschnittlichen Personalaufwände der betroffenen Besoldungs- oder Entgeltgruppe des entsprechenden Produktbereichs. Die Rückstellungen werden dann in der Passivphase der Altersteilzeit zur anteiligen Deckung der Ausgaben herangezogen. Diese Regelung gilt für alle Altersteilzeitfälle des seit dem 10. April 2008 geltenden Altersteilzeitgesetzes für Beamte/-innen sowie der seit dem 5. Mai 1998 geltenden Altersteilzeitvereinbarung für Arbeitnehmer/-innen, denen nach dem 1. Januar 2008 Altersteilzeit gewährt wurde.

Im Jahr 2010 haben von den 2.442 Beschäftigten der Kernverwaltung, der Ausgliederungen und der Mehrheitsgesellschaften in Altersteilzeit 2.201 Personen (90 %) das Blockmodell gewählt. Davon befinden sich bereits 45 % in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. In der Kernverwaltung gibt es die meisten Beschäftigten in Altersteilzeit mit 60 %, in den Ausgliederungen sind es 23 % und in den bremischen Mehrheitsgesellschaften 17 %.

Bei den Altersteilzeitfällen in der Kernverwaltung und in den Ausgliederungen gab es einen leichten Anstieg von 2 % im Vergleich zum Vorjahr. Für die bremischen Mehrheitsgesellschaften ist ein Periodenvergleich nicht möglich, da für das Vorjahr keine Daten vorliegen.

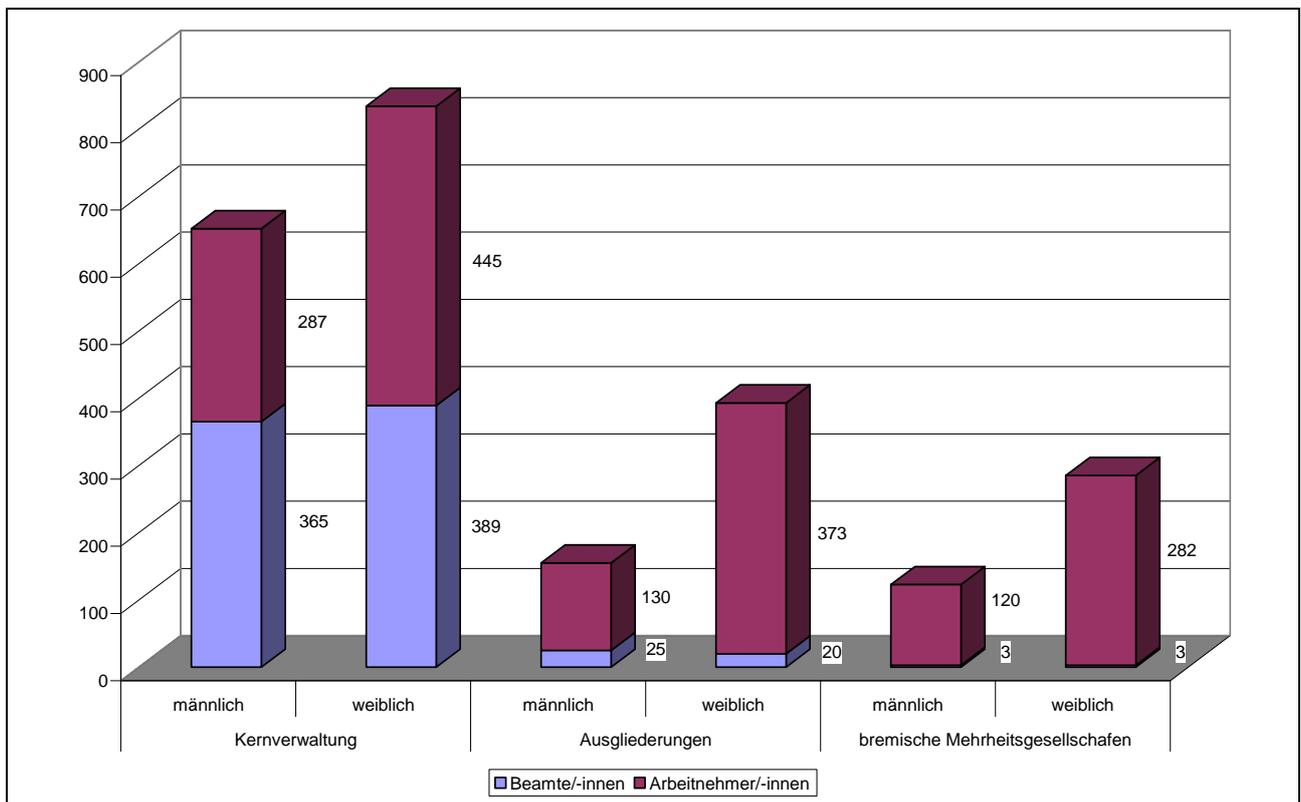
Der Frauenanteil an den Beschäftigten in Altersteilzeit beträgt 62 %.

Schaubild 30: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in Altersteilzeit in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 bis 2010)



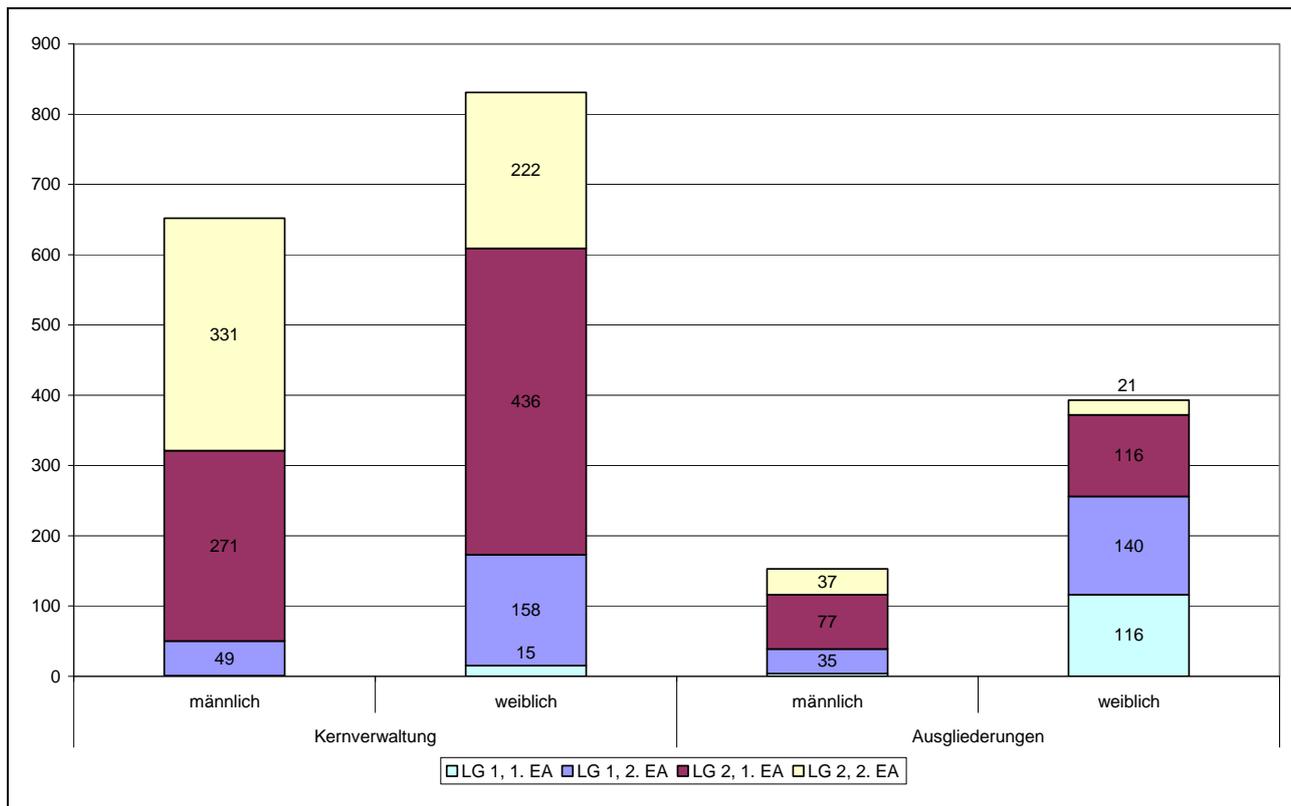
Quelle: Anlage 31

Schaubild 31: Altersteilzeit nach Statusgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)



Quelle: Anlage 33

Schaubild 32: Altersteilzeit nach Laufbahngruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)



Quelle: Anlage 34

2.2 Personalveränderungen

2.2.1 Fehlzeiten (Krankenstand)

Über die im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements im bremischen öffentlichen Dienst erhobene Fehlzeitenstatistik wurde im vorigen Personalbericht erstmals berichtet.¹² Die krankheitsbedingten Fehlzeitenquoten, die halbjährlich jeweils zum 30.06. und 31.12. rückwirkend für die letzten 12 Monate erhoben werden, lassen nun erstmals Vergleiche zum Vorjahr zu. Erklärungen zu Veränderungen in den Daten können in diesem Bericht jedoch nur auf struktureller und nicht auf qualitativer Ebene erfolgen, da die Erfassung der Daten rein auf Mengengerüsten basiert und Annahmen z. B. über Krankheitsgründe rein spekulativ wären.

Im Rahmen der Realisierung des Senatsbeschlusses „Umsetzung der Ergebnisse der Föderalismuskommission II in der Freien Hansestadt Bremen“ vom 08.03.2010 wurde angestrebt, bis zu diesem Berichtsjahr sämtliche organisatorischen Bereiche des bremischen öffentlichen Dienstes aufzunehmen. Tatsächlich sind bisher die Anstalt öffentlichen Rechts Immobilien Bremen

¹² Eine detaillierte Beschreibung der Erhebungsmethode von krankheitsbedingten Fehlzeiten ist im Personalbericht 2010, Band I, im Kapitel 2.2.1 Krankheitsbedingte Fehlzeiten zu finden.

und der Umweltbetrieb Bremen hinzugekommen, so dass knapp 1.200 Beschäftigte mehr in den Auswertungen enthalten sind als im Jahr 2009. Eine Übersicht der noch fehlenden Dienststellen ist im Anhang, Anlage 42, aufgeführt.

Im Jahr 2010 beträgt die krankheitsbedingte Fehlzeitenquote insgesamt 5,9 %, bei den männlichen Beschäftigten 5,1 % und bei den weiblichen 6,3 %. Grundlage der Auswertung sind 376.754 Fehlzeitentage und 17.614 Beschäftigte. Bei Betrachtung des Schaubildes 33, in der die halbjährlich ermittelte Fehlzeitenquote dargestellt wird, ist zum einen eine Steigerung der Fehlzeitenquote im Vergleich zum Vorjahr (5,4 %) zu beobachten, zum anderen ist zu erkennen, dass die Quote auch weiterhin zunimmt (vgl. Stichtag 30.06.2011).

Den höchsten Anteil haben Krankheiten von vier bis 42 Tagen mit einem Anteil von 40,7 %, gefolgt von Langzeiterkrankungen (über 42 Tage) mit 39,2 % (Schaubild 34). Im Vergleich zu 2009 hat der Anteil der Erkrankungen von vier bis 42 Tagen (43 %) abgenommen, während der Anteil der Langzeiterkrankungen (36,9 %) gestiegen ist. Der Anteil von Arbeitsunfällen beträgt an den Fehltagen insgesamt 1,7 % und hat sich im Vergleich zum Vorjahr (1 %) nahezu verdoppelt.

Wie auch in 2009 steigt mit zunehmenden Alter (Schaubild 35) die Fehlzeitenquote an, wobei sowohl die höchste Fehlzeitenquote als auch der größte Anteil an den Krankheitstagen bei den 50 bis 59-Jährigen mit 7,5 % zu verzeichnen ist. Frauen weisen dabei in jeder Altersgruppe höhere Fehlzeitenquoten als Männer auf.

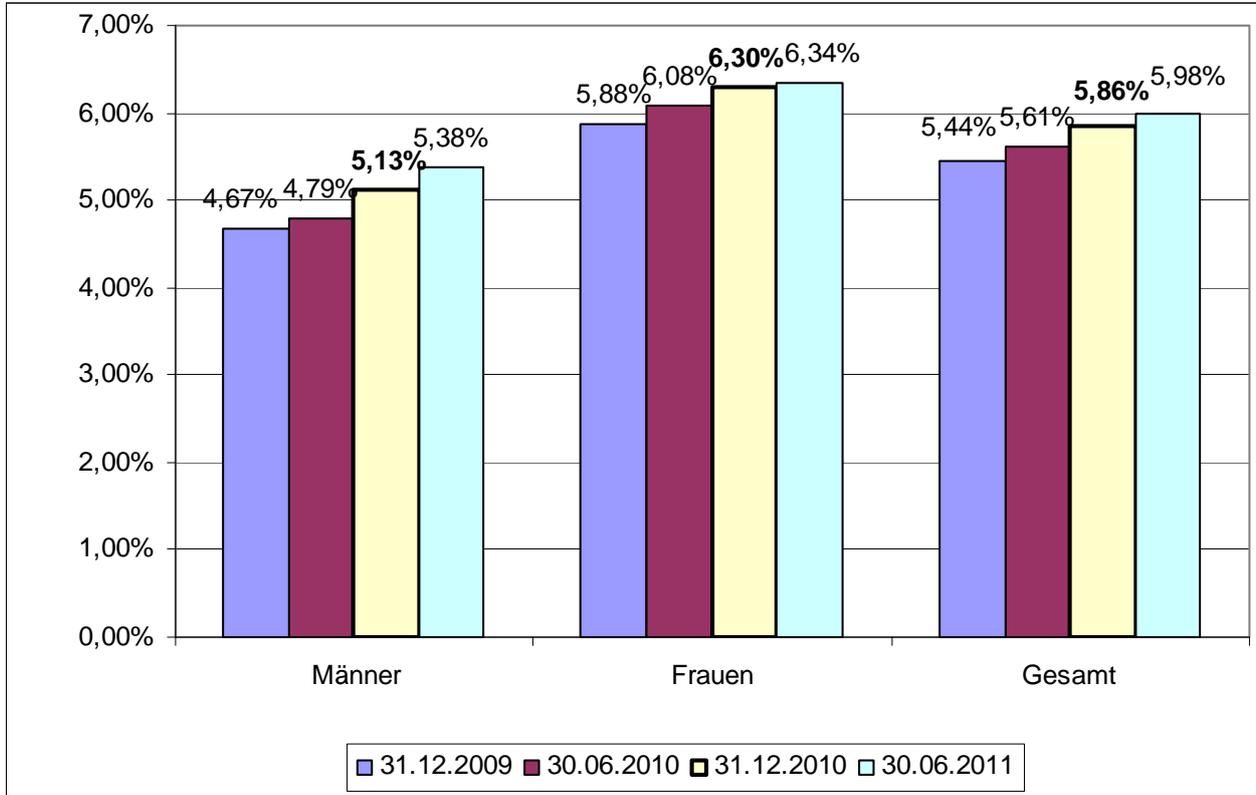
Bei den Entlohnungsstufen (Schaubild 36) sinkt die Fehlzeitenquote mit steigender Entlohnungsstufe, wobei auch hier die Frauen überwiegend höhere Fehlzeitenquoten aufweisen. Auch in den Laufbahngruppen (Schaubild 37) sinkt die Fehlzeitenquote mit steigender Laufbahngruppe. In der Laufbahngruppe 1, 1. Einstiegsamt, ist die Fehlzeitenquote mit 11,6 % im Vergleich zu 2009 (7,8 %) wesentlich höher, in den anderen Laufbahngruppen dennoch in etwa gleich geblieben.

Im Vorjahr wies die Personalgruppe des Erziehungs- und Betreuungspersonals mit 7,2 % die höchste Fehlzeitenquote auf, während nun die Raumpflege mit 12,6 % den höchsten Krankheitsausfall aufweist, gefolgt vom Strafvollzug mit 7,6 % (Schaubild 38).

Bei Betrachtung des Umfangs der Arbeitszeit (Schaubild 39) ist bei den Beschäftigten, die bis zu 75 % arbeiten, die Fehlzeitenquote am höchsten, bei denen, die bis zu 50 % der Arbeitszeit beschäftigt sind, am geringsten. Auch hier ist bei den Frauen der Krankenstand jeweils höher als bei den Männern.

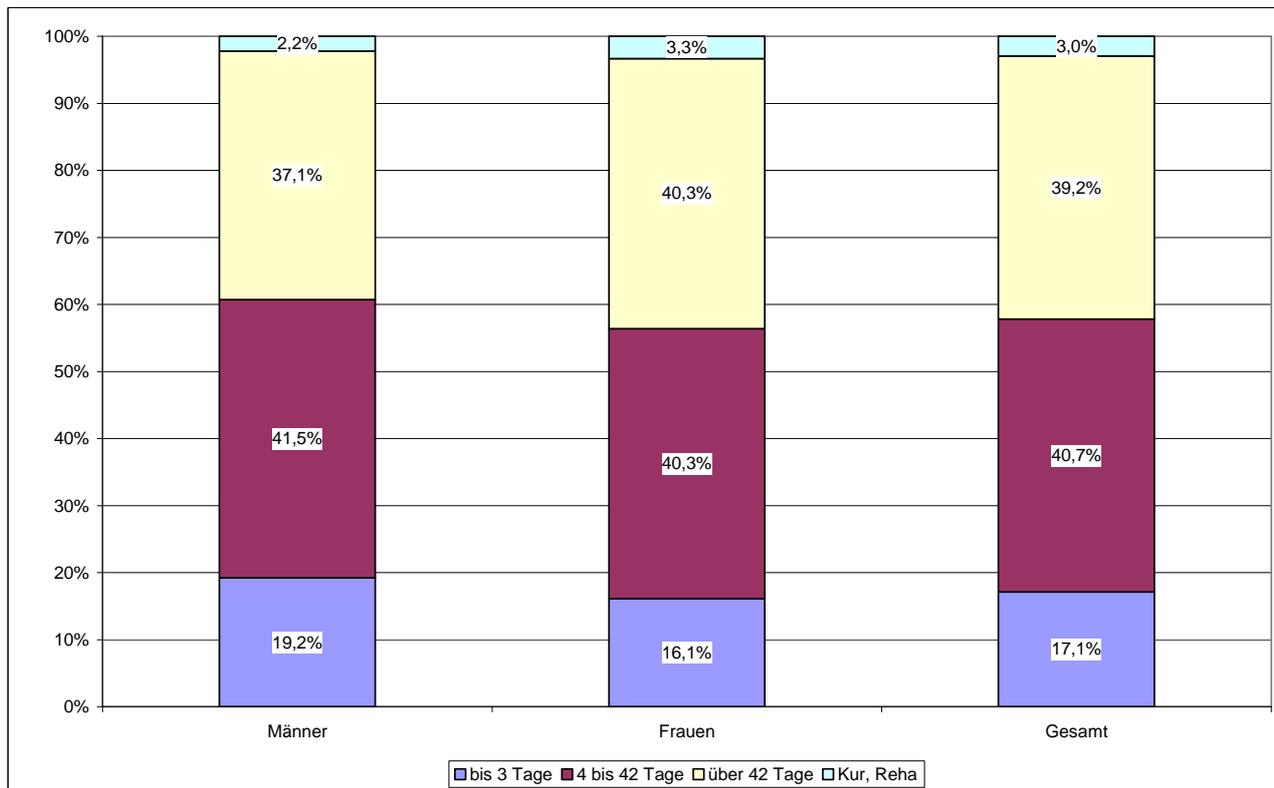
Eine Übersicht der krankheitsbedingten Fehlzeiten nach Dienststellen ist im Anhang (Anlage 41) aufgeführt.¹³

Schaubild 33: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2009 bis 2011)



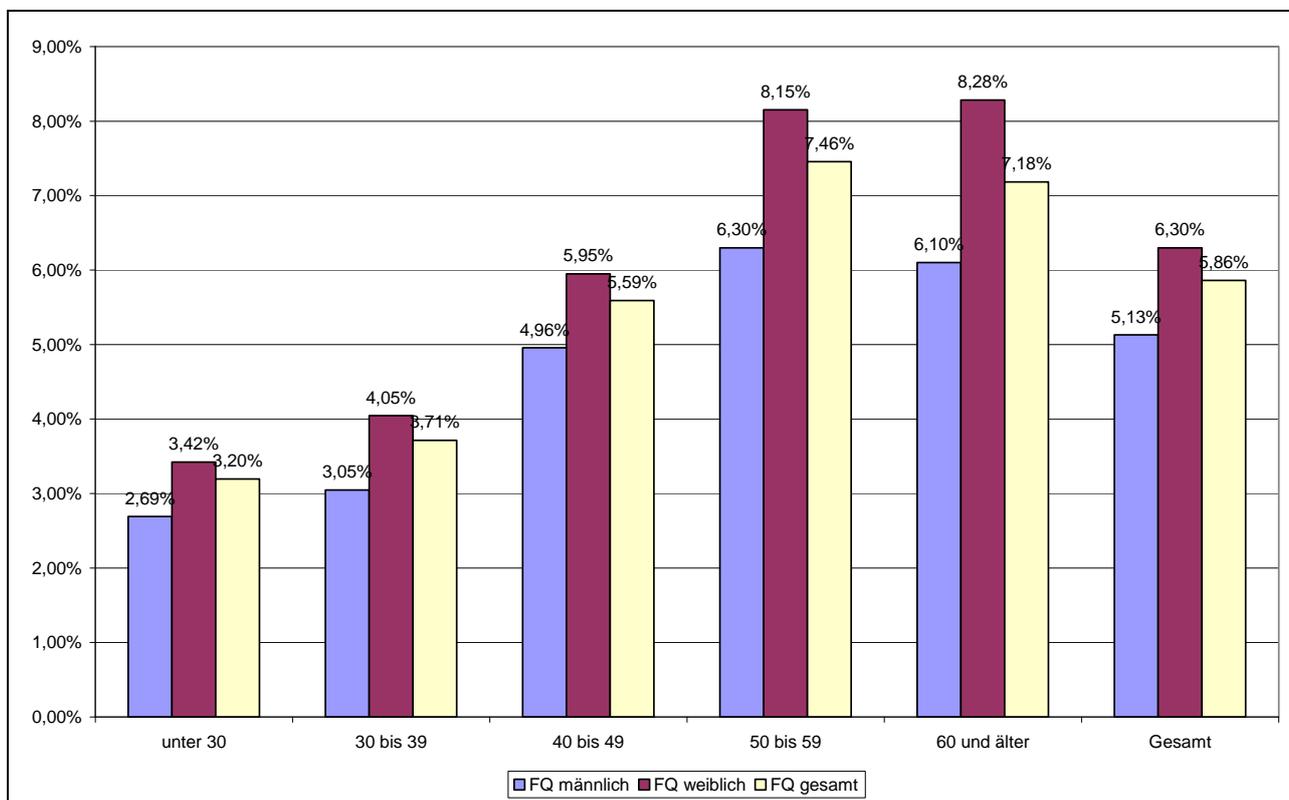
¹³ Die Auswertung der Fehlzeiten in den jeweiligen Dienststellen basiert auf Arbeitstagen. Für das Jahr 2010 gelten in Bremen 254 Arbeitstage. Im bremischen öffentlichen Dienst werden der 24. Dezember und der 31.12. als Feiertag gezählt, weshalb der Unterschied zur allgemeinen Angabe von 256 Arbeitstagen zu erklären ist.

Schaubild 34: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Dauer der Erkrankung und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)



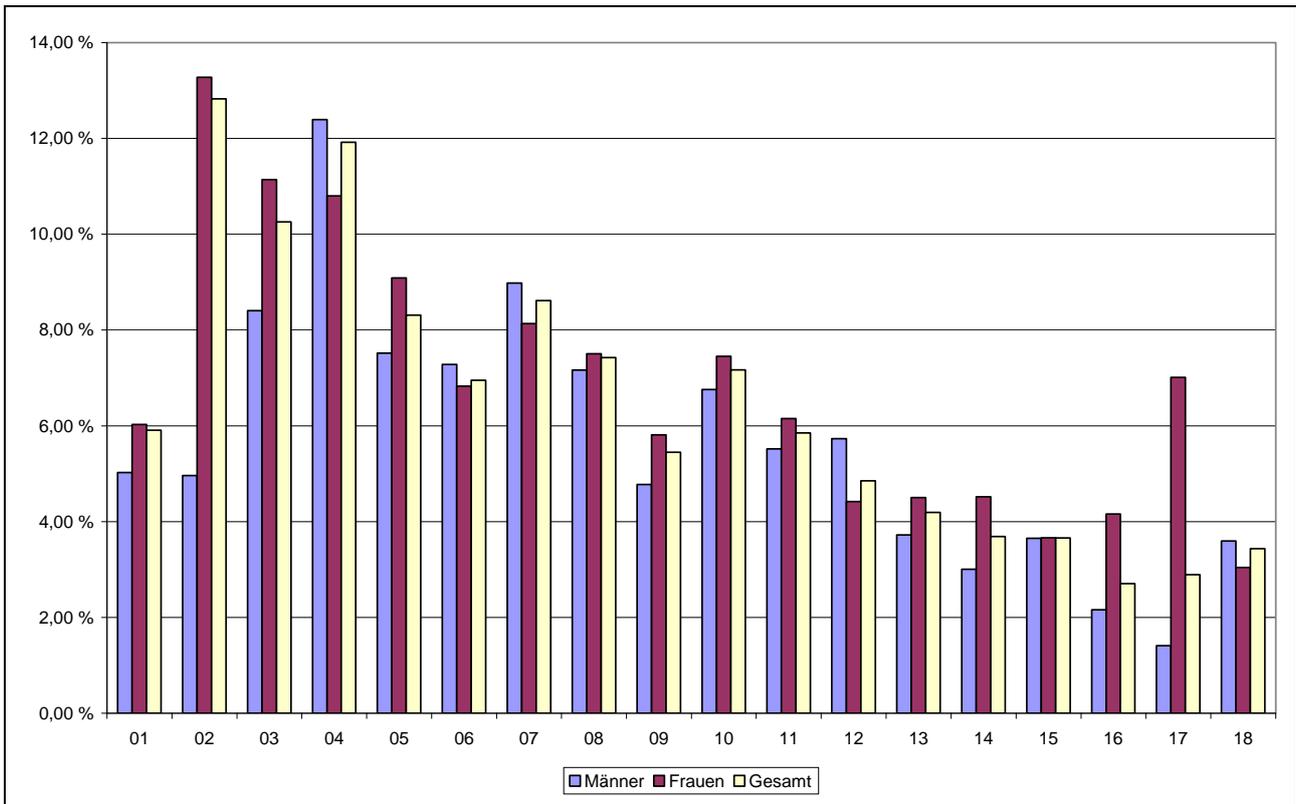
Quelle: Anlage 35

Schaubild 35: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Altersgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)



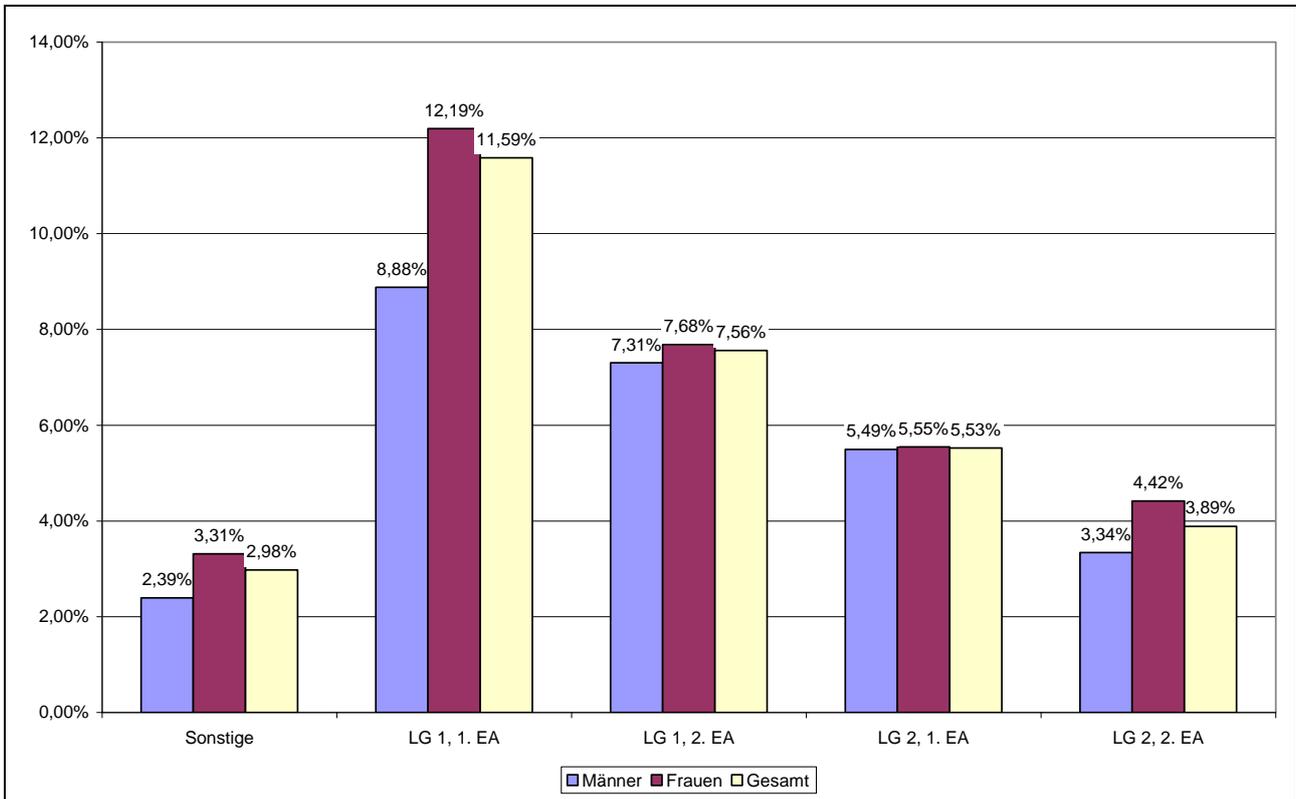
Quelle: Anlage 36

Schaubild 36: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Entlohnungsstufen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)



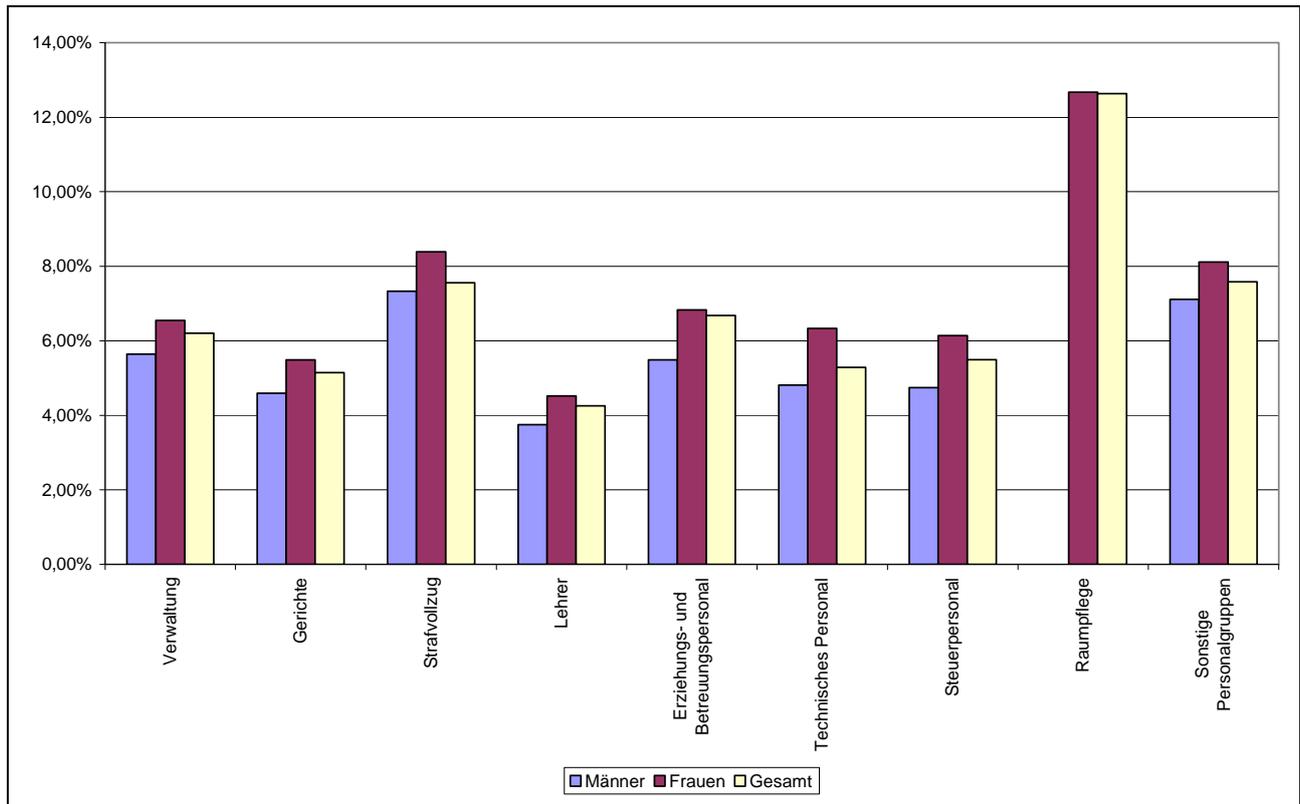
Quelle: Anlage 37

Schaubild 37: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Laufbahngruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)



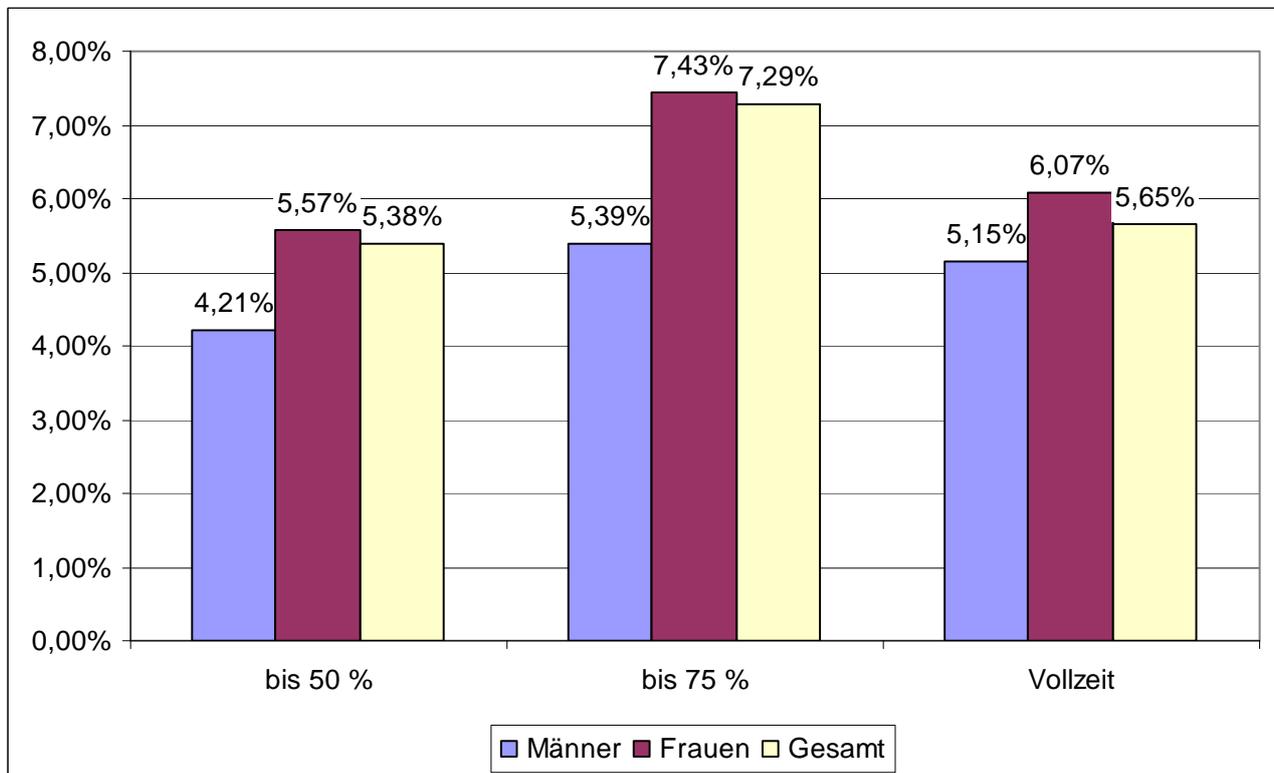
Quelle: Anlage 38

Schaubild 38: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Personalgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)



Quelle: Anlage 39

Schaubild 39: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Geschlecht und Umfang der Arbeitszeit in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)



Quelle: Anlage 40

2.2.2 Abgänge und Fluktuation

Im Jahr 2010 haben 1.889 Beschäftigte ihr Arbeitsverhältnis aus unterschiedlichen Gründen beendet. Sei es wegen des Erreichens der Altersgrenze, eines freiwilligen Ausscheidens, Fristabläufen, Dienst-/Erwerbsunfähigkeit, Todesfällen oder sonstigen Gründen. Auf die Kernverwaltung entfallen hierbei 778 Abgänge, auf die Ausgliederungen 912 und auf die bremischen Mehrheitsgesellschaften 199. Dies entspricht einer Abgangsquote von insgesamt 5 % (Kernverwaltung 4 %, Ausgliederungen 10 % und Mehrheitsgesellschaften 2 %).

Häufigste Abgangsgründe sind in der Kernverwaltung die Altersgrenze, in den Ausgliederungen befristete Arbeitsverhältnisse und in den Gesellschaften freiwilliges Ausscheiden. Die verhältnismäßig hohe Zahl von 17 % „Sonstige“ Abgangsgründe bei den Gesellschaften ist damit begründet, dass die Angabe von Abgangsgründen der Mitbestimmung unterliegt und einige Betriebsräte diese Angabe abgelehnt haben.

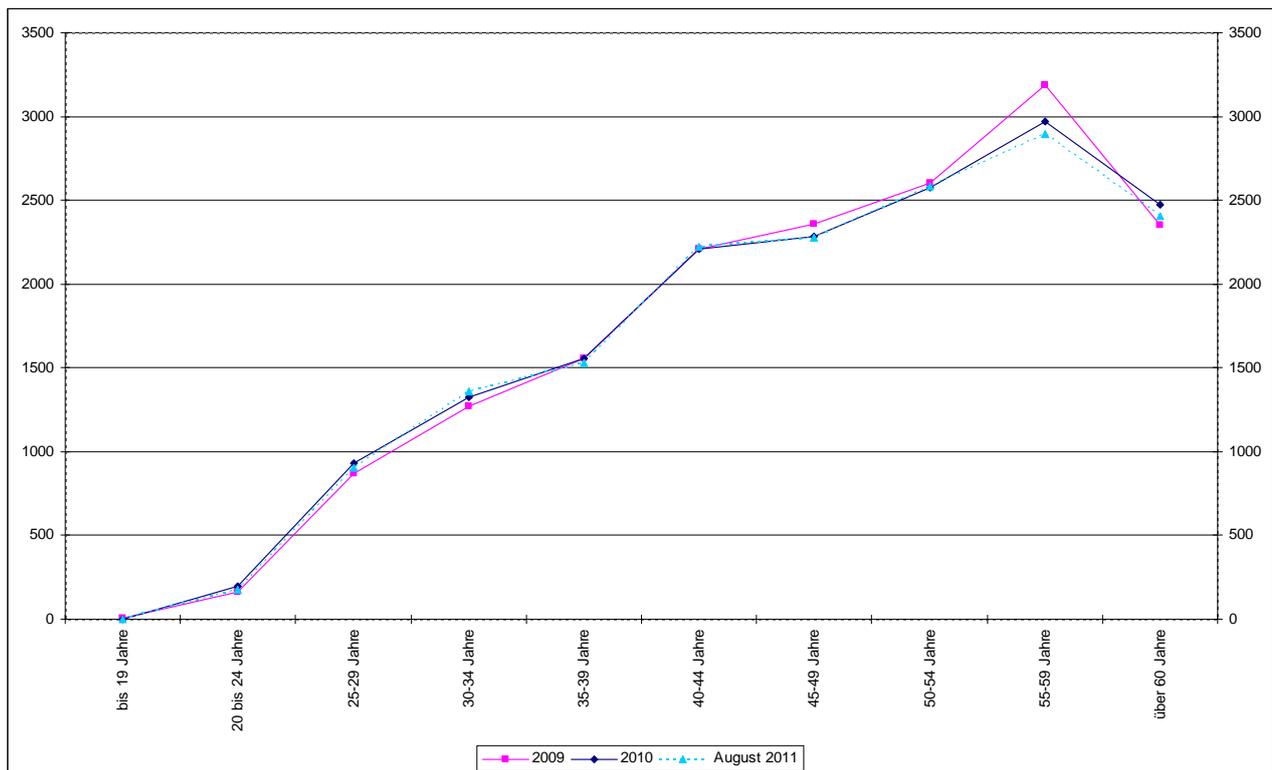
Tabelle 11: Abgänge nach Abgangsgründen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)

zusammengefasste Abgangsgründe	Kernverwaltung		Ausgliederungen		Mehrheitsgesellschaften	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Altersgrenze	467	60,0%	106	11,6%	6	3,0%
Freiwilliges Ausscheiden	105	13,5%	100	11,0%	81	40,7%
Fristablauf	133	17,1%	689	75,5%	77	38,7%
Dienst-/Erwerbsunfähigkeit	48	6,2%	11	1,2%	0	0,0%
Tod	14	1,8%	4	0,4%	1	0,5%
Sonstige	11	1,4%	2	0,2%	34	17,1%
Insgesamt	778	100,0%	912	100,0%	199	100,0%

Entwicklung der Altersstruktur in der Kernverwaltung

Wie im Abschnitt 2.1.6 bereits erläutert, nimmt die Anzahl der Beschäftigten in den einzelnen Altersgruppen in der Kernverwaltung mit steigender Altersgruppe zu, wodurch der hohe Altersdurchschnitt von 47,6 Jahren in 2010 zu erklären ist.

Bei Betrachtung des Schaubildes 40 wird jedoch deutlich, dass in den Jahren 2009 bis 2011 vornehmlich in der Altersgruppe der 55 bis 59-Jährigen die Zahl der Beschäftigten gesunken ist, was dazu führte, dass das Durchschnittsalter insgesamt sank. Ab dem Jahr 2011 werden bis 2020 ca. 30 % der Beschäftigten altersbedingt den öffentlichen Dienst verlassen, was zu einer weiteren Senkung des Altersdurchschnitts führen wird. Setzt man voraus, dass jährlich geschätzte 350 Neueinstellungen hinzukommen, die sich überwiegend auf die jüngeren Altersgruppen der 19 bis 37-Jährigen verteilen, kann von einer weiteren Senkung des Durchschnittsalters ausgegangen werden.

Schaubild 40: Vergleich der Altersstruktur im Kernbereich von 2009 bis 2011

Quelle: Eigene Berechnungen

2.2.3 Entwicklung des Stellenindex

Mit der Aufstellung der Stellenpläne für die Haushalte 2002/2003 wurde die Stellenverwaltung in Übereinstimmung mit den vorhandenen Verfahren zur Steuerung der Personalmenge (Beschäftigungszielzahlen) und der Personalausgaben (Budgetierung) gebracht. Damit wurde eine einheitliche integrierte Steuerung der Teilsysteme Stellen, Personalmenge und -ausgaben verwirklicht. Hierzu wurde das Verhältnis von Beschäftigungszielzahlen, Budget und Stellen neu definiert. Damit erhielt das dezentrale Personalmanagement einerseits Spielräume, um sinnvolle strukturelle Veränderungen einleiten zu können, und andererseits wurde damit das Prinzip der Kostenneutralität solcher Veränderungen eingeführt.

Um finanzielle Effekte, die durch die Veränderungen der Besoldungs- und Entlohnungsstrukturen entstehen, kompensieren zu können, fließen Veränderungen der Beschäftigungsstruktur in das System von Personalmengensteuerung und Personalausgaben ein. Dies geschieht, indem Strukturveränderungen als Bonus bzw. Malus in die Beschäftigungszielzahlen eingehen.

Um Stellen unterschiedlicher Statusgruppen und Bewertungen in einem einheitlichen Vergleichssystem darzustellen, wurde jede Stelle mit einem Faktor versehen, der ihre Wertigkeit bezogen auf eine Stelle A 9 (Bewertungsfaktor 1,0) angibt. Mittelt man die Bewertungsfaktoren gewichtet mit den Stellenvolumina, erhält man ein Maß für die Bewertungsstruktur des Personals: den Stellenindex.

Tabelle 12: Entwicklung des Stellenindex in der Kernverwaltung

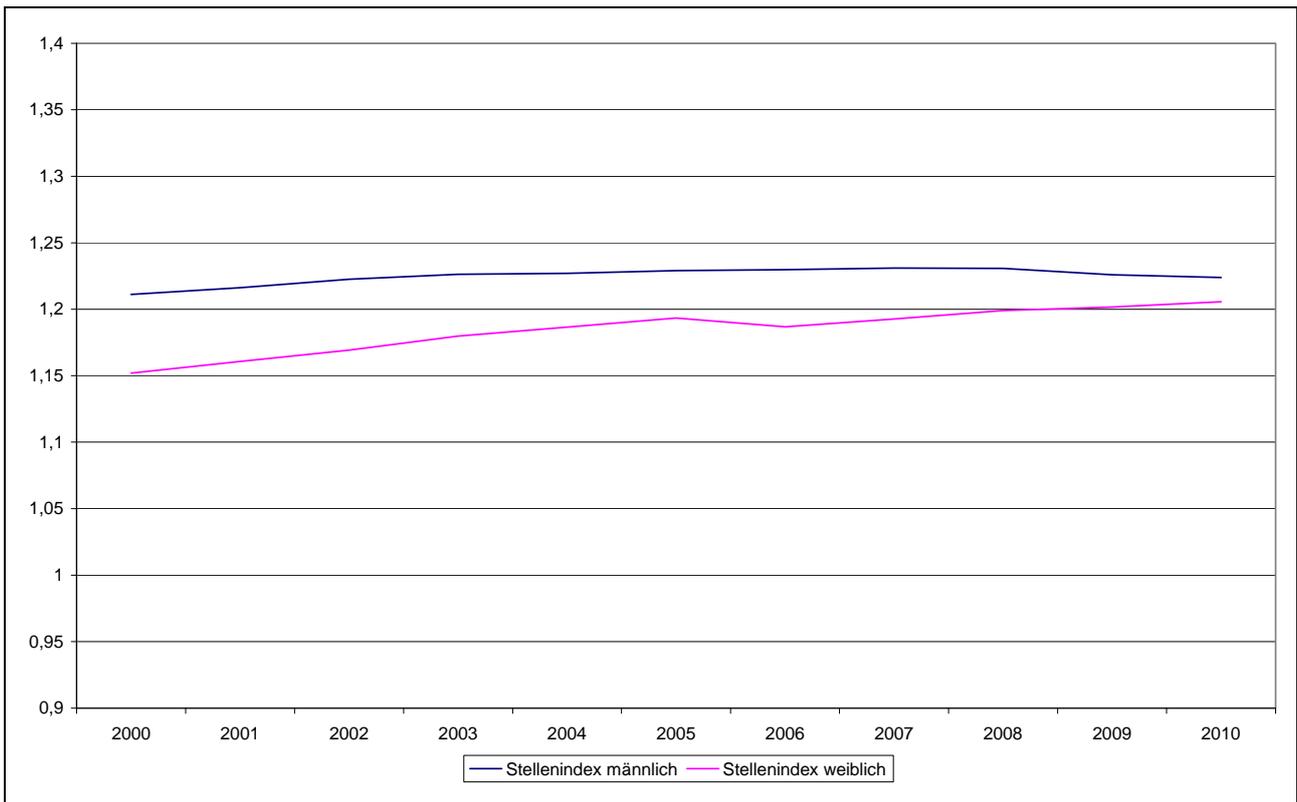
	2000	2005	2009	2010
Stellenindex gesamt	1,1860	1,2129	1,2141	1,2149
Stellenindex männlich	1,2111	1,2291	1,2259	1,2239
Stellenindex weiblich	1,1520	1,1934	1,2017	1,2056

In der Kernverwaltung hat sich der Stellenindex gegenüber dem Jahr 2000 um 2,4 % erhöht, was eine strukturelle Verteuerung des Personals um diesen Prozentsatz bedeutet. Dabei hat sich der Stellenindex der weiblichen Beschäftigten mit 4,7 % deutlicher erhöht als der Stellenindex der männlichen Beschäftigten mit 1,1 %.

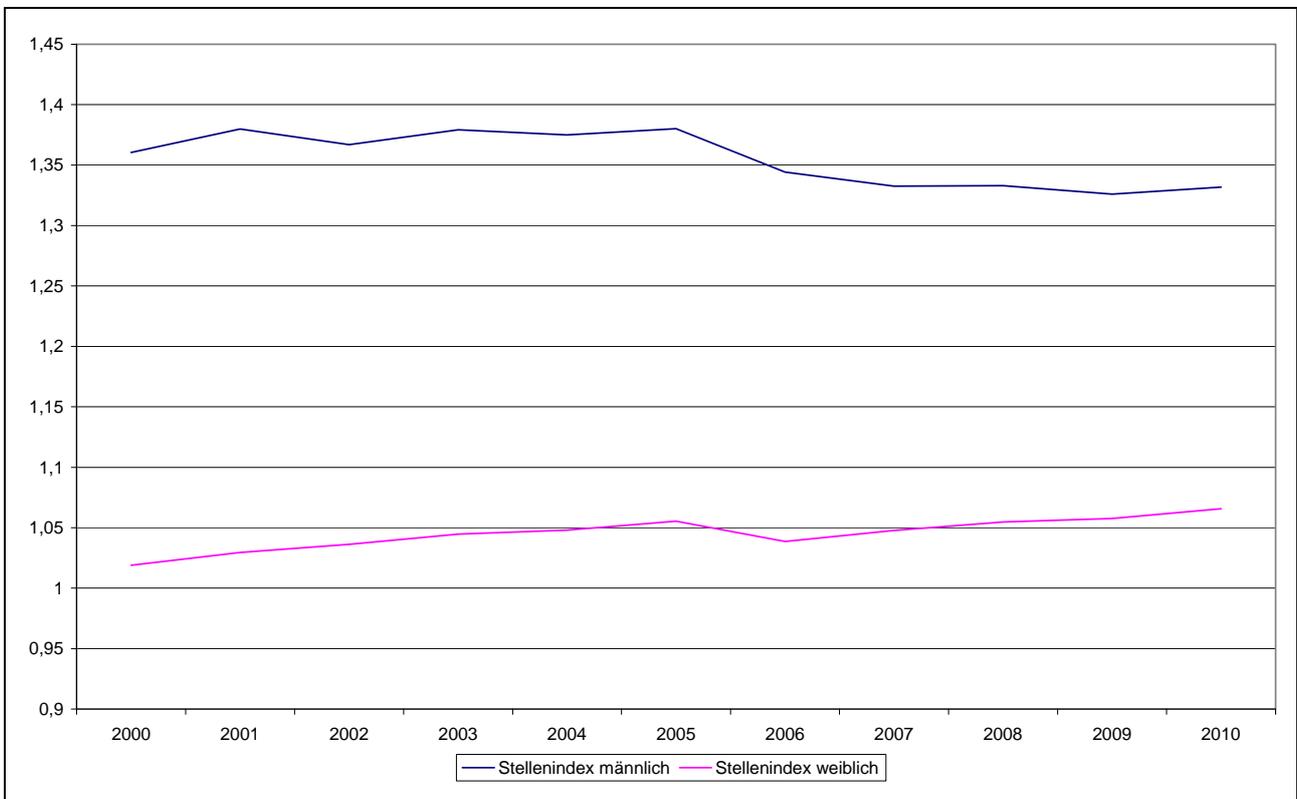
Tabelle 13: Entwicklung des Stellenindex in den ausgegliederten Bereichen

	2000	2005	2009	2010
Stellenindex gesamt	1,1846	1,2102	1,1804	1,1867
Stellenindex männlich	1,3604	1,3800	1,3260	1,3317
Stellenindex weiblich	1,0190	1,0555	1,0577	1,0658

In den ausgegliederten Bereichen liegt die Veränderung des Stellenindex gegenüber dem Jahr 2000 bei 0,2 %. Während der Stellenindex für das männliche Personal sogar um 2,1 % gesunken ist, hat sich der Stellenindex für die weiblichen Beschäftigten um 4,6 % erhöht.

Schaubild 41: Veränderung des Stellenindex in der Kernverwaltung (2000 bis 2010)

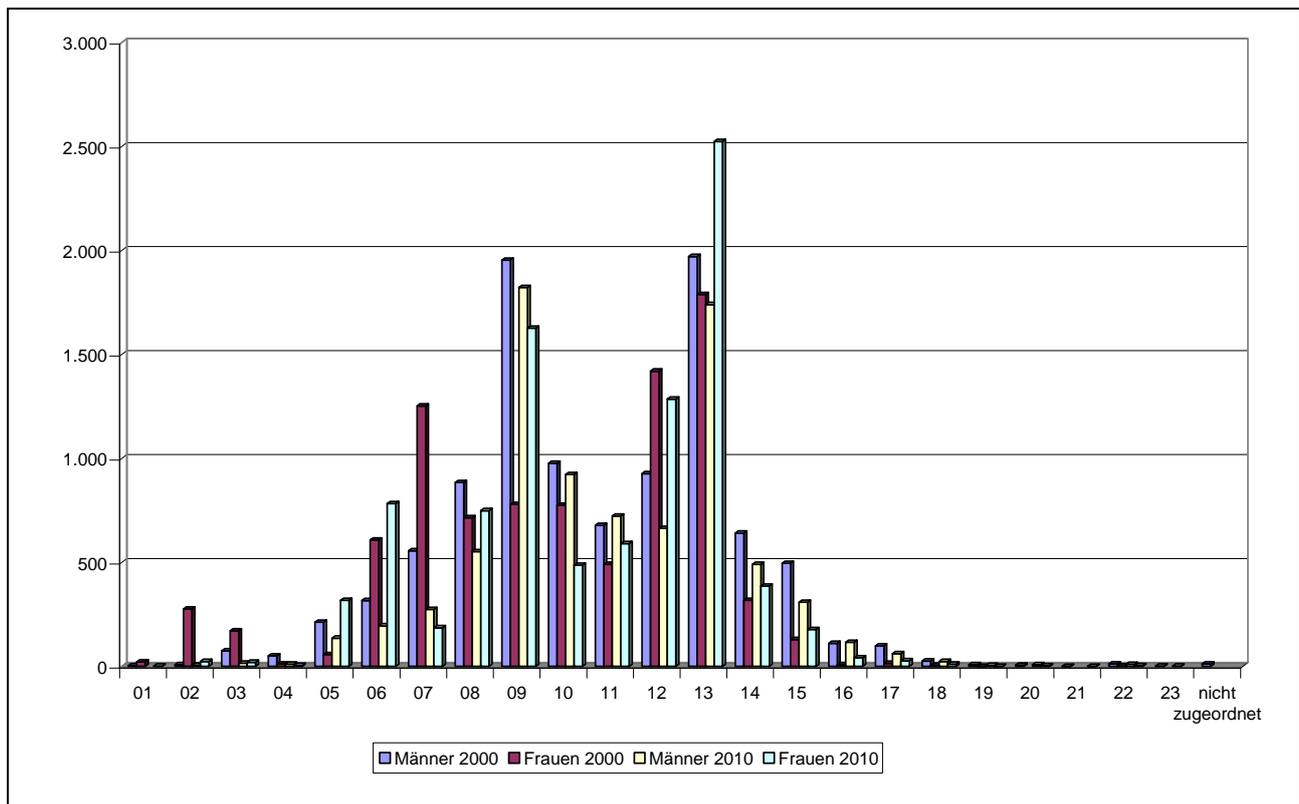
Quelle: Tabelle 12

Schaubild 42: Veränderung des Stellenindex in den Ausgliederungen (2000 bis 2010)

Quelle: Tabelle 13

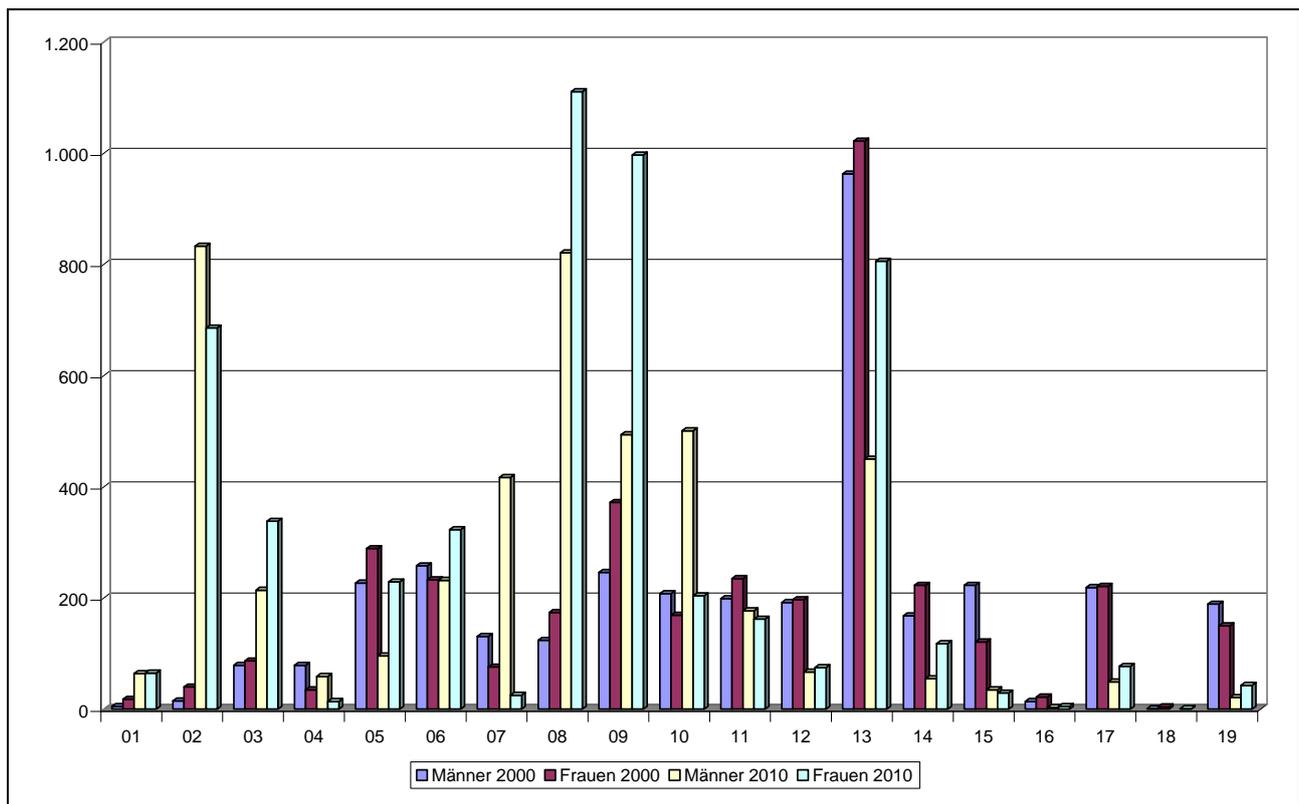
Sowohl in der Kernverwaltung als auch in den Ausgliederungen ist der Stellenindex der weiblichen Beschäftigten niedriger als der der männlichen Beschäftigten. Allerdings haben sich die Indizes der weiblichen und männlichen Beschäftigten in der Kernverwaltung fast angeglichen. Demgegenüber ist die Differenz in den ausgegliederten Bereichen deutlich größer, was wesentlich auf die fast ausschließlich weiblichen Reinigungskräfte zurückzuführen ist.

Schaubild 43: Entlohnungsstufen in der Kernverwaltung (2000 und 2010)



Quelle: Anlage 45

Insgesamt zeigt die Veränderung des Stellenindex eine Verlagerung innerhalb der Besoldungs- und Entgeltstruktur zugunsten durchschnittlich höher bewerteter Stellen.

Schaubild 44: Entlohnungsstufen in den Ausgliederungen (2000 und 2010)

Quelle: Anlage 46

2.2.4 Beförderungen und Höhergruppierungen

Der Senat hat in seiner Sitzung am 06.07.2010 den Beschluss gefasst, den einheitlichen Beförderungstermin jeweils auf den 1. Januar eines Jahres festzulegen.

Bei der Durchführung von Beförderungen, Umsetzungen oder Einstellungen soll darauf geachtet werden, dass diese kostenneutral sind, da die dezentralen Personalbudgets hierfür nicht erhöht werden. Außerdem ist zu gewährleisten, dass keine Ungleichgewichte zu Lasten niedriger Besoldungs- oder Entgeltgruppen bis Besoldungsgruppe A 9 oder Entgeltgruppe 9 entstehen.

Beförderungen ab Besoldungsgruppe A 15 oder R 2 und Höhergruppierungen ab Entgeltgruppe 15 TV-L oder TVöD sind gemäß der Anordnung des Senats zur Übertragung von dienstrechtlichen Befugnissen rechtzeitig dem Senat zur Entscheidung vorzulegen.

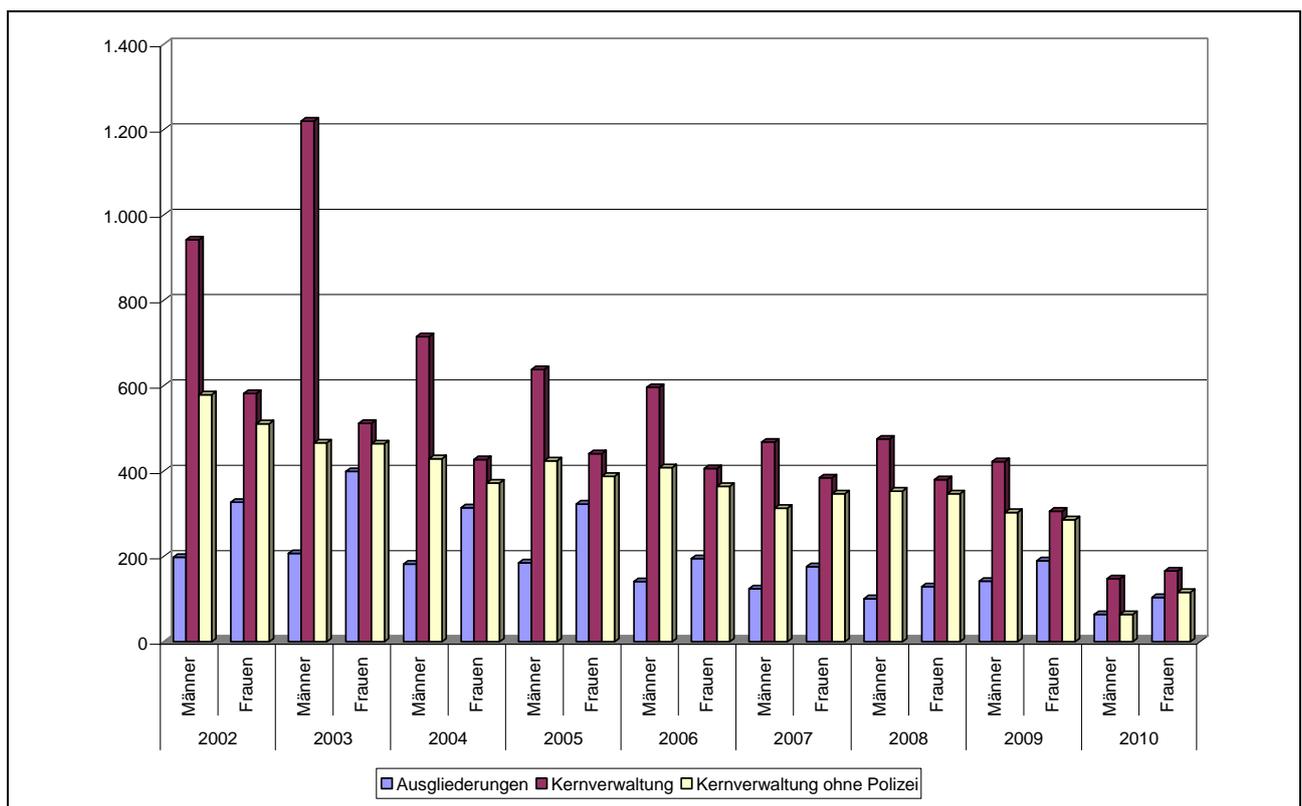
In den Auswertungen zu Beförderungen und Höhergruppierungen sind nur die Daten der Kernverwaltung und der ausgegliederten Bereiche enthalten. Informationen über Beförderungen und Höhergruppierungen der bremischen Mehrheitsgesellschaften liegen nicht vor.

Die Beförderungen 2009, die am 01.01.2010 vollzogen wurden, sind in den folgenden Auswertungen nicht enthalten.

Im Berichtsjahr 2010 wurden insgesamt 1,8 % der Beschäftigten befördert oder höhergruppiert, wobei in dieser Quote auch kostenneutrale Laufbahngruppenwechsel enthalten sind. Insgesamt wurden 1,8 % der Beschäftigten in der Kernverwaltung und 1,9 % der Beschäftigten in den ausgegliederten Bereichen befördert oder höhergruppiert. Der Frauenanteil liegt bei 56 %. Im Vergleich zum Jahr 2009 wurden wesentlich weniger Beamte/-innen befördert als Arbeitnehmer/-innen höhergruppiert, was aus der Verschiebung des einheitlichen Beförderungstermins auf den 01. Januar (2011) resultiert. Der Anteil der Arbeitnehmer/-innen an den Höhergruppierungen und Beförderungen betrug 68 %. Gut 80 % der Beförderungen der Beamten erfolgten aufgrund des Überleitungsbeschleunigungsgesetzes allein bei der Polizei und umfassen den Laufbahngruppenwechsel von der Laufbahngruppe 1, 2. Eingangsamt in die Laufbahngruppe 2, 1. Eingangsamt.

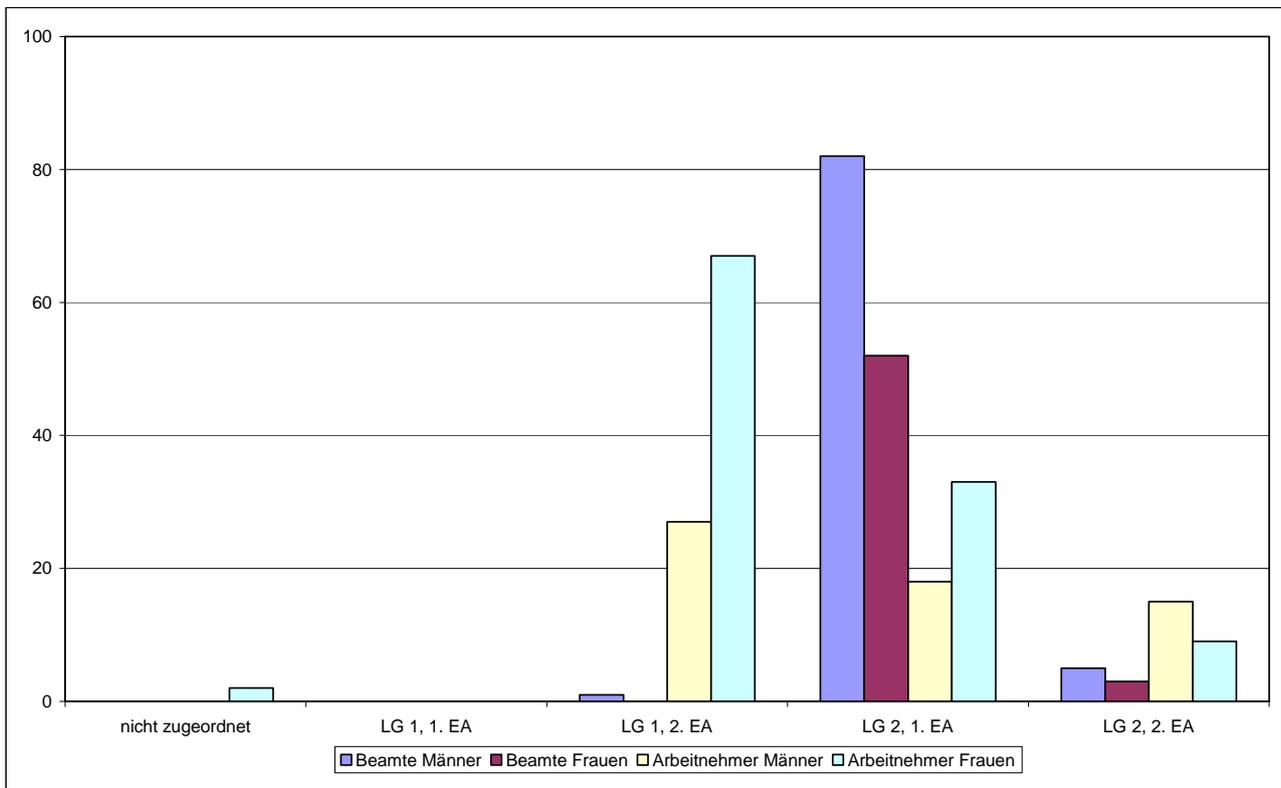
Die meisten Arbeitnehmer/-innen wurden in der Kernverwaltung, wie auch in den ausgegliederten Bereichen in der Laufbahngruppe 1, 2. Eingangsamt höhergruppiert. Der Frauenanteil an dieser Gruppe betrug in der Kernverwaltung 65 % und in den ausgegliederten Bereichen 63 %.

Schaubild 45: Entwicklung der Anzahl der Beförderungen und Höhergruppierungen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2002 bis 2010)



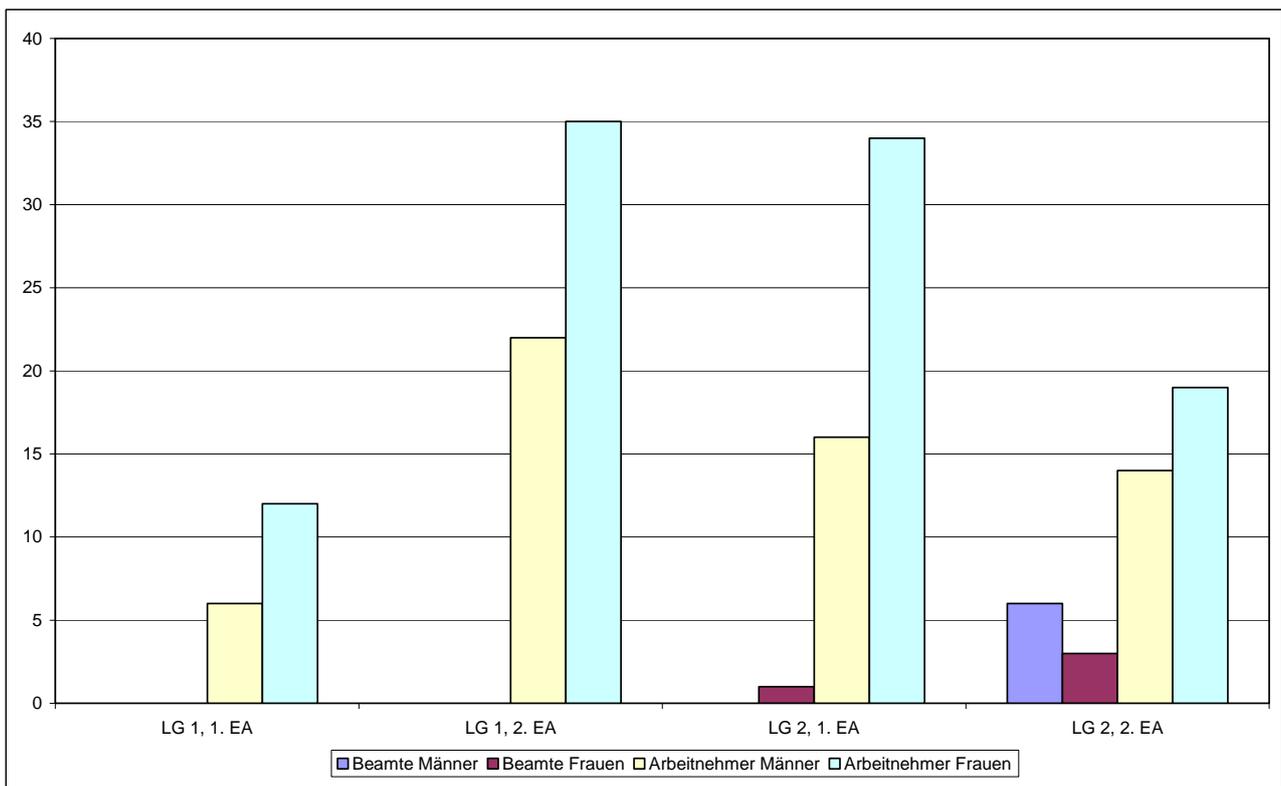
Quelle: Anlage 48

Schaubild 46: Beförderungen und Höhergruppierungen nach Status-, Laufbahngruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung 2010



Quelle: Anlage 47

Schaubild 47: Beförderungen und Höhergruppierungen nach Status-, Laufbahngruppen und Geschlecht in den Ausgliederungen 2010



Quelle: Anlage 47

3 Personalausgaben

Das Personal der Freien Hansestadt Bremen ist in Dienststellen der Kernverwaltung, in Sonderhaushalten, Betrieben, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts, Gesellschaften oder anderen Beteiligungsformen beschäftigt.

In diesem Kapitel wird über die Personalausgaben der Kernverwaltung und der Ausgliederungen Bremens und Bremerhavens berichtet. Für die bremischen Gesellschaften wurden die Ausgaben aus dem Beteiligungsbericht übernommen.

Insgesamt wurde für das Personal in Bremen in den Dienststellen, Betrieben und Beteiligungen, an denen Bremen Anteile von mindestens 50 % besitzt, im Jahr 2010 2,64 Mrd. € ausgegeben.

Werden die Ausgaben für die Beteiligungen außer Acht gelassen, ergeben sich im Jahr 2010 Personalausgaben des Stadtstaates Bremen in Höhe von circa 1,8 Mrd. €. Dies bedeutet einen Anstieg im Vergleich zum letzten Jahr von etwa 2,9 %.

Tabelle 14: Personalausgaben im Stadtstaat Bremen

Bereich	2000	2005	2009	2010	Veränd. gegen. Vorjahr	Veränd. gegen. 2000
	T €					
Personalausgaben Kernverwaltung	1.018.935	1.071.288	1.116.064	1.139.849	2,1%	11,9%
darunter: Dienstbezüge ohne Ausbildung und ABM	703.727	700.755	703.128	712.111	1,3%	1,2%
Personalausgaben Sonderhaushalte	187.688	214.185	237.866	249.904	5,1%	33,1%
Personalausgaben Betriebe/Stiftungen/Anstalten	127.103	136.290	148.671	157.182	5,7%	23,7%
Personalausgaben Beteiligungen	k. A.	k. A.	918.759	862.590*	-6,1%	
Personalausgaben Land und Stadtgemeinde**	1.333.725	1.421.763	1.502.601	1.546.935	3,0%	16,0%
Personalausgaben Bremerhaven	207.823	212.590	226.596	231.625	2,2%	11,5%
darunter: Dienstbezüge ohne ABM	150.247	157.595	166.469	168.847	1,4%	12,4%
Personalausgaben Stadtstaat Bremen**	1.541.548	1.634.353	1.729.197	1.778.560	2,9%	15,4%
darunter Personalausgaben Kernverwaltung	1.226.758	1.283.878	1.342.661	1.371.474	2,1%	11,8%

* aus Beteiligungsbericht 2010/2011

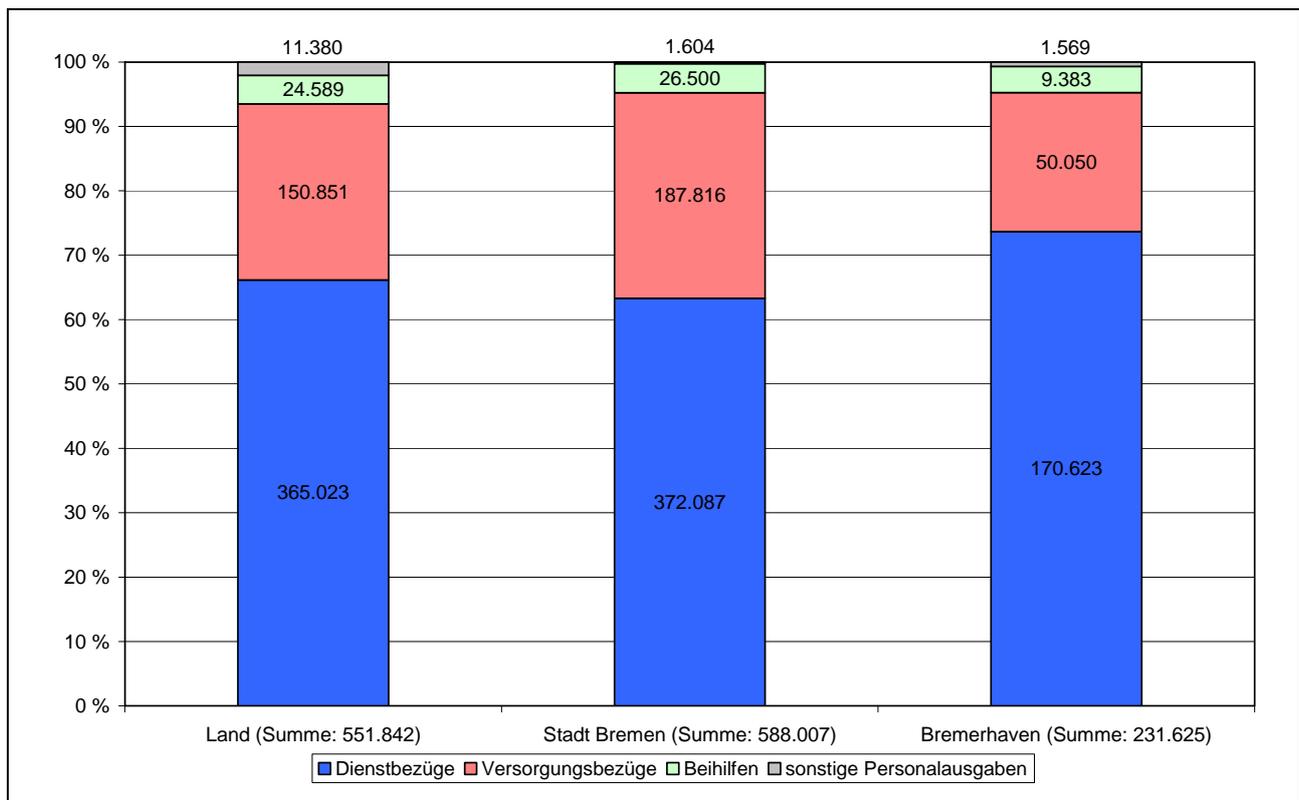
** Summen ohne Beteiligungen

3.1 Personalausgaben in Bremen und Bremerhaven

Im folgenden Schaubild wird die Verteilung der Personalausgaben auf das Land sowie auf die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven differenziert dargestellt. Die Personalausgaben des Landes Bremen betragen im Jahr 2010 rund 552 Mio. €. Etwa 588 Mio. € entfielen auf die Stadtgemeinde Bremen und rund 232 Mio. € auf die Stadtgemeinde Bremerhaven. Der Anteil an den Dienstbezügen für das aktive Personal betrug im Land Bremen rund 66 %, ähnlich wie in der Stadtgemeinde Bremen mit 63 %. In der Stadtgemeinde Bremerhaven hingegen war der Anteil der Dienstbezüge an den Gesamtausgaben mit rund 74 % deutlich höher. Dagegen waren die Versorgungsausgaben mit rund 22 % geringer als im Land Bremen mit rund 27 % und in der Stadtgemeinde Bremen mit rund 32 %. Die Ausgaben für Beihilfen lagen im Land und der Stadtgemeinde Bremen bei 4,5 % und in Bremerhaven bei 4 %.

Insgesamt sind die Personalausgaben der Kernverwaltung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen um 2,1 % im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Bremerhaven haben sich die Personalausgaben um insgesamt 2,2 % erhöht. Die Ursachen sind zum einen die Tarifabschlüsse und die Besoldungsanpassungen der Jahre 2009 und 2010 und zum anderen die steigende Zahl der Versorgungsempfänger/-innen. Die Dienstbezüge nahmen in Bremen (Land und Stadtgemeinde) um 1,9 % und in Bremerhaven um 1,4 % zu. Bei den Versorgungsausgaben war in Bremen ein Anstieg von 3,7 % und in Bremerhaven ein Anstieg von 4,6 % zu verzeichnen.

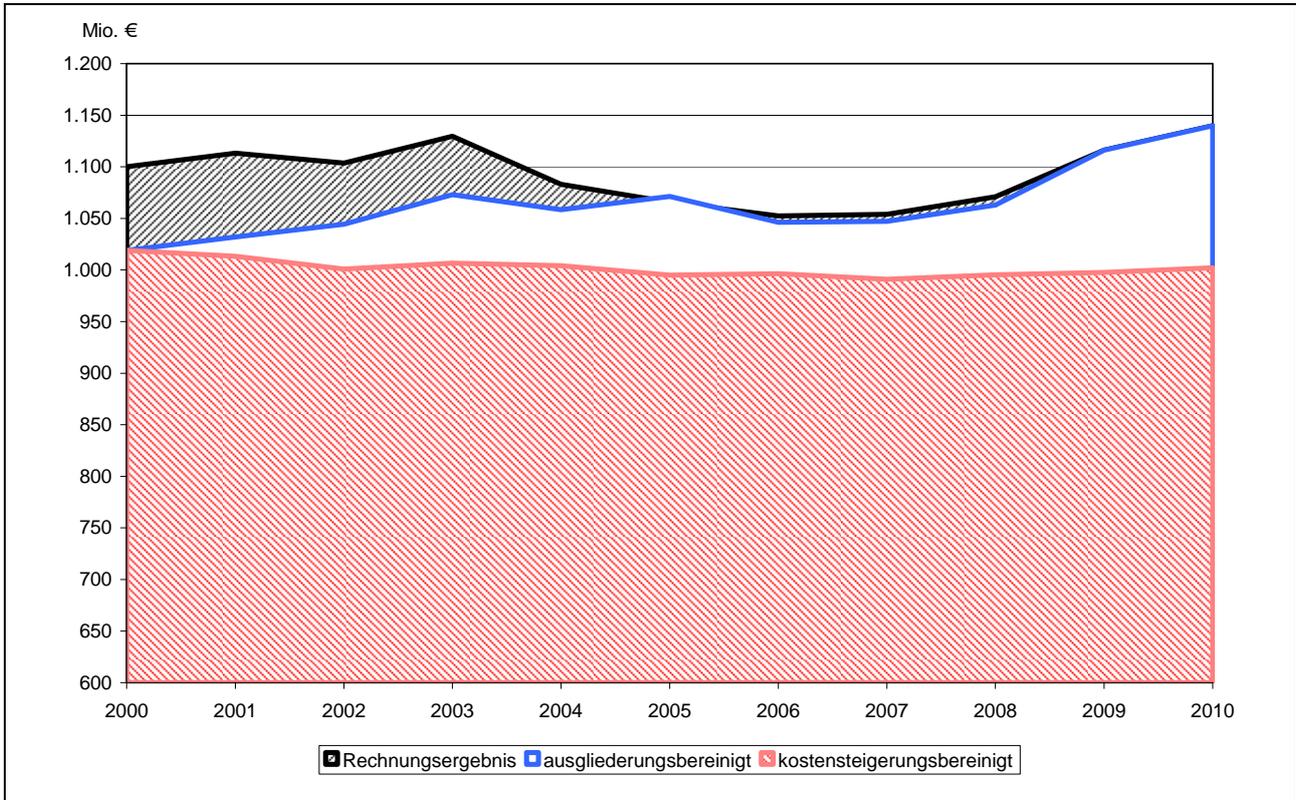
Schaubild 48: Personalausgaben 2010 in der Kernverwaltung des Stadtstaates Bremen (in T €)



Quelle: Anlage 49

3.2 Entwicklung der Personalausgaben in Bremen (Land und Stadtgemeinde)

Schaubild 49: Entwicklung der bereinigten Personalhaushalte (2000 bis 2010)



Quelle: Anlage 50

Der obere schraffierte Bereich zwischen dem Rechnungsergebnis und der ausgliederungsbereinigten Linie zeigt die Ausgliederungen aus dem Kernbereich des öffentlichen Dienstes. Der weiße Bereich zwischen der ausgliederungsbereinigten Entwicklung und der um exogene Kostensteigerungen bereinigten Ausgabenentwicklung weist den Anteil, den Tarifiergebnisse, Besoldungs- und Versorgungsanpassungen sowie steigende Lohnnebenkosten an den Personalausgaben haben aus. Die oben dargestellte Ausgabenentwicklung verdeutlicht die Schwierigkeit, Personalausgaben selbst bei restriktiver Beschäftigungsentwicklung konstant zu halten oder sogar zu reduzieren. Als zusätzliches Problem kommt die steigende Zahl der Versorgungsempfänger/-innen und somit die steigenden Versorgungsausgaben hinzu.

In der folgenden Tabelle werden die Rechnungsergebnisse der Dienstbezüge der Beamten/-innen und der Arbeitnehmer/-innen den ausgliederungs- und den kostensteigerungsbereinigten Ausgaben gegenübergestellt. Die durch die Rechnungsergebnisse dargestellten Einsparungen werden durch die ausgliederungsbereinigten Ausgaben relativiert. Erst die um Kostensteigerungen bereinigten Ausgaben verdeutlichen den eigentlichen Konsolidierungsbeitrag des bremischen Personalmanagements, denn das in der Kernverwaltung beschäftigte Personal ist seit dem Jahr 2000 kontinuierlich rückläufig gewesen.

Tabelle 15: Entwicklung der Dienstbezüge in der Kernverwaltung seit 2000

Jahr	Dienstbezüge					
	Rechnungsergebnis		ausgliederungsbereinigt		kostensteigerungsbereinigt	
	T€	Veränderung geg. Vorjahr	T€	Veränderung geg. Vorjahr	T€	Veränderung geg. Vorjahr
2000	782.893		723.785		723.785	
2001	776.757	-0,8%	718.492	-0,7%	705.639	-2,5%
2002	754.836	-2,8%	720.079	0,2%	688.618	-2,4%
2003	765.747	1,4%	733.953	1,9%	683.816	-0,7%
2004	750.077	-2,0%	723.360	-1,4%	683.134	-0,1%
2005	718.779	-4,2%	721.871	-0,2%	661.215	-3,2%
2006	704.622	-2,0%	698.364	-3,3%	655.178	-0,9%
2007	696.584	-1,1%	689.851	-1,2%	641.477	-2,1%
2008	702.668	0,9%	694.735	0,7%	637.969	-0,5%
2009	722.012	2,8%	722.012	3,9%	632.959	-0,8%
2010	733.380	1,6%	733.380	1,6%	630.308	-0,4%

Infolge der in den Haushalten 2004 vollzogenen Zuordnung der Versorgungslasten zu den als Sonderhaushalte ausgegründeten Einrichtungen¹⁴ sind auch die Versorgungsausgaben um Ausgliederungseffekte rückwirkend bereinigt worden.

Tabelle 16: Entwicklung der Versorgungsausgaben seit 2000

Jahr	Versorgungsbezüge					
	Rechnungsergebnis		ausgliederungsbereinigt		kostensteigerungsbereinigt	
	T€	Veränderung geg. Vorjahr	T€	Veränderung geg. Vorjahr	T€	Veränderung geg. Vorjahr
2000	259.238		240.846		240.846	
2001	274.713	6,0%	255.338	6,0%	250.764	4,1%
2002	287.807	4,8%	266.932	4,5%	257.327	2,6%
2003	301.045	4,6%	278.376	4,3%	265.691	3,3%
2004	275.968	-8,3%	278.289	0,0%	268.914	1,2%
2005	285.374	3,4%	287.630	3,4%	278.195	3,5%
2006	285.352	0,0%	285.333	-0,8%	286.120	2,8%
2007	294.082	3,1%	294.063	3,1%	294.874	3,1%
2008	304.125	3,4%	304.125	3,4%	303.497	2,9%
2009	326.565	7,4%	326.565	7,4%	308.948	1,8%
2010	338.667	3,7%	338.667	3,7%	317.068	2,6%

Die Entwicklung der Versorgungsbezüge unterscheidet sich von der Entwicklung der Dienstbezüge durch niedrigere, exogen bedingte Kostensteigerungen. Diese sind weitgehend an Besoldungsanpassungen gekoppelt und damit systematisch geringer als tarif- und sozialversicherungsbedingt höhere Steigerungsraten im Arbeitnehmerbereich. Zusätzlich wirken im

¹⁴ Universität Bremen, Hochschulen des Wissenschaftsbereichs, Staats- und Universitätsbibliothek, Landesuntersuchungsamt

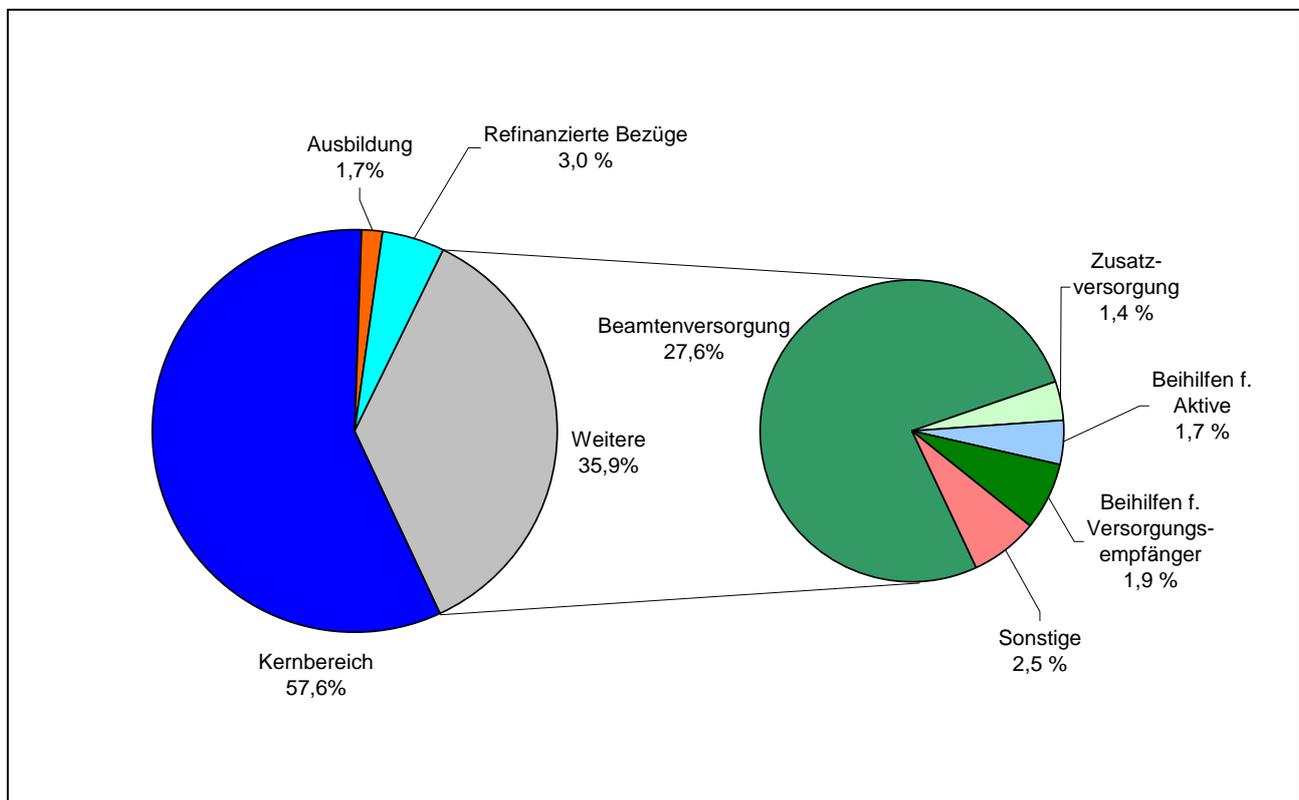
Versorgungsbereich die kostensenkenden Maßnahmen der Versorgungsreformen, wie die Absenkung der Versorgungsanpassung um jährlich 0,2 % zwischen 1999 und 2001, die stufenweise Absenkung der Höchststruhegehaltssätze seit 2003 und die Einführung von Versorgungsabschlägen bei vorzeitiger Pensionierung.

3.3 Zusammensetzung der Personalausgaben in der Kernverwaltung

Den größten Teil der Personalausgaben stellen die Dienstbezüge der zielzahlgesteuerten Kernverwaltung mit 57,6 % der Gesamtausgaben im Jahr 2010 dar. Gegenüber dem Jahr 2009 ist dieser Wert erneut um 0,7 % gesunken. Im Jahr 2000 betrug der Anteil an den Dienstbezügen noch 67,4 %, das bedeutet einen Rückgang von fast 10 % der Dienstbezüge an den Personalausgaben. Auf die Beamtenversorgung entfallen im Jahr 2010 27,6 % der Personalausgaben der Kernverwaltung, dies sind 3,6 % mehr als im Jahr 2000. Diese Veränderung zeigt die Verschiebung der Ausgaben des aktiven Personals hin zu den Ausgaben für Versorgung (siehe Kapitel 5 Versorgung und Ruhelohn).

Die restlichen rund 15 % der Personalausgaben verteilen sich auf Bezüge für refinanziertes Personal, auf die Ausbildungsbezüge, die Ruhelohnbezüge, die Beihilfen für aktiv Beschäftigte und Versorgungsempfänger/-innen und auf den Teil der sonstigen Personalausgaben, worunter zum Beispiel Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen fallen.

Schaubild 50: Personalausgaben der Kernverwaltung nach Arten (2010)



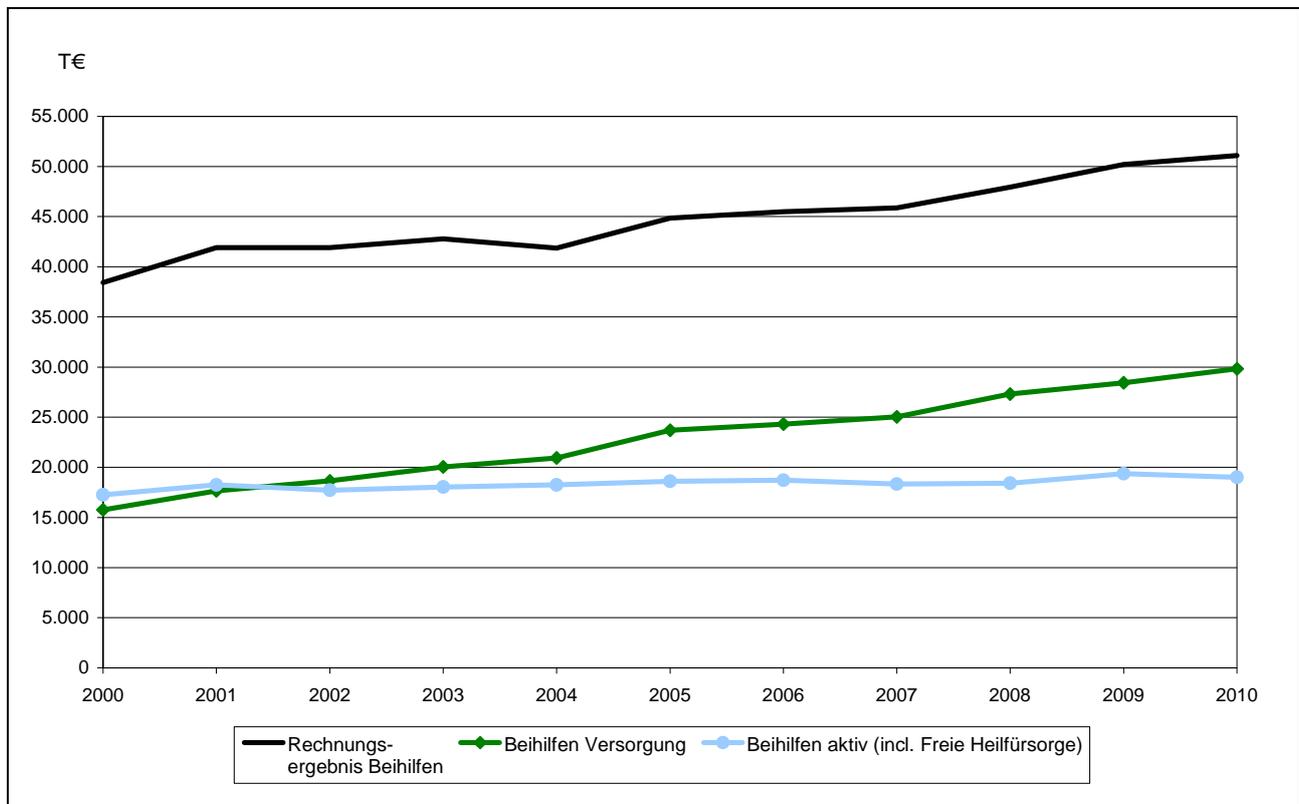
Die folgende Tabelle zeigt die Ausgabenentwicklung der unterschiedlichen Ausgabengruppen seit dem Jahr 2000. Auch hier wird das Problem der steigenden Versorgungsausgaben, die seit dem Jahr 2000 um 38,4 % gestiegen sind, deutlich.

Tabelle 17: Personalausgaben der Kernverwaltung nach Arten (2000 bis 2010)

Titel/ Gruppe/ Obergruppe	Art	T €				Veränd. geg. Vorjahr	Veränd. geg. 2000
		2000	2005	2009	2010		
421	Bürgermeister und Senatoren	927	914	864	976	12,9 %	5,2 %
422	Beamte und Richter	437.233	462.302	468.616	473.788	1,1 %	8,4 %
428	Arbeitnehmer	283.066	257.392	251.479	257.823	2,5 %	-8,9 %
427	Nebenamtler/-berufler	2.738	3.171	3.702	3.730	0,8 %	36,2 %
Zwischensumme Bezüge		723.965	723.780	724.661	736.317	1,6 %	1,7 %
431	Versorgung Bürgermeister/Senatoren	1.983	2.265	2.230	2.141	-4,0 %	8,0 %
432	Versorgung Beamte und Richter	222.348	264.644	303.702	314.249	3,5 %	41,3 %
435	Zusatzrenten Angestellte	136	1.617	1.493	1.458	-2,4 %	968,8 %
436	Ruhelohn Arbeiter	16.146	16.203	15.175	15.166	-0,1 %	-6,1 %
Zwischensumme Versorgung		240.614	284.729	322.600	333.014	3,2 %	38,4 %
441	Beihilfen für Aktive	13.836	14.866	15.068	14.722	-2,3 %	6,4 %
44302	Freie Heilfürsorge	3.414	3.733	4.292	4.295	0,1 %	25,8 %
446	Beihilfen Versorgungsempfänger	15.759	23.698	28.432	29.818	4,9 %	89,2 %
44301	Unfallfürsorge Beamte	579	643	494	496	0,4 %	-14,4 %
44308	Beiträge Unfallversicherung	2.061	1.942	1.683	1.697	0,8 %	-17,7 %
442/3Rest	Sonstige Fürsorgeleistungen	152	122	245	60	-75,6 %	-60,7 %
Zwischensumme Kranken- und Unfallfürsorge		35.801	45.003	50.214	51.088	1,7 %	42,7 %
411/412	Abgeordnete/Ehrenamtliche	8.033	7.355	7.727	7.564	-2,1 %	-5,8 %
42207/8/9	Nachversicherungen	2.816	1.743	1.599	1.476	-7,7 %	-47,6 %
423	Sold der Zivildienstleistenden	364	203	165	132	-19,8 %	-63,7 %
424/434	Zuführung an d. Versorgungsrücklage	698	5.303	6.290	8.089	28,6 %	1058,5 %
42803	An Dritte f. bereitgestelltes Personal	669	434	317	293	-7,7 %	-56,3 %
428	Bezüge der Kräfte in ABM	2.671	0	0	0		-100,0 %
429	Nicht aufteilbare Dienstbezüge	54	460	30	38	25,0 %	-30,1 %
45	Personalbezogene Sachausgaben	3.249	2.279	2.462	1.838	-25,3 %	-43,4 %
Zwischensumme Sonstige Personalausgaben		18.554	17.776	18.589	19.430	4,5 %	4,7 %
Personalausgaben Kernverwaltung		1.018.935	1.071.288	1.116.064	1.139.849	2,1 %	11,9 %

4 Kranken- und Unfallfürsorge

Schaubild 51: Entwicklung der Ausgaben für Kranken- und Unfallfürsorge (2000 bis 2010)



Quelle: Anlage 51

Beamte/-innen und Versorgungsempfänger/-innen erhalten Beihilfe entweder als privat Krankenversicherte in Form von rechnungsbezogenen Beihilfen oder in Form eines einmaligen jährlichen Zuschusses zur freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung. In der nachfolgenden Tabelle sind die Ausgaben der Freien Heilfürsorge den Ausgaben der privaten Krankenversicherung zugerechnet worden. Die durchschnittlichen Ausgaben für Beamte/-innen in der gesetzlichen Krankenversicherung sind höher als die für einen beihilfeberechtigten Privatversicherten. Dies liegt unter anderem daran, dass sich die Zuschusshöhe am Jahreseinkommen bemisst und für jede/n Beamten/-in mit Besitzstandswahrung zu zahlen ist. Da fast alle Beschäftigten dieses Personenkreises mindestens 20 Jahre im Dienst sind, befinden sie sich sowohl hinsichtlich des Dienstalters als auch der Besoldung in hohen Stufen.

Bei den Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen wird deutlich, dass die Zuschussregelung nicht immer die teurere Option zur Beihilferegulung darstellt. Den durchschnittlichen Zuschussausgaben von 2.732 € in der Besitzstandswahrung stehen Beihilfeausgaben von 3.916 € für Privatversicherte gegenüber.

Tabelle 18: Beihilfeausgaben nach Art der Krankenversicherung (2010)

	Kranken-/Pflegeversicherung		
	gesetzlich	privat	Gesamt
Ausgaben Beihilfen für Aktive	3.126.567	11.595.305	14.721.871
Ausgaben Beihilfen für Versorgungsempfänger	7.713.424	22.105.060	29.818.484
Ausgaben pro Beamte	2.517	1.735	
Ausgaben pro Versorgungsempfänger	2.732	3.916	

5 Versorgung und Ruhe Lohn

5.1 Überblick

Im Jahr 2010 stiegen die Versorgungsausgaben erwartungsgemäß weiter an. Die Ausgaben für Versorgungsbezüge und Versorgungsbeihilfen im Kernbereich betragen rund 363 Mio. € (Vorjahr: rund 351 Mio. €). Damit bilden die Versorgungsausgaben rund 29,2 % der gesamten Personalausgaben (Vorjahr: rund 28,9 %). Für den Ausgabeanstieg waren neben dem mengenbedingten Anstieg maßgeblich die Versorgungserhöhungen vom März 2009 in Höhe von 2,9 %¹⁵ als erstmaliger anteiliger Effekt in 2010 (rund 1,6 Mio. €) und in Höhe von 1,2 % zum März 2010 (rund 2,3 Mio. €) sowie gestiegene Beihilfeausgaben für Versorgungsempfänger in Höhe von 4,9 % (rund 1,4 Mio. €) verantwortlich.

Durch das Versorgungsänderungsgesetz von 2001 wurden bundeseinheitlich Maßnahmen zur Begrenzung der Versorgungsausgaben, wie die Absenkung des Ruhegehaltsniveaus der Pensionäre mit jeder Versorgungserhöhung oder die Abschlagsregelung bei vorzeitigem Ausscheiden, beschlossen. Die Absenkung des Ruhegehaltssatzes hat dazu geführt, dass das durchschnittliche Versorgungsniveau der Pensionäre in den letzten Jahren stetig gesunken ist. Im Jahr 2010 beträgt der durchschnittliche Ruhegehaltssatz der pensionierten Beamten/-innen und deren Hinterbliebenen in Bremen 58,36 % (Vorjahr: 58,44 %).

In der Zusatzversorgung für ehemalige Arbeiter beträgt der durchschnittliche Ruhegehaltssatz 15,37 % (Vorjahr: 14,97 %). Dieser Anstieg ist zum einen systembegründet, da die Zusatzversorgung nicht wie die Beamtenversorgung anhand der letzten Dienstbezüge berechnet wird, sondern an die Entwicklung der Rente gekoppelt ist. Zum anderen musste die Methodik zur Berechnung des Versorgungsvolumens der Zusatzversorgungsempfänger/-innen umgestellt werden. Dies hat für jeden Zusatzversorgungsfall zu einem leicht höheren Versorgungsvolumen geführt und damit die Vergleichbarkeit mit Vorjahren erschwert. Gemessen an den Gesamtversorgungsausgaben von rund 363 Mio. € pro Jahr hat die Zusatzversorgung mit rund 16,6 Mio. € pro Jahr eine vergleichsweise geringe Bedeutung.

¹⁵ Effektive Versorgungserhöhungen von rund 2,4 % und 0,6 % aufgrund § 14a Bundesbesoldungsgesetz in Verbindung mit § 69 Versorgungsänderungsgesetz. Die Differenz von jeweils 0,5 geht zur einen Hälfte in das Sondervermögen Versorgungsrücklage und dient zur anderen Hälfte als Haushaltsentlastung.

Tabelle 19: Versorgungsempfänger und Versorgungsvolumen (2010)

	Versorgungs- empfänger	Versorgungs- volumen	Verhältnis
Beamtenversorgung			
Versorgungsurheber	8.872	5.782,3	65,2%
Hinterbliebene	2.752	1.001,7	36,4%
Insgesamt	11.624	6.784,0	58,4%
Zusatzversorgung			
Versorgungsurheber	4.926	796,5	16,2%
Hinterbliebene	1.212	146,6	12,1%
Insgesamt	6.138	943,2	15,4%

5.2 Versorgungsvorsorge

Die in den letzten Jahren gestiegenen Ausgaben für Versorgung konnten in Bremen größtenteils durch Personalabbau gegenfinanziert und damit ein Anstieg der Personalhaushalte aufgrund der Zuwachsraten in der Versorgung begrenzt werden. Einer solchen Mittelumschichtung innerhalb der Gesamtpersonalausgaben sind aber sowohl unter Berücksichtigung personalwirtschaftlicher als auch betriebswirtschaftlicher Aspekte Grenzen gesetzt. Um die steigenden Versorgungsausgaben nicht mehr ausschließlich über die Reduzierung der Beschäftigten zu finanzieren, werden bereits seit 1999 bundeseinheitlich Versorgungsrücklagen in Form von Sondervermögen gebildet. Darüber hinaus wurde im Sommer 2005 die „Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen“ gegründet. Dieser als Anstalt öffentlichen Rechts ausgestaltete Versorgungsfonds bildet neben Personalabbau und dem Sondervermögen Versorgungsrücklage die dritte Säule zur Finanzierung der zukünftigen Versorgungsmehrausgaben.

5.2.1 Sondervermögen Versorgungsrücklage

Um für die künftigen Versorgungsansprüche für Beamte/-innen angesichts der demografischen Veränderungen und der steigenden Anzahl der Versorgungsempfänger/-innen vorzusorgen, sind entsprechend § 14a des Bundesbesoldungsgesetzes bei Bund und Ländern seit dem 01.01.1999 Versorgungsrücklagen als Sondervermögen gebildet worden. Dementsprechend sieht das Gesetz über eine Versorgungsrücklage des Landes Bremen die Bildung einer entsprechenden Versorgungsrücklage vor.

Dieses Sondervermögen wird nach § 14a Absatz 2 BBesG zunächst aus den für die Jahre 1999 bis 2013 vorgesehenen Verminderungen der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen um jeweils 0,2 % (Unterschiedsbetrag volle Anpassung/abgesenkte Anpassung) gespeist. Für die auf den 31.12.2002 folgenden acht allgemeinen Anpassungen der Besoldung und Versorgung ist diese Verminderung durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 jedoch ausgesetzt worden, weil zunächst die Absenkung des Ruhegehaltssatzes über eine Reduzierung der Versorgungsanpassungen realisiert werden sollte. Mit der für 2012 bereits beschlossenen Versorgungserhöhung wird dieses Ziel erreicht sein (Erreichung der 8. Stufe). Der Ruhegehaltssatz ist dann gemäß Versorgungsänderungsgesetz 2001 um 4,33 % abgesenkt

worden. Dies entspricht einer Absenkung des Höchstruhegehaltssatzes von 75 % auf 71,75 %. Ab 2013 wird dann die Verminderungen der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen um jeweils 0,2 % fortgeführt, was anschließend insgesamt zu einer weiteren Reduzierung um 3,0 % führt.

Seit dem Jahr 2006 können die Kapitalerträge jährlich den Haushalten zweckgebunden zur (anteiligen) Kompensation der steigenden Versorgungslasten zugeführt werden. Im Jahr 2010 wurden 2,1 Mio. € an Kapitalerträgen an das Land und die Stadtgemeinde Bremen zur anteiligen Deckung von Versorgungsmehrausgaben abgeführt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Zuführungen an das Sondervermögen Versorgungsrücklage für die Jahre 2000 bis 2010, die jeweils im darauffolgenden Haushaltsjahr, erstmals 2000 für 1999, kassenwirksam geworden sind. Abweichend hiervon sind die für die Jahre 2003 und 2007 abgeführten Beträge, die aus haushaltstechnischen Gründen bereits zum Teil im vorigen Haushaltsjahr dem Sondervermögen zugeführt worden sind.

Tabelle 20: Zuführungen an das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Bremen“ (2000 bis 2010)

Zuführungen	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	insges.
	T €											
vom Land Bremen	255	583	1.205	3.996	256	2.600	2.923	3.133	2.679	3.050	3.873	24.553
von der Stadtgemeinde Bremen	442	617	1.223	3.996	238	2.681	3.070	3.280	2.838	3.240	4.216	25.840
von Sonderhaushalten (Bremen)	40	96	189	293	294	564	607	605	611	643	818	4.761
von Eigen- und Wirtschaftsbetrieben (Bremen)	25	50	105	160	165	165	174	149	139	133	157	1.421
von Bremerhaven	123	207	428	656	739	903	1.000	975	989	1.026	1.298	8.344
von Eigen- und Wirtschaftsbetrieben (Bremerhaven)	0	1	38	14	19	18	287	261	248	93	5	984
Insgesamt	885	1.555	3.187	9.114	1.712	6.930	8.060	8.403	7.504	8.184	10.367	65.903

5.2.2 Anstalt für Versorgungsvorsorge

Seit Beginn der Haushaltssanierung wird angestrebt, die Personalausgaben bzw. -eckwerte allenfalls um exogene Effekte wie z. B. Tarif- und Besoldungsanpassungen ansteigen zu lassen. Deshalb mussten die mengenbasierten Versorgungsmehrausgaben in der Vergangenheit durch Einsparungen beim aktiven Personal erwirtschaftet werden. Nach nahezu 17 Jahren konsequentem Beschäftigungsabbau werden die diesbezüglichen Möglichkeiten immer geringer. Bremen ist daher dem Beispiel von Rheinland-Pfalz gefolgt, das über das 1999 bundeseinheitlich eingeführte „Sondervermögen Versorgungsrücklage“ hinaus schon 1996 einen Versorgungsfonds in Form einer Anstalt öffentlichen Rechts gegründet hat. Seit dem 01.10.1996 wird dort für jede/n neu eingestellte/n Beamten/-in durch versicherungsmathematisch berechnete monatliche Zuführung eine Versorgungsrücklage gebildet. Je nach Laufbahngruppe gibt es unterschiedliche Zuführungssätze (im Durchschnitt 27,5 %), die auf die jeweiligen Besoldungsausgaben angesetzt werden.

In Bremen wurde der Versorgungsfonds durch die „Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen“ im Jahr 2005 eingerichtet. Eine Regelung hinsichtlich der Mittelzuführung wie in Rheinland-Pfalz war in Bremen aufgrund der zusätzlichen Haushaltsbelastungen jedoch nicht umsetzbar. Die jährlich zugeführten Mittel stammen in Bremen daher insbesondere aus:

- Verbeamtungseffekten von bisherigen Arbeitnehmern/-innen bzw. aus der Wiederbesetzung von Arbeitnehmerstellen durch Beamte/-innen (eingesparte Sozialversicherungsbeiträge),
- Versorgungskostenzuschlägen für refinanziertes Personal, sofern dessen Versorgung später aus dem allgemeinen Haushalt getragen wird,
- Versorgungskostenumlagen aus ausgegliederten Einrichtungen, die zweckgebunden für die Versorgungsvorsorge einzusetzen sind.

Dies ermöglicht den weitgehend haushaltsneutralen Aufbau eines Kapitalstocks. Andernfalls wären die Ausgaben für die Sozialversicherungsbeiträge weiterhin angefallen bzw. die teilweise auch schon vorher erhobenen Versorgungskostenzuschläge und -umlagen wären weiter zur Deckung der laufenden Ausgaben verwendet worden. Jetzt sind diese zweckgebunden an den Versorgungsfonds abzuführen. Im Jahr 2010 sind der „Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen“ rund 33,6 Mio. € aus den genannten Quellen als Vorsorge für die Beamten/-innen bzw. Ruhegehaltversorgung zugeflossen (inklusive Sonderhaushalte). Der entsprechende Kapitalstock, das heißt die Verbindlichkeiten der „Anstalt

zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen“ gegenüber dem Land und der Stadtgemeinde Bremen betragen zum 31.12.2010 rund 223,1 Mio. €.

Langfristiges Ziel ist es, aus den Zinserträgen der „Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen“ und dem „Sondervermögen Versorgungsrücklage“ die Versorgungsausgaben weitgehend kapitalgedeckt zu finanzieren. Kurz- bis mittelfristig sollen die jährlichen Zinserträge des „Sondervermögens Versorgungsrücklage“ und der „Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen“ die Höhe der jährlich anfallenden mengenbasierten Versorgungsmehrausgaben und der jährlichen Tarifsteigerungen erreichen. Im Jahr 2010 hat die „Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen“ rund 7,2 Mio. € an Kapitalerträgen an das Land und die Stadtgemeinde Bremen zur anteiligen Deckung von Versorgungsmehrausgaben abgeführt.

5.2.3 Rücklage Zusatzversorgung

Da auch bei der Zusatzversorgung durch die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) für die bremischen Arbeitnehmer/-innen schon in den letzten Jahren zunehmende finanzielle Belastungen festzustellen waren, ist im Rahmen der Lohnrunde 1999 eine Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer/-innen eingeführt worden. Korrespondierend zu dieser Regelung sieht § 29 des Bremischen Ruhelohngesetzes für die rentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer/-innen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen vor, dass dieser Personenkreis einen Eigenanteil in Höhe von 1,41 % aus dem zu versteuernden Ruhegehaltsfähigen Arbeitsentgelt zu leisten hat, der ausschließlich dazu dient, die Zusatzversicherungsansprüche der Arbeitnehmer/-innen und ihrer Hinterbliebenen nach dem Bremischen Ruhelohngesetz mit sicherzustellen. Durch diese Zweckgebundenheit der Mittel ist eine Verwendung zu anderen Zwecken als der verzinslichen Anlage ausgeschlossen. Zum Jahresende 2010 betrug der Bestand der Arbeitnehmerrücklage für das Land und die Stadtgemeinde Bremen rund 8,6 Mio. €.

5.3 Anpassung der Lebensarbeitszeit der Beamten

Im Zusammenhang mit der Föderalismusreform I ist das Besoldungs- und Versorgungsrecht vollständig auf die Länder übergegangen. Weitere Maßnahmen zur nachhaltigen Finanzierung der Versorgungsausgaben können nunmehr durch jedes Bundesland selbst initiiert werden. So plant Bremen im Bereich der Lebensarbeitszeit für Beamte/-innen sich der Entwicklung in anderen Bundesländern anpassen. Für die Vollzugsdienste soll die Lebensarbeitszeit ab dem Jahr 2013 in sechs jährlich aufeinander folgenden Schritten bis zum Jahr 2018 von 60 auf 62 Jahre erhöht werden. Für die übrigen Beamten/-innen soll die Regelung für Arbeitnehmer übernommen werden, die eine stufenweise Anpassung von 65 auf 67 Jahre vorsieht. Diese Anpassung wird im Jahr 2029 vollständig realisiert sein. Durch die Verschiebung der Altersgrenzen wird es in den nächsten

Jahren zu Entlastungen im Versorgungsbudget kommen, die für den Kernbereich bis 2025 insgesamt mit rund 6 Mio. € prognostiziert werden.

Anhangsverzeichnis

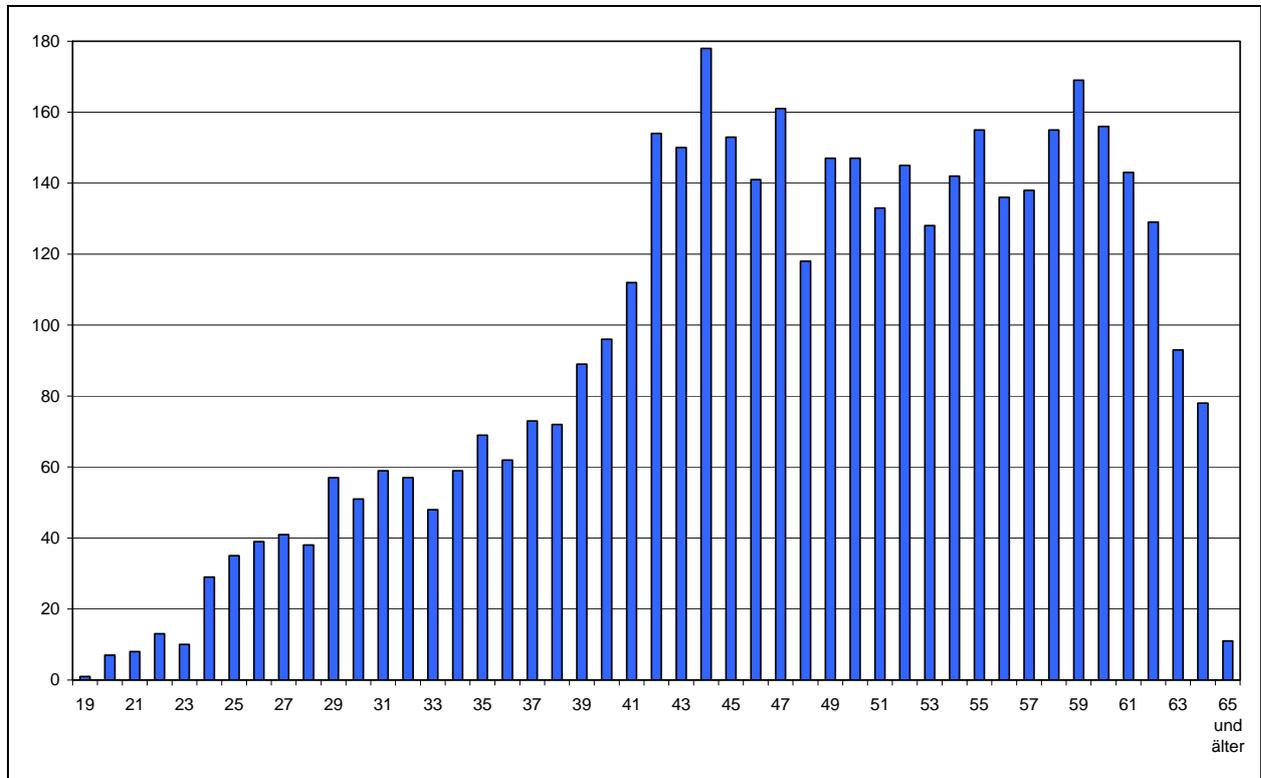
Anlage 1:	Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppen 01/02 in der Kernverwaltung: Verwaltungspersonal einschl. Textverarbeitung	1
Anlage 2:	Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppe 03 in der Kernverwaltung: Polizei	2
Anlage 3:	Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppe 04 in der Kernverwaltung: Feuerwehr	3
Anlage 4:	Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppen 05/06 in der Kernverwaltung: Justizpersonal/ordentliche Gerichte	4
Anlage 5:	Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppe 07 in der Kernverwaltung: Strafvollzugspersonal	5
Anlage 6:	Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppe 10 in der Kernverwaltung: Lehrpersonal	6
Anlage 7:	Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppe 14 in der Kernverwaltung: Erziehungspersonal für Kinder und Jugendliche	7
Anlage 8:	Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppen 21/22 in der Kernverwaltung: Technisches Personal	8
Anlage 9:	Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppe 25 in der Kernverwaltung: Steuerpersonal	9
Anlage 10:	Ausgewählte Kennzahlen der sonstigen Personalgruppen in der Kernverwaltung	10
Anlage 11:	Bezüge der Beschäftigten in der Kernverwaltung (2000 bis 2010)	11
Anlage 12:	Beschäftigte nach Status- und Laufbahngruppen in der Kernverwaltung und in den Ausgliederungen (2010)	12
Anlage 13:	Beschäftigte in den Laufbahn- und Statusgruppen nach Geschlecht in der Kernverwaltung (2010)	12
Anlage 14:	Beschäftigte in den Laufbahn- und Statusgruppen nach Geschlecht in den Ausgliederungen (2010)	12
Anlage 15:	Anteile der Beschäftigten nach ausgewählten Personalgruppen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	12
Anlage 16:	Beschäftigtenzahlen nach ausgewählten Personalgruppen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 und 2010)	13
Anlage 17:	Beschäftigte in ausgewählten Personalgruppen nach Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	13

Anlage 18:	Durchschnittsalter der Beschäftigten in ausgewählten Personalgruppen nach Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 und 2010)	13
Anlage 19:	Abwesende nach Abwesenheitsstatus in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	14
Anlage 20:	Auszubildende in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2000 bis 2010)	14
Anlage 21:	Auszubildende nach Statusgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	14
Anlage 22:	Belegungen von Veranstaltungen der Senatorin für Finanzen und des LIS nach Themenbereichen (Kernverwaltung und Ausgliederungen 2010)	14
Anlage 23:	Belegungen von Veranstaltungen der Senatorin für Finanzen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	15
Anlage 24:	Beschäftigte nach Altersgruppen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	15
Anlage 25:	Altersstruktur der Beschäftigten in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	16
Anlage 26:	Entwicklung der Schwerbehindertenbeschäftigungsquote in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2001 bis 2010)	17
Anlage 27:	Entwicklung der Teilzeitquote in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen von 2000 bis 2010 (ohne Altersteilzeit)	17
Anlage 28:	Teilzeitbeschäftigung und Altersteilzeit nach Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	18
Anlage 29:	Teilzeitquote (ohne Altersteilzeit) in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen nach Geschlecht und Laufbahngruppen 2010	19
Anlage 30:	Teilzeitquote (ohne Altersteilzeit) in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften nach Altersgruppen (2010)	20
Anlage 31:	Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in Altersteilzeit in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 bis 2010)	21
Anlage 32:	Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in den Modellen der Altersteilzeit in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 bis 2010)	21
Anlage 33:	Altersteilzeit nach Statusgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)	21
Anlage 34:	Altersteilzeit nach Laufbahngruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	21
Anlage 35:	Fehlzeitenquoten nach Geschlecht und Krankheitsdauer in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	21
Anlage 36:	Fehlzeitenquote nach Altersgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	22

Anlage 37:	Fehlzeitenquote nach Entlohnungsstufen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	22
Anlage 38:	Fehlzeitenquote nach Laufbahngruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	22
Anlage 39:	Fehlzeitenquote nach Personalgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	23
Anlage 40:	Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Geschlecht und Umfang der Arbeitszeit nach Kalendertagen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	23
Anlage 41:	Krankentage im Dienststellenvergleich in der Kernverwaltung (2010)	24
Anlage 42:	Dienststellen bzw. organisatorische Einrichtungen des bremischen öffentlichen Dienstes, die im Jahr 2010 noch nicht am MiP teilgenommen haben	25
Anlage 43:	Übersicht Dienststellengruppierungen/Cluster in der Kernverwaltung (2010)	26
Anlage 44:	Zusammengefasste Entlohnungsstufen	27
Anlage 45:	Entlohnungsstufen in der Kernverwaltung (2000 und 2010)	28
Anlage 46:	Entlohnungsstufen in den Ausgliederungen (2000 und 2010)	28
Anlage 47:	Beförderungen nach Status-, Laufbahngruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)	29
Anlage 48:	Entwicklung von Beförderungen und Höhergruppierungen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2002 bis 2010)	29
Anlage 50:	Personalausgaben im Land Bremen (2010)	30
Anlage 51:	Entwicklung der bereinigten Personalhaushalte (2000 bis 2010)	30
Anlage 52:	Entwicklung der Beihilfeausgaben (2000 bis 2010)	30
Anlage 53:	Entwicklung des Versorgungsvolumens bis 2030	31
Anlage 54:	Entwicklung der Versorgungsausgaben bis 2025 (Prognose)	31

Anlage 1: Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppen 01/02 in der Kernverwaltung: Verwaltungspersonal einschl. Textverarbeitung

Altersstruktur der Beschäftigten der Personalgruppe 01/02 (2010)



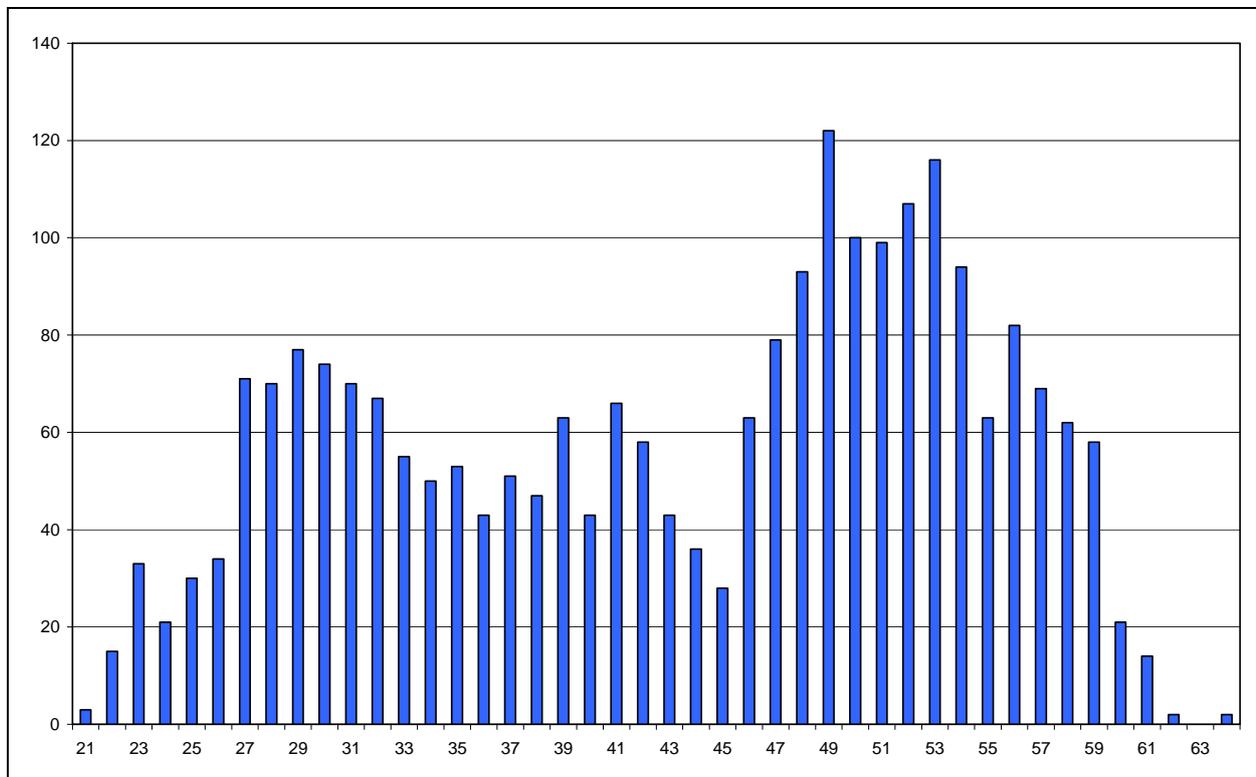
Personalkennzahlen der Personalgruppen 01/02 (2000 bis 2010)

Bezeichnung	Werte				in % der Beschäftigten			
	2000	2005	2009	2010	2000	2005	2009	2010
Beschäftigte insgesamt	4.812	4.841	4.426	4.394				
weibliche Beschäftigte	2.911	2.948	2.825	2.798	60,5 %	60,9 %	63,8 %	63,7 %
Teilzeitbeschäftigte	1.325	1.575	1.503	1.373	27,5 %	32,5 %	34,0 %	31,2 %
Beschäftigte je VZÄ	1,12	1,14	1,14	1,13	---	---	---	---
Abwesende	394	362	282	273	8,2 %	7,5 %	6,4 %	6,2 %
Beschäftigte unter 35 Jahren	815	553	538	555	16,9 %	11,4 %	12,2 %	12,6 %
Beschäftigte über 55 Jahren	949	1.186	1.219	1.211	19,7 %	24,5 %	27,5 %	27,6 %
Durchschnittsalter	45,6	47,1	47,7	47,7	---	---	---	---
Beamte	2.074	2.185	1.839	1.819	43,1 %	45,1 %	41,5 %	41,4 %
Arbeitnehmer	2.738	2.656	2.587	2.575	56,9 %	54,9 %	58,5 %	58,6 %
Laufbahngruppe 1, 1. EA	16	8	12	12	0,3 %	0,2 %	0,3 %	0,3 %
Laufbahngruppe 1, 2. EA	2.434	2.164	1.932	1.881	50,6 %	44,7 %	43,7 %	42,8 %
Laufbahngruppe 2, 1. EA	1.697	1.868	1.763	1.758	35,3 %	38,6 %	39,8 %	40,0 %
Laufbahngruppe 2, 2. EA	659	743	709	730	13,7 %	15,3 %	16,0 %	16,6 %
nicht zugeordnet*	6	58	10	13	0,1 %	1,2 %	0,2 %	0,3 %
Stellenindex	1,13	1,16	1,15	1,15	---	---	---	---
Anteil an den Beschäftigten der Kernverwaltung					25,5 %	26,6 %	25,5 %	25,3 %
Auszubildende	202	219	261	324	---	---	---	---

* Festvertrag

Anlage 2: Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppe 03 in der Kernverwaltung: Polizei

Altersstruktur der Beschäftigten der Personalgruppe 03 (2010)



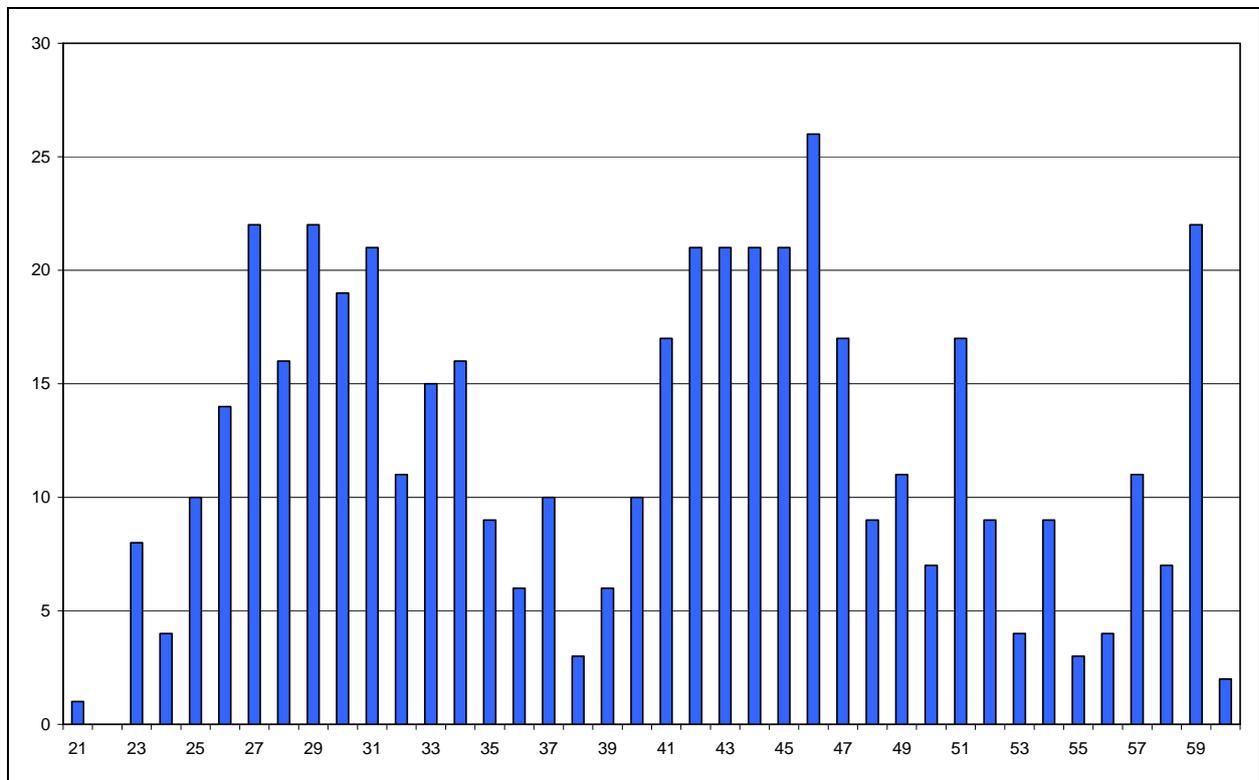
Personalkennzahlen der Personalgruppe 03 (2000 bis 2010)

Bezeichnung	Werte				in % der Beschäftigten			
	2000	2005	2009	2010	2000	2005	2009	2010
Beschäftigte insgesamt	2.506	2.486	2.410	2.447				
weibliche Beschäftigte	250	404	474	511	10,0 %	16,3 %	19,7 %	20,9 %
Teilzeitbeschäftigte	61	120	134	155	2,4 %	4,8 %	5,6 %	6,3 %
Beschäftigte je VZÄ	1,01	1,02	1,02	1,03	---	---	---	---
Abwesende	28	27	43	46	1,1 %	1,1 %	1,8 %	1,9 %
Beschäftigte unter 35 Jahren	528	666	645	670	21,1 %	26,8 %	26,8 %	27,4 %
Beschäftigte über 55 Jahren	285	267	264	310	11,4 %	10,7 %	11,0 %	12,7 %
Durchschnittsalter	42,6	42,2	43,1	43,2	---	---	---	---
Beamte	2.456	2.422	2.360	2.390	98,0 %	97,4 %	97,9 %	97,7 %
Arbeitnehmer	50	64	50	57	2,0 %	2,6 %	2,1 %	2,3 %
Laufbahngruppe 1, 1. EA	0	0	0	7	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,3 %
Laufbahngruppe 1, 2. EA	1.266	350	186	53	50,5 %	14,1 %	7,7 %	2,2 %
Laufbahngruppe 2, 1. EA	1.201	2.099	2.186	2.349	47,9 %	84,4 %	90,7 %	96,0 %
Laufbahngruppe 2, 2. EA	37	37	38	38	1,5 %	1,5 %	1,6 %	1,6 %
nicht zugeordnet*	2	0	0	0	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Stellenindex	1,05	1,08	1,08	1,08	---	---	---	---
Anteil an den Beschäftigten der Kernverwaltung					13,3 %	13,7 %	13,9 %	14,1 %
Auszubildende	237	192	232	243	---	---	---	---

* Festvertrag

Anlage 3: Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppe 04 in der Kernverwaltung: Feuerwehr

Altersstruktur der Beschäftigten der Personalgruppe 04 (2010)



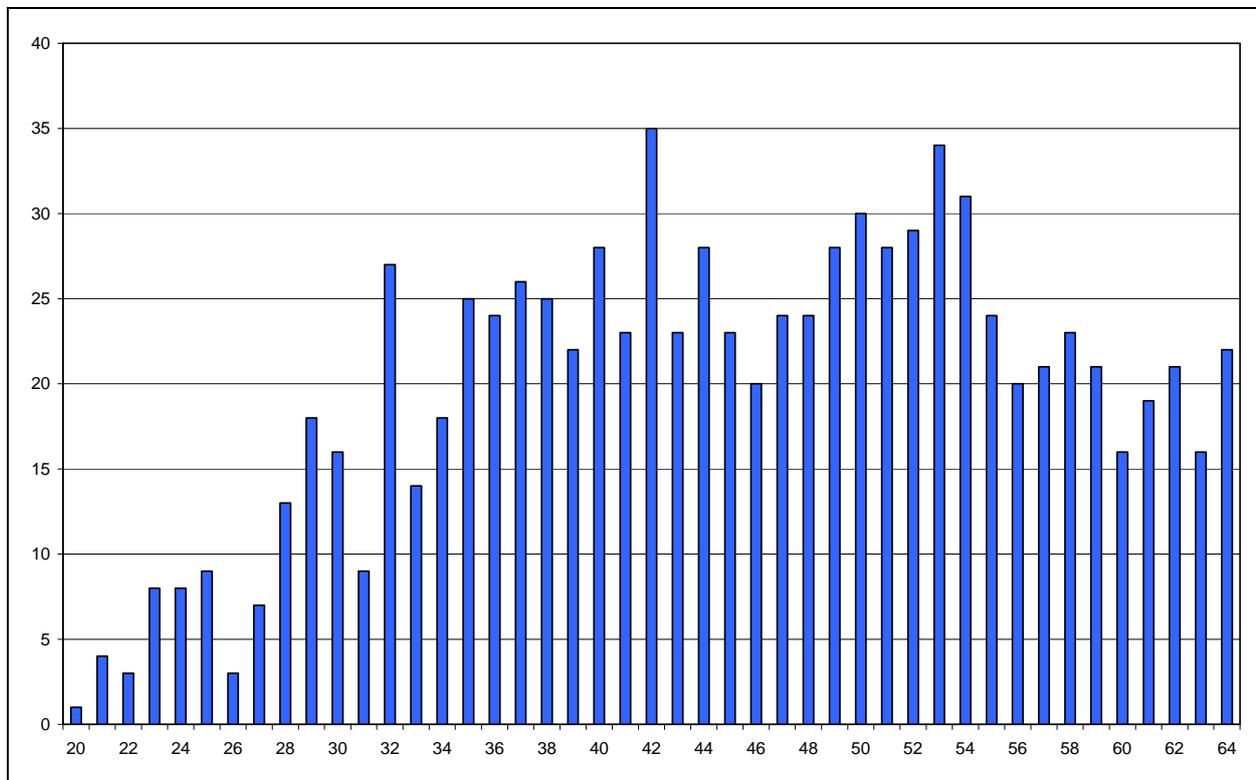
Personalkennzahlen der Personalgruppe 04 (2000 bis 2010)

Bezeichnung	Werte				in % der Beschäftigten			
	2000	2005	2009	2010	2000	2005	2009	2010
Beschäftigte insgesamt	499	493	481	482				
weibliche Beschäftigte	1	9	15	17	0,2 %	1,8 %	3,1 %	3,5 %
Teilzeitbeschäftigte	18	17	2	4	3,6 %	3,4 %	0,4 %	0,8 %
Beschäftigte je VZÄ	1,01	1,01	1,00	1,00	---	---	---	---
Abwesende	1	0	3	4	0,2 %	0,0 %	0,6 %	0,8 %
Beschäftigte unter 35 Jahren	109	117	162	179	21,8 %	23,7 %	33,7 %	37,1 %
Beschäftigte über 55 Jahren	73	81	67	46	14,6 %	16,4 %	13,9 %	9,5 %
Durchschnittsalter	44,3	42,4	41,0	40,2	---	---	---	---
Beamte	499	493	481	482	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
Arbeitnehmer	0	0	0	0	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Laufbahngruppe 1, 1. EA	0	0	0	0	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Laufbahngruppe 1, 2. EA	433	427	427	423	86,8 %	86,6 %	88,8 %	87,8 %
Laufbahngruppe 2, 1. EA	61	60	47	50	12,2 %	12,2 %	9,8 %	10,4 %
Laufbahngruppe 2, 2. EA	5	6	6	6	1,0 %	1,2 %	1,2 %	1,2 %
nicht zugeordnet*	0	0	1	3	0,0 %	0,0 %	0,2 %	0,6 %
Stellenindex	0,99	0,99	0,98	0,98	---	---	---	---
Anteil an den Beschäftigten der Kernverwaltung					2,6 %	2,7 %	2,8 %	2,8 %
Auszubildende	28	22	28	39	---	---	---	---

* Festvertrag

Anlage 4: Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppen 05/06 in der Kernverwaltung: Justizpersonal/ordentliche Gerichte

Altersstruktur der Beschäftigten der Personalgruppen 05/06 (2010)



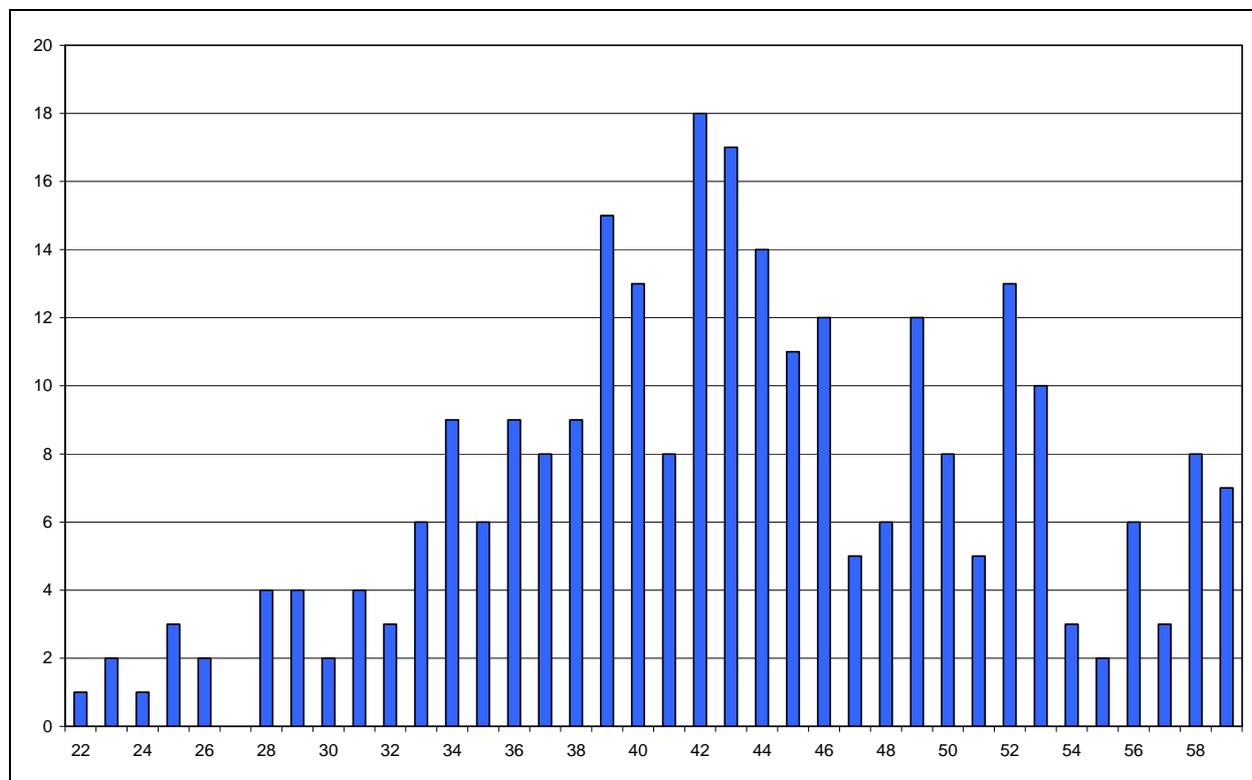
Personalkennzahlen der Personalgruppe 05/06 (2000 bis 2010)

Bezeichnung	Werte				in % der Beschäftigten			
	2000	2005	2009	2010	2000	2005	2009	2010
Beschäftigte insgesamt	951	876	902	891				
weibliche Beschäftigte	524	530	567	566	55,1 %	60,5 %	62,9 %	63,5 %
Teilzeitbeschäftigte	240	287	300	280	25,2 %	32,8 %	33,3 %	31,4 %
Beschäftigte je VZÄ	1,12	1,15	1,15	1,14	---	---	---	---
Abwesende	60	56	57	52	6,3 %	6,4 %	6,3 %	5,8 %
Beschäftigte unter 35 Jahren	207	139	162	158	21,8 %	15,9 %	18,0 %	17,7 %
Beschäftigte über 55 Jahren	196	200	188	179	20,6 %	22,8 %	20,8 %	20,1 %
Durchschnittsalter	44,6	46,0	45,4	45,4	---	---	---	---
Beamte	612	553	603	597	64,4 %	63,1 %	66,9 %	67,0 %
Arbeitnehmer	339	323	299	294	35,6 %	36,9 %	33,1 %	33,0 %
Laufbahngruppe 1, 1. EA	46	38	38	30	4,8 %	4,3 %	4,2 %	3,4 %
Laufbahngruppe 1, 2. EA	555	501	473	469	58,4 %	57,2 %	52,4 %	52,6 %
Laufbahngruppe 2, 1. EA	146	137	162	162	15,4 %	15,6 %	18,0 %	18,2 %
Laufbahngruppe 2, 2. EA	204	200	229	230	21,5 %	22,8 %	25,4 %	25,8 %
nicht zugeordnet*	0	0	0	0	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Stellenindex	1,15	1,16	1,18	1,18	---	---	---	---
Anteil an den Beschäftigten der Kernverwaltung					5,0 %	4,8 %	5,2 %	5,1 %
Auszubildende	181	187	202	211	---	---	---	---

* Festvertrag

Anlage 5: Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppe 07 in der Kernverwaltung: Strafvollzugspersonal

Altersstruktur der Beschäftigten der Personalgruppe 07 (2010)



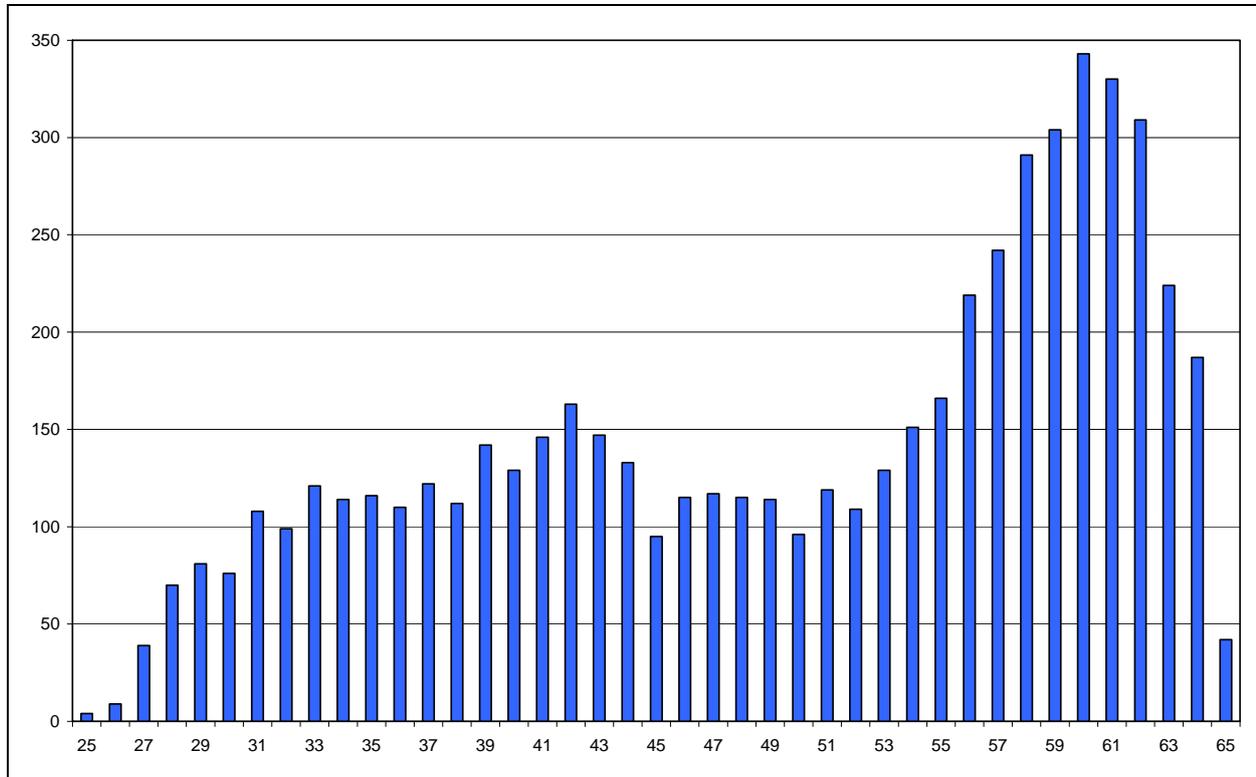
Personalkennzahlen der Personalgruppe 07 (2000 bis 2010)

Bezeichnung	Werte				in % der Beschäftigten			
	2000	2005	2009	2010	2000	2005	2009	2010
Beschäftigte insgesamt	324	278	259	269				
weibliche Beschäftigte	56	55	51	57	17,3 %	19,8 %	19,7 %	21,2 %
Teilzeitbeschäftigte	20	18	15	13	6,2 %	6,5 %	5,8 %	4,8 %
Beschäftigte je VZÄ	1,02	1,02	1,02	1,02	---	---	---	---
Abwesende	6	5	3	3	1,9 %	1,8 %	1,2 %	1,1 %
Beschäftigte unter 35 Jahren	95	52	32	41	29,3 %	18,7 %	12,4 %	15,2 %
Beschäftigte über 55 Jahren	47	37	22	24	14,5 %	13,3 %	8,5 %	8,9 %
Durchschnittsalter	42,5	42,6	43,4	43,2	---	---	---	---
Beamte	323	275	227	240	99,7 %	98,9 %	87,6 %	89,2 %
Arbeitnehmer	1	3	32	29	0,3 %	1,1 %	12,4 %	10,8 %
Laufbahngruppe 1, 1. EA	12	1	1	1	3,7 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %
Laufbahngruppe 1, 2. EA	284	251	236	248	87,7 %	90,3 %	91,1 %	92,2 %
Laufbahngruppe 2, 1. EA	28	26	18	17	8,6 %	9,4 %	6,9 %	6,3 %
Laufbahngruppe 2, 2. EA	0	0	0	0	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
nicht zugeordnet*	0	0	4	3	0,0 %	0,0 %	1,5 %	1,1 %
Stellenindex	0,95	0,96	0,95	0,95	---	---	---	---
Anteil an den Beschäftigten der Kernverwaltung					1,7 %	1,5 %	1,5 %	1,6 %
Auszubildende	39	0	38	30	---	---	---	---

* Festvertrag

Anlage 6: Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppe 10 in der Kernverwaltung: Lehrpersonal

Altersstruktur der Beschäftigten der Personalgruppe 10 (2010)



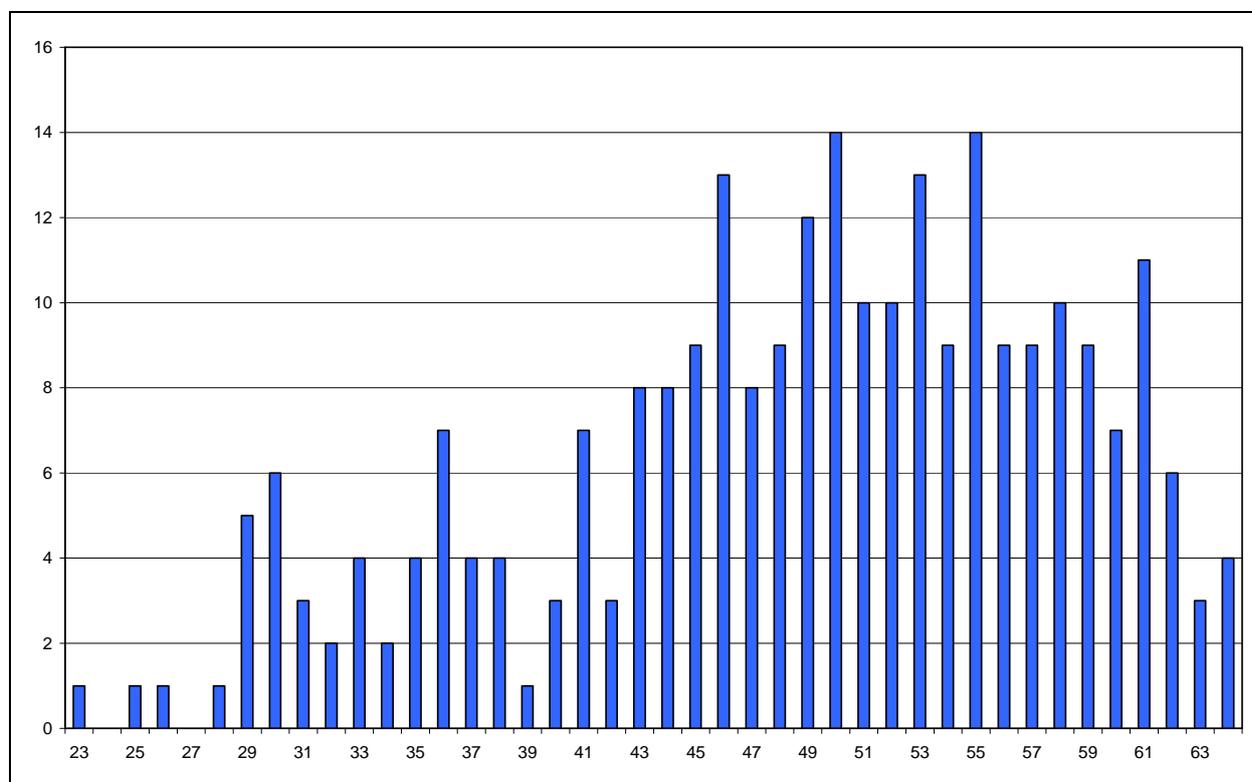
Personalkennzahlen der Personalgruppe 10 (2000 bis 2010)

Bezeichnung	Werte				in % der Beschäftigten			
	2000	2005	2009	2010	2000	2005	2009	2010
Beschäftigte insgesamt	5.790	5.959	5.868	5.859				
weibliche Beschäftigte	3.225	3.519	3.684	3.759	55,7 %	59,1 %	62,8 %	64,2 %
Teilzeitbeschäftigte	2.456	3.048	2.826	2.652	42,4 %	51,1 %	48,2 %	45,3 %
Beschäftigte je VZÄ	1,16	1,20	1,18	1,16	---	---	---	---
Abwesende	245	235	276	310	4,2 %	3,9 %	4,7 %	5,3 %
Beschäftigte unter 35 Jahren	125	451	621	721	2,2 %	7,6 %	10,6 %	12,3 %
Beschäftigte über 55 Jahren	1.711	2.394	2.569	2.492	29,6 %	40,2 %	43,8 %	42,5 %
Durchschnittsalter	51,5	51,3	50,3	49,7	---	---	---	---
Beamte	3.859	4.771	4.787	4.802	66,6 %	80,1 %	81,6 %	82,0 %
Arbeitnehmer	1.931	1.188	1.081	1.057	33,4 %	19,9 %	18,4 %	18,0 %
Laufbahngruppe 1, 1. EA	0	0	0	0	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Laufbahngruppe 1, 2. EA	21	30	13	11	0,4 %	0,5 %	0,2 %	0,2 %
Laufbahngruppe 2, 1. EA	3.176	3.103	2.711	2.730	54,9 %	52,1 %	46,2 %	46,6 %
Laufbahngruppe 2, 2. EA	2.593	2.826	3.144	3.118	44,8 %	47,4 %	53,6 %	53,2 %
nicht zugeordnet*	0	0	0	0	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Stellenindex	1,41	1,41	1,41	1,40	---	---	---	---
Anteil an den Beschäftigten der Kernverwaltung					30,7 %	32,8 %	33,8 %	33,8 %
Auszubildende	371	449	424	472	---	---	---	---

* Festvertrag

Anlage 7: Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppe 14 in der Kernverwaltung: Erziehungspersonal für Kinder und Jugendliche

Altersstruktur der Beschäftigten der Personalgruppe 14 (2010)



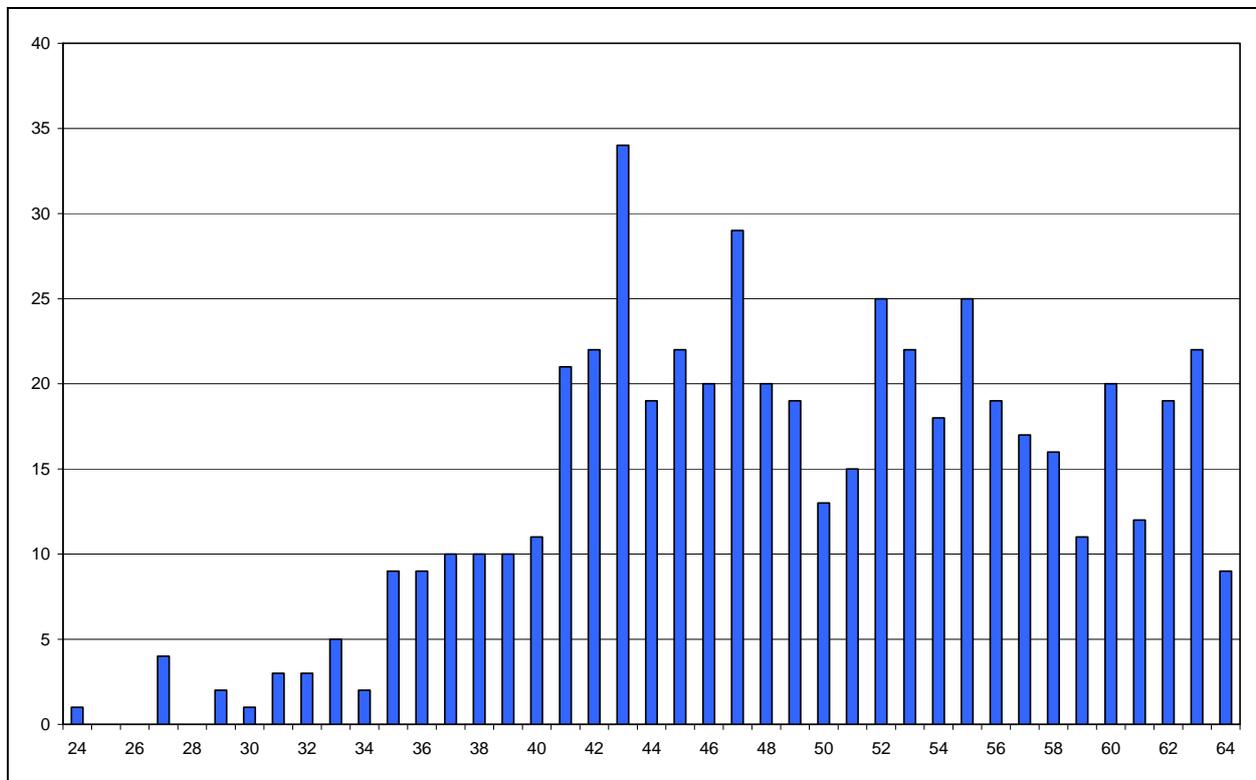
Personalkennzahlen der Personalgruppe 14 (2000 bis 2010)

Bezeichnung	Werte				in % der Beschäftigten			
	2000	2005	2009	2010	2000	2005	2009	2010
Beschäftigte insgesamt	317	340	246	264				
weibliche Beschäftigte	226	248	195	203	71,3 %	72,9 %	79,3 %	76,9 %
Teilzeitbeschäftigte	184	237	199	207	58,0 %	69,7 %	80,9 %	78,4 %
Beschäftigte je VZÄ	1,44	1,52	1,53	1,58	---	---	---	---
Abwesende	22	16	13	12	6,9 %	4,7 %	5,3 %	4,5 %
Beschäftigte unter 35 Jahren	32	33	24	26	10,1 %	9,7 %	9,8 %	9,8 %
Beschäftigte über 55 Jahren	34	65	69	68	10,7 %	19,1 %	28,0 %	25,8 %
Durchschnittsalter	44,9	47,2	49,1	48,7	---	---	---	---
Beamte	30	25	9	8	9,5 %	7,4 %	3,7 %	3,0 %
Arbeitnehmer	287	315	237	256	90,5 %	92,6 %	96,3 %	97,0 %
Laufbahngruppe 1, 1. EA	1	0	0	0	0,3 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Laufbahngruppe 1, 2. EA	120	172	165	176	37,9 %	50,6 %	67,1 %	66,7 %
Laufbahngruppe 2, 1. EA	142	123	43	56	44,8 %	36,2 %	17,5 %	21,2 %
Laufbahngruppe 2, 2. EA	54	45	37	32	17,0 %	13,2 %	15,0 %	12,1 %
nicht zugeordnet*	0	0	1	0	0,0 %	0,0 %	0,4 %	0,0 %
Stellenindex	1,17	1,12	1,05	1,03	---	---	---	---
Anteil an den Beschäftigten der Kernverwaltung					1,7 %	1,9 %	1,4 %	1,5 %
Auszubildende	66	67	87	81	---	---	---	---

* Festvertrag

Anlage 8: Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppen 21/22 in der Kernverwaltung: Technisches Personal

Altersstruktur der Beschäftigten der Personalgruppen 21/22 (2010)



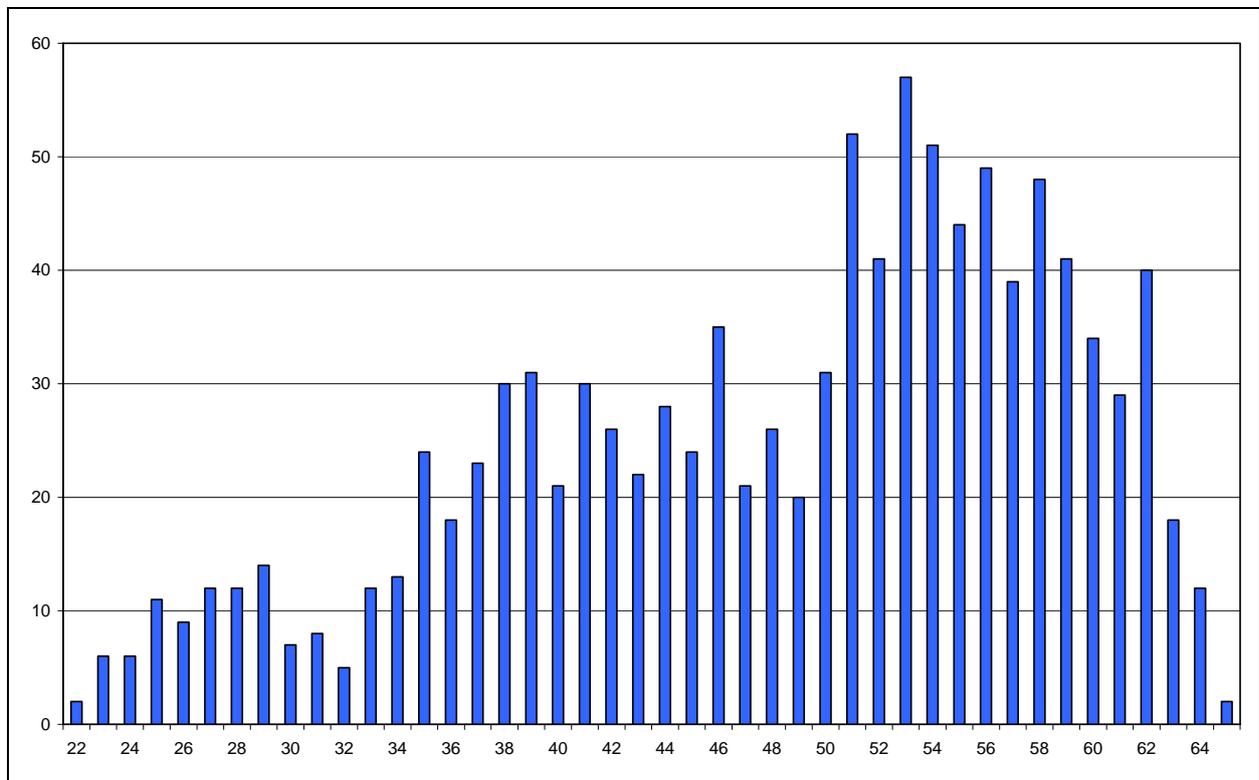
Personalkennzahlen der Personalgruppe 21/22 (2000 bis 2010)

Bezeichnung	Werte				in % der Beschäftigten			
	2000	2005	2009	2010	2000	2005	2009	2010
Beschäftigte insgesamt	603	582	551	549				
weibliche Beschäftigte	146	151	176	176	24,2 %	25,9 %	31,9 %	32,1 %
Teilzeitbeschäftigte	91	137	142	115	15,1 %	23,5 %	25,8 %	20,9 %
Beschäftigte je VZÄ	1,06	1,09	1,09	1,07	---	---	---	---
Abwesende	31	23	23	20	5,1 %	4,0 %	4,2 %	3,6 %
Beschäftigte unter 35 Jahren	66	31	23	21	10,9 %	5,3 %	4,2 %	3,8 %
Beschäftigte über 55 Jahren	159	161	145	145	26,4 %	27,7 %	26,3 %	26,4 %
Durchschnittsalter	47,4	48,6	49,2	49,2	---	---	---	---
Beamte	137	99	79	74	22,7 %	17,0 %	14,3 %	13,5 %
Arbeitnehmer	466	483	472	475	77,3 %	83,0 %	85,7 %	86,5 %
Laufbahngruppe 1, 1. EA	0	0	0	0	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Laufbahngruppe 1, 2. EA	203	177	154	152	33,7 %	30,4 %	27,9 %	27,7 %
Laufbahngruppe 2, 1. EA	265	267	234	231	43,9 %	45,9 %	42,5 %	42,1 %
Laufbahngruppe 2, 2. EA	134	138	163	166	22,2 %	23,7 %	29,6 %	30,2 %
nicht zugeordnet*	1	0	0	0	0,2 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Stellenindex	1,25	1,26	1,25	1,25	---	---	---	---
Anteil an den Beschäftigten der Kernverwaltung					3,2 %	3,2 %	3,2 %	3,2 %
Auszubildende	31	32	12	16	---	---	---	---

* Festvertrag

Anlage 9: Ausgewählte Kennzahlen der Personalgruppe 25 in der Kernverwaltung: Steuerpersonal

Altersstruktur der Beschäftigten der Personalgruppe 25 (2010)



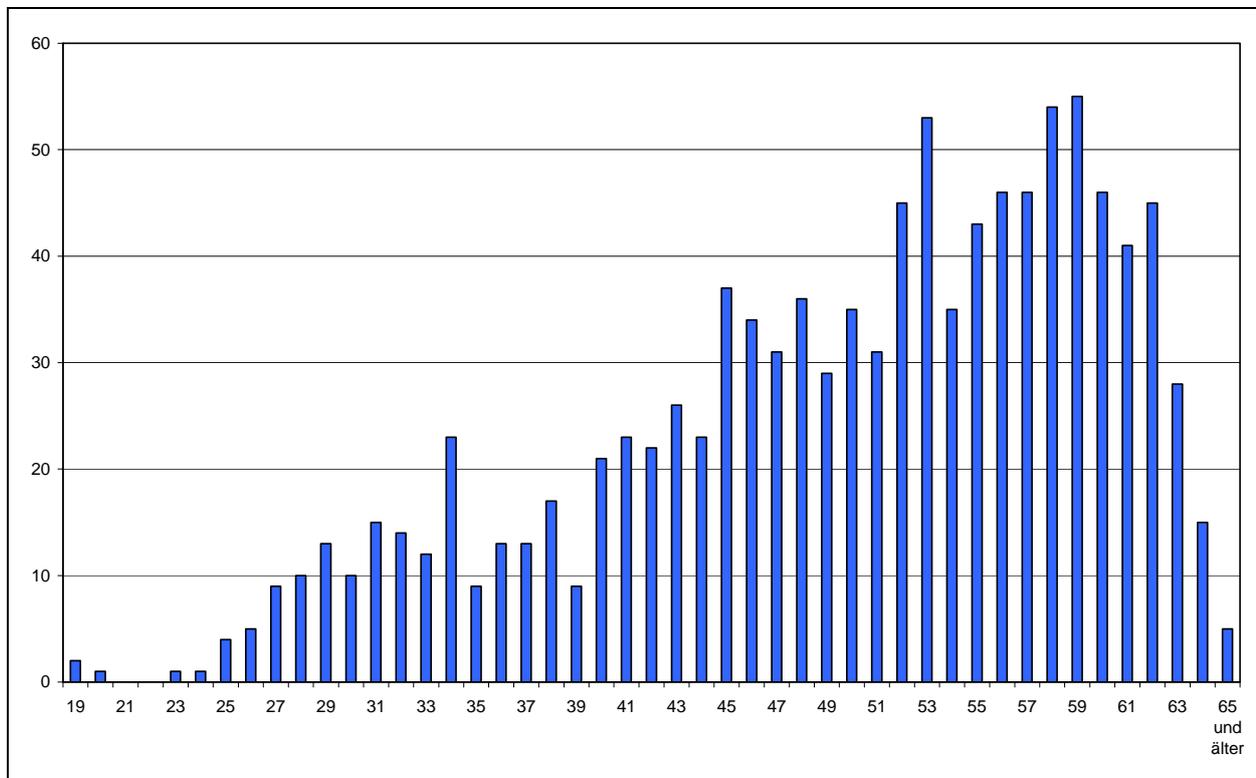
Personalkennzahlen der Personalgruppe 25 (2000 bis 2010)

Bezeichnung	Werte				in % der Beschäftigten			
	2000	2005	2009	2010	2000	2005	2009	2010
Beschäftigte insgesamt	1.159	1.003	1.121	1.084				
weibliche Beschäftigte	588	550	603	587	50,7 %	54,8 %	53,8 %	54,2 %
Teilzeitbeschäftigte	304	344	375	356	26,2 %	34,3 %	33,5 %	32,8 %
Beschäftigte je VZÄ	1,11	1,15	1,13	1,13	---	---	---	---
Abwesende	80	45	35	34	6,9 %	4,5 %	3,1 %	3,1 %
Beschäftigte unter 35 Jahren	249	189	139	117	21,5 %	18,8 %	12,4 %	10,8 %
Beschäftigte über 55 Jahren	144	184	292	312	12,4 %	18,3 %	26,0 %	28,8 %
Durchschnittsalter	43,3	45,6	47,6	48,3	---	---	---	---
Beamte	1.071	923	1.031	999	92,4 %	92,0 %	92,0 %	92,2 %
Arbeitnehmer	88	80	90	85	7,6 %	8,0 %	8,0 %	7,8 %
Laufbahngruppe 1, 1. EA	0	0	0	0	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Laufbahngruppe 1, 2. EA	482	432	428	414	41,6 %	43,1 %	38,2 %	38,2 %
Laufbahngruppe 2, 1. EA	641	553	648	627	55,3 %	55,1 %	57,8 %	57,8 %
Laufbahngruppe 2, 2. EA	36	18	45	43	3,1 %	1,8 %	4,0 %	4,0 %
nicht zugeordnet*	0	0	0	0	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Stellenindex	1,11	1,10	1,13	1,13	---	---	---	---
Anteil an den Beschäftigten der Kernverwaltung					6,1 %	5,5 %	6,5 %	6,3 %
Auszubildende	20	33	13	35	---	---	---	---

* Festvertrag

Anlage 10: Ausgewählte Kennzahlen der sonstigen Personalgruppen in der Kernverwaltung

Altersstruktur der Beschäftigten der sonstigen Personalgruppen (2010)



Personalkennzahlen der sonstigen Personalgruppen (2000 bis 2010)

Bezeichnung	Werte				in % der Beschäftigten			
	2000	2005	2009	2010	2000	2005	2009	2010
Beschäftigte insgesamt	1.499	1.182	1.079	1.077				
weibliche Beschäftigte	506	471	532	554	33,8 %	39,8 %	49,3 %	51,4 %
Teilzeitbeschäftigte	329	306	352	346	21,9 %	25,9 %	32,6 %	32,1 %
Beschäftigte je VZÄ	1,09	1,11	1,13	1,14	---	---	---	---
Abwesende	82	51	58	58	5,5 %	4,3 %	5,4 %	5,4 %
Beschäftigte unter 35 Jahren	124	65	96	117	8,3 %	5,5 %	8,9 %	10,9 %
Beschäftigte über 55 Jahren	356	323	371	378	23,7 %	27,3 %	34,4 %	35,1 %
Durchschnittsalter	47,9	49,4	49,8	49,7	---	---	---	---
Beamte	409	356	277	269	27,3 %	30,1 %	25,7 %	25,0 %
Arbeitnehmer	1.090	826	802	808	72,7 %	69,9 %	74,3 %	75,0 %
Laufbahngruppe 1, 1. EA	141	88	42	38	9,4 %	7,4 %	3,9 %	3,5 %
Laufbahngruppe 1, 2. EA	665	433	314	323	44,4 %	36,6 %	29,1 %	30,0 %
Laufbahngruppe 2, 1. EA	482	466	534	531	32,2 %	39,4 %	49,5 %	49,3 %
Laufbahngruppe 2, 2. EA	210	194	185	185	14,0 %	16,4 %	17,1 %	17,2 %
nicht zugeordnet*	1	1	4	0	0,1 %	0,1 %	0,4 %	0,0 %
Stellenindex	1,07	1,13	1,12	1,12	---	---	---	---
Anteil an den Beschäftigten der Kernverwaltung					7,9 %	6,5 %	6,2 %	6,2 %
Auszubildende	244	264	77	126	---	---	---	---

* Festvertrag

Anlage 11: Bezüge der Beschäftigten in der Kernverwaltung (2000 bis 2010)

Jahr	Bezüge der Beschäftigten 1)	Versorgungsbezüge 2)	Beihilfen, Unterstützungen 3)	Sonstige	Insgesamt	nachrichtlich: Bereinigte Personalausgaben 4)	
						Bezüge	Versorgung
Mio. Euro							
2000	723,3	240,8	35,8	18,5	1.018,5	723,8	240,8
2001	721,2	255,3	38,7	19,4	1.034,6	705,6	250,8
2002	724,7	266,9	39,1	18,3	1.049,1	688,6	257,3
2003	737,0	278,4	40,8	19,9	1.076,1	683,8	265,7
2004	720,7	276,0	41,9	17,2	1.055,8	683,1	268,9
2005	728,6	285,4	45,0	19,0	1.078,0	661,2	278,2
2006	704,6	285,4	45,5	16,9	1.052,4	655,2	286,1
2007	696,6	294,1	45,9	17,3	1.053,8	641,5	294,9
2008	702,7	304,1	47,9	16,1	1.070,9	638,0	303,5
2009	722,0	326,6	50,2	17,3	1.116,1	633,0	308,9
2010	733,4	338,7	51,1	16,7	1.139,8	630,3	317,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
2001	-0,3	6,0	8,0	5,0	1,6	-2,5	4,1
2002	0,5	4,5	1,2	-5,6	1,4	-2,4	2,6
2003	1,7	4,3	4,3	8,3	2,6	-0,7	3,3
2004	-2,2	-0,9	2,7	-13,4	-1,9	-0,1	1,2
2005	1,1	3,4	7,4	10,7	2,1	-3,2	3,5
2006	-3,3	0,0	1,1	-11,0	-2,4	-0,9	2,8
2007	-1,1	3,1	0,8	2,2	0,1	-2,1	3,1
2008	0,9	3,4	4,5	-6,9	1,6	-0,5	2,9
2009	2,8	7,4	4,7	7,3	4,2	-0,8	1,8
2010	1,6	3,7	1,7	-3,5	2,1	-0,4	2,6

1) Gruppe 422, 428

2) Obergruppe 43

3) Obergruppe 44

4) Basis 2000 bereinigt um kostenrelevante Faktoren (Tarif, Sozialversicherung, Sonderzahlungen) gem. eigenen Berechnungen

Anlage 12: Beschäftigte nach Status- und Laufbahngruppen in der Kernverwaltung und in den Ausgliederungen (2010)

Laufbahngruppe	Kernverwaltung		Ausgliederungen	
	Beamte	Arbeitnehmer	Beamte	Arbeitnehmer
LG 1, 1. EA	29	83	0	1.319
LG 1, 2. EA	1.641	2.509	123	2.982
LG 2, 1. EA	6.636	1.875	282	1.445
LG 2, 2. EA	3.368	1.180	643	2.164
nicht zugeordnet*	6	13	0	38

*Festgehalt

Anlage 13: Beschäftigte in den Laufbahn- und Statusgruppen nach Geschlecht in der Kernverwaltung (2010)

Laufbahngruppe	Beamte		Arbeitnehmer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
LG 1, 1. EA	27	2	33	50
LG 1, 2. EA	1.008	633	602	1.907
LG 2, 1. EA	3.378	3.258	771	1.104
LG 2, 2. EA	1.694	1.674	565	615
nicht zugeordnet*	5	1	5	8

*Festgehalt

Anlage 14: Beschäftigte in den Laufbahn- und Statusgruppen nach Geschlecht in den Ausgliederungen (2010)

Laufbahngruppe	Beamte		Arbeitnehmer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
LG 1, 1. EA	0	0	187	1.132
LG 1, 2. EA	35	88	932	2.050
LG 2, 1. EA	109	173	669	776
LG 2, 2. EA	474	169	1.266	898
nicht zugeordnet*	0	0	16	22

*Festgehalt

Anlage 15: Anteile der Beschäftigten nach ausgewählten Personalgruppen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)

Personalgruppe	Gesamt		Kernverwaltung		ausgegliederte Bereiche		Mehrheitsgesellschaften	
	Beschäftigte	Anteil	Beschäftigte	Anteil	Beschäftigte	Anteil	Beschäftigte	Anteil
01/02 Verwaltungspersonal einschl. Textverarbeitung	7.429	21,1%	4.394	25,3%	1.932	21,5%	1.103	12,3%
03 Polizei	2.447	6,9%	2.447	14,1%	0	0,0%	0	0,0%
04 Feuerwehr	482	1,4%	482	2,8%	0	0,0%	0	0,0%
05/06 Justizpersonal/ord. Ger.	891	2,5%	891	5,1%	0	0,0%	0	0,0%
07 Strafvollzugspersonal	269	0,8%	269	1,6%	0	0,0%	0	0,0%
10 Lehrpersonal	6.784	19,2%	5.859	33,8%	922	10,2%	3	0,0%
14 Erziehungs- und Betreuungspersonal f. Jugendl.	1.721	4,9%	264	1,5%	1.452	16,1%	5	0,1%
21/22 Technisches Personal	1.639	4,6%	549	3,2%	807	9,0%	283	3,2%
25 Steuerpersonal	1.085	3,1%	1.084	6,3%	1	0,0%	0	0,0%
30 Raumpflegepersonal	1.292	3,7%	24	0,1%	709	7,9%	559	6,3%
Sonstige Personalgruppen	11.236	31,9%	1.077	6,2%	3.173	35,3%	6.986	78,2%
Insgesamt	35.275	100,0%	17.340	100,0%	8.996	100,0%	8.939	100,0%

Anlage 16: Beschäftigtenzahlen nach ausgewählten Personalgruppen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 und 2010)

	Personalgruppe	2000	2010	Differenz	Veränderung in %
01/02	Verwaltungspersonal einschl. Textverarbeitung	6.420	6.336	-84	-1,3%
03	Polizei	2.506	2.447	-59	-2,4%
04	Feuerwehr	499	482	-17	-3,4%
05/06	Justizpersonal/ord. Ger.	955	891	-64	-6,7%
07	Strafvollzugspersonal	324	269	-55	-17,0%
10	Lehrpersonal	7.112	6.781	-331	-4,7%
14	Erziehungs- und Betreuungspersonal f. Jugendl.	1.502	1.716	214	14,2%
21/22	Technisches Personal	1.387	1.356	-31	-2,2%
25	Steuerpersonal	1.180	1.085	-95	-8,1%
30	Raumpflegepersonal	1.259	733	-526	-41,8%
	Sonstige Personalgruppen	3.856	4.240	384	10,0%
Insgesamt		27.000	26.336	-664	-2,5%

Anlage 17: Beschäftigte in ausgewählten Personalgruppen nach Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)

Personalgruppe		Gesamt	weiblich	männlich	Frauenanteil	Männeranteil	Frauenanteil an den Personalgruppen	Männeranteil an den Personalgruppen
01/02	Verwaltungspersonal einschl. Textverarbeitung	7.427	4.882	2.545	65,7%	34,3%	23,6%	17,5%
03	Polizei	2.447	511	1.936	20,9%	79,1%	2,5%	13,3%
04	Feuerwehr	482	17	465	3,5%	96,5%	0,1%	3,2%
05/06	Justizpersonal/ord. Ger.	891	566	325	63,5%	36,5%	2,7%	2,2%
07	Strafvollzugspersonal	269	57	212	21,2%	78,8%	0,3%	1,5%
10	Lehrpersonal	6.784	4.053	2.731	59,7%	40,3%	19,6%	18,7%
14	Erziehungs- und Betreuungspersonal f. Jugendl.	1.721	1.449	272	84,2%	15,8%	7,0%	1,9%
21/22	Technisches Personal	1.639	485	1.154	29,6%	70,4%	2,3%	7,9%
25	Steuerpersonal	1.085	588	497	54,2%	45,8%	2,8%	3,4%
30	Raumpflegepersonal	1.292	1.159	133	89,7%	10,3%	5,6%	0,9%
	Sonstige Personalgruppen	11.238	6.938	4.300	61,7%	38,3%	33,5%	29,5%
Insgesamt		35.275	20.705	14.570	58,7%	41,3%	100,0%	100,0%

Anlage 18: Durchschnittsalter der Beschäftigten in ausgewählten Personalgruppen nach Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 und 2010)

Personalgruppe		2000			2010		
		Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
01/02	Verwaltungspersonal einschl. Textverarbeitung	45,38	47,41	44,14	47,49	48,78	46,82
03	Polizei	42,64	43,83	31,91	43,24	45,66	34,06
04	Feuerwehr	44,30	44,33	31,00	40,24	40,56	31,53
05/06	Justizpersonal/ord. Ger.	44,59	48,15	41,72	45,40	47,58	44,14
07	Strafvollzugspersonal	42,55	44,29	34,21	43,17	43,77	40,96
10	Lehrpersonal	50,65	51,75	49,57	49,82	51,48	48,70
14	Erziehungs- und Betreuungspersonal	42,32	44,32	41,97	46,11	46,46	46,05
21/22	Technisches Personal	46,79	48,38	42,37	48,05	49,28	45,50
25	Steuerpersonal	43,29	44,81	41,81	48,26	49,58	47,15
30	Raumpflegepersonal	49,34	56,00	49,33	53,56	42,33	53,61
	Sonstige Personalgruppen	43,92	44,24	43,44	43,74	43,88	43,59

Anlage 19: Abwesende nach Abwesenheitsstatus in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)

Abwesenheitsstatus	Gesamt	Anteil	weiblich	männlich	Frauenanteil	Männeranteil	Frauenanteil an den Abwesenden	Männeranteil an den Abwesenden
Mutterschutz	18	1,3%	18	0	100,0%	0,0 %	1,3%	0,0%
Elternzeit	394	29,4%	367	27	93,1%	6,9 %	27,4%	2,0%
Beurlaubung	492	36,8%	368	124	74,8%	25,2 %	27,5%	9,3%
langfristige Erkrankung	255	19,1%	179	76	70,2%	29,8 %	13,4%	5,7%
sonstige Abwesende	179	13,4%	145	34	81,0%	19,0 %	10,8%	2,5%
keine Angabe von Gründen	0	0,0%	0	0	0,0%	0,0 %	0,0%	0,0%
Insgesamt	1.338	100,0%	1.077	261	80,5%	19,5%	80,5%	19,5%

Anlage 20: Auszubildende in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2000 bis 2010)

Bereich	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2010 inkl. BMG
Kernverwaltung	1.419	1.551	1.680	1.722	1.645	1.465	1.310	1.165	1.145	1.374	1.578	1.578
ausgegliederte Bereiche	3	6	0	4	6	6	3	1	4	1	1	1
Mehrheitsgesellschaften												483
gesamt Auszubildende	1.422	1.557	1.680	1.726	1.651	1.471	1.313	1.166	1.149	1.375	1.579	2.062

Anlage 21: Auszubildende nach Statusgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)

Statusgruppe	Gesamt	weiblich	männlich	Frauenanteil	Männeranteil
Beamte	830	461	369	56%	44%
Arbeitnehmer	1.232	848	384	69%	31%
Insgesamt	2.062	1.309	753	63%	37%

Anlage 22: Belegungen von Veranstaltungen der Senatorin für Finanzen und des LIS nach Themenbereichen (Kernverwaltung und Ausgliederungen 2010)

Themenbereich	Gesamt	männlich	weiblich
Modernisierung der bremischen Verwaltung	2.659	948	1.711
Führungsbildung	1.005	465	540
Recht für die öffentliche Verwaltung	405	123	282
Weitere fachübergreifende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen	478	143	335
Aufstiegsfortbildung	232	81	151
Weitere Fördermaßnahmen	65	17	48
Informationstechnologien (IT)	1.618	589	1.029
Landesinstitut für Schule (LIS)	2.307	634	1.673
Gesamt	8.769	3.000	5.769

Anlage 23: Belegungen von Veranstaltungen der Senatorin für Finanzen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)

Bereich	Anzahl Beschäftigte			Anzahl Teilnehmer			Belegungsquote
	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	
Bremische Bürgerschaft	20	55	75	17	48	65	87%
Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen	21	21	42	18	20	38	90%
Senat und Senatskanzlei	56	80	136	82	78	160	118%
Die Bevollmächtigte beim Bund	10	21	31	5	2	7	23%
Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Information	3	12	15	2	14	16	107%
Der Senator für Inneres und Sport	2.791	1.046	3.837	247	314	561	15%
Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau		14	14	0	2	2	14%
Der Senator für Justiz und Verfassung	672	824	1.496	251	538	789	53%
Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft	2.244	4.347	6.591	754	2.109	2.863	43%
Der Senator für Kultur	70	60	130	17	49	66	51%
Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	695	1.272	1.967	414	821	1.235	63%
Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	493	400	893	309	292	601	67%
Der Senator für Wirtschaft und Häfen	178	106	284	111	201	312	110%
Die Senatorin für Finanzen	835	994	1.829	439	528	967	53%
Kernverwaltung	8.088	9.252	17.340	2.666	5.016	7.682	
Belegungsquote Kernverwaltung	33%	54%	44%				
Ausgliederungen	3.688	5.308	8.996	334	744	1.078	
Belegungsquote Ausgliederungen	9%	14%	12%				

Anlage 24: Beschäftigte nach Altersgruppen in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)

Alter	Kernverwaltung		ausgegliederte Bereiche		bremische Mehrheitsgesellschaften	
	2010	Quote	2010	Quote	2010	Quote
bis 20	12	0,1%	8	0,1%	37	0,4%
21 - 25 Jahre	297	1,7%	241	2,7%	271	3,0%
26 - 30 Jahre	1110	6,4%	866	9,6%	658	7,4%
31 - 35 Jahre	1510	8,7%	779	8,7%	789	8,8%
36 - 40 Jahre	1733	10,0%	836	9,3%	975	10,9%
41 - 45 Jahre	2382	13,7%	1416	15,7%	1.547	17,3%
46 - 50 Jahre	2424	14,0%	1465	16,3%	1.602	17,9%
51 - 55 Jahre	2691	15,5%	1330	14,8%	1.449	16,2%
56 - 60 Jahre	3204	18,5%	1320	14,7%	1.136	12,7%
über 60 Jahre	1977	11,4%	735	8,2%	475	5,3%
Insgesamt	17.340	100,0%	8.996	100,0%	8.939	100,0%

Anlage 25: Altersstruktur der Beschäftigten in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)

Alter	Kern- verwaltung	ausgegliederte Bereiche	brem. Mehrheits- gesellschaften
bis 19	3	2	21
20	9	6	16
21	16	13	23
22	34	37	34
23	69	44	55
24	71	60	78
25	107	87	81
26	116	118	75
27	205	162	123
28	234	186	165
29	293	218	132
30	262	182	163
31	300	172	154
32	288	162	153
33	292	145	159
34	306	143	176
35	324	157	147
36	301	155	163
37	340	141	168
38	329	142	184
39	388	198	206
40	375	200	254
41	453	267	244
42	525	271	285
43	491	303	303
44	489	308	342
45	424	267	373
46	479	300	313
47	492	311	331
48	457	295	359
49	515	253	297
50	481	306	302
51	509	285	309
52	533	265	317
53	567	249	305
54	543	272	264
55	539	259	254
56	591	278	239
57	595	240	241
58	675	287	221
59	698	255	232
60	645	260	203
61	600	250	166
62	576	203	120
63	411	143	81
64	330	89	65
65 und älter	60	50	43
Insgesamt	17.340	8.996	8.939
Durchschnittsalter	47,6	45,8	45,3

Anlage 26: Entwicklung der Schwerbehindertenbeschäftigungsquote in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2001 bis 2010)

Jahr	Arbeitsplätze	5%	6%	schwerbehinderte Beschäftigte	Erfüllungsquote
2001	32.720	1.635,99	1.963,19	1.971	6,02
2002	32.020	1.601,00	1.921,20	1.911	5,97
2003	32.326	1.616,30	1.939,56	1.966	6,08
2004	25.229	1.261,45	1.513,74	1.576	6,25
2005	25.092	1.254,60	1.505,52	1.602	6,38
2006	24.821	1.241,05	1.489,26	1.557	6,27
2007	24.655	1.232,75	1.479,30	1.517	6,15
2008	24.631	1.231,55	1.477,86	1.523	6,18
2009	24.812	1.240,60	1.488,72	1.619	6,53
2010	24.699	1.234,95	1.481,94	1.686	6,82

Anlage 27: Entwicklung der Teilzeitquote in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen von 2000 bis 2010 (ohne Altersteilzeit)

Bereiche	Beschäftigte Gesamt			
	2000	2005	2009	2010
Kernverwaltung	18.872	18.174	17.369	17.340
Ausgliederungen	8.128	8.179	8.697	8.996
Summe	27.000	26.353	26.066	26.336
	davon Teilzeitbeschäftigte o. ATZ			
Kernverwaltung	4.581	4.233	4.445	4.468
Ausgliederungen	3.242	3.423	3.676	3.775
Summe	7.823	7.656	8.121	8.243
	Anteile an Gesamt			
Kernverwaltung	24,3 %	23,3 %	25,6 %	25,8 %
Ausgliederungen	39,9 %	41,9 %	42,3 %	42,0 %
Summe	29,0 %	29,1 %	31,2 %	31,3 %

Anlage 28: Teilzeitbeschäftigung und Altersteilzeit nach Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)

		Beschäftigte	Kernverwaltung	Ausgliederungen	brem. Mehrheitsgesellschaften
Beschäftigte insgesamt	Gesamt*	35.320	17.385	8.996	8.939
	männlich	14.594	8.112	3.688	2.794
	weiblich	20.726	9.273	5.308	6.145
	Frauenanteil	58,7%	53,3%	59,0%	68,7%
Teilzeitbeschäftigte gesamt	Gesamt	14.272	5.954	4.323	3.995
	männlich	2.549	1.191	833	525
	weiblich	11.723	4.763	3.490	3.470
	Frauenanteil	82,1%	80,0%	80,7%	86,9%
Anteil Teilzeitbeschäftigte	Gesamt	40,4%	34,2%	48,1%	44,7%
	männlich	17,5%	14,7%	22,6%	18,8%
	weiblich	56,6%	51,4%	65,7%	56,5%
Altersteilzeit (ATZ)	Gesamt*	2.442	1.486	548	408
	männlich	930	652	155	123
	weiblich	1.512	834	393	285
	Frauenanteil	61,9%	56,1%	71,7%	69,9%
Anteil Alters- teilzeit an Teilzeitarbeit	Gesamt	17,1%	25,0%	12,7%	10,2%
	männlich	36,5%	54,7%	18,6%	23,4%
	weiblich	12,9%	17,5%	11,3%	8,2%
Teilzeitbeschäftigte (ohne ATZ)	Gesamt	11.830	4.468	3.775	3.587
	männlich	1.619	539	678	402
	weiblich	10.211	3.929	3.097	3.185
	Frauenanteil	86,3%	87,9%	82,0%	88,8%
Anteil Teilzeitbeschäftigte (ohne ATZ)	Gesamt	33,5%	25,7%	42,0%	40,1%
	männlich	11,1%	6,6%	18,4%	14,4%
	weiblich	49,3%	42,4%	58,3%	51,8%

*Die Beschäftigten in der Passivphase der Altersteilzeit wurden hier mitgezählt.

Anlage 29: Teilzeitquote (ohne Altersteilzeit) in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen nach Geschlecht und Laufbahngruppen 2010

Laufbahn	Kernverwaltung			Ausgegliederte Bereiche		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
LG 2, 2. EA	4.548	2.259	2.289	2.807	1.740	1.067
LG 2, 1. EA	8.511	4.149	4.362	1.727	778	949
LG 1, 2. EA	4.150	1.610	2.540	3.105	967	2.138
LG 1, 1. EA	112	60	52	1.319	187	1.132
nicht zugeordnet*	19	10	9	38	16	22
Summe	17.340	8.088	9.252	8.996	3.688	5.308
Teilzeitbeschäftigte ohne Altersteilzeit						
Laufbahn	Kernverwaltung			Ausgegliederte Bereiche		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
LG 2, 2. EA	1.222	258	964	942	414	528
LG 2, 1. EA	1.923	199	1.724	516	94	422
LG 1, 2. EA	1.293	75	1.218	1.313	101	1.212
LG 1, 1. EA	30	7	23	1.003	69	934
nicht zugeordnet*	0			1		1
Summe	4.468	539	3.929	3.775	678	3.097
Teilzeitquote ohne Altersteilzeit						
Laufbahn	Kernverwaltung			Ausgegliederte Bereiche		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
LG 2, 2. EA	26,9%	11,4%	42,1%	33,6%	23,8%	49,5%
LG 2, 1. EA	22,6%	4,8%	39,5%	29,9%	12,1%	44,5%
LG 1, 2. EA	31,2%	4,7%	48,0%	42,3%	10,4%	56,7%
LG 1, 1. EA	26,8%	11,7%	44,2%	76,0%	36,9%	82,5%
nicht zugeordnet*	0,0%	0,0%	0,0%	2,6%	0,0%	4,5%
Summe	25,8%	6,7%	42,5%	42,0%	18,4%	58,3%

*Festvertrag

Anlage 30: Teilzeitquote (ohne Altersteilzeit) in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften nach Altersgruppen (2010)

Alter	Beschäftigte Gesamt	Teilzeitbeschäftigte ohne Altersteilzeit	Teilzeitquote ohne Altersteilzeit
Kernverwaltung			
bis 35 Jahre	2.929	504	17,2 %
36 - 45 Jahre	4.115	1.503	36,5 %
46 - 55 Jahre	5.115	1.520	29,7 %
56 - 60 Jahre	3.204	742	23,2 %
über 60 Jahre	1.977	199	10,1 %
Insgesamt	17.340	4.468	25,8 %
Ausgliederungen			
bis 35 Jahre	1.894	961	50,7 %
36 - 45 Jahre	2.252	989	43,9 %
46 - 55 Jahre	2.795	1.199	42,9 %
56 - 60 Jahre	1.320	430	32,6 %
über 60 Jahre	735	196	26,7 %
Insgesamt	8.996	3.775	42,0 %
bremische Mehrheitsgesellschaften			
bis 35 Jahre	1.755	480	27,4 %
36 - 45 Jahre	2.522	1.203	47,7 %
46 - 55 Jahre	3.051	1.429	46,8 %
56 - 60 Jahre	1.136	378	33,3 %
über 60 Jahre	475	97	20,4 %
Insgesamt	8.939	3.587	40,1 %

Anlage 31: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in Altersteilzeit in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 bis 2010)

Bereich	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Kernverwaltung	852	1.401	1.814	2.160	2.180	1.987	1.728	1.510	1.367	1.434	1.486
Ausgliederungen	120	203	250	340	367	366	343	328	372	517	548
Insgesamt	972	1.604	2.064	2.500	2.547	2.353	2.071	1.838	1.739	1.951	2.034

Anlage 32: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in den Modellen der Altersteilzeit in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2000 bis 2010)

Altersteilzeit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Blockmodell - aktiv	678	1197	1532	1758	1526	1090	875	643	496	859	998
Blockmodell - abwesend	108	189	298	507	817	1.089	1.047	1.066	1.068	939	856
Teilzeitmodell	186	218	234	235	204	174	149	129	175	153	180
Insgesamt	972	1.604	2.064	2.500	2.547	2.353	2.071	1.838	1.739	1.951	2.034

Anlage 33: Altersteilzeit nach Statusgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung, den Ausgliederungen und den Mehrheitsgesellschaften (2010)

Statusgruppe	Kernverwaltung			Ausgliederungen			brem. Mehrheitsgesellschaften		
	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich
Beamte	754	365	389	45	25	20	6	3	3
Arbeitnehmer	732	287	445	503	130	373	402	120	282
Insgesamt	1.486	652	834	548	155	393	408	123	285

Anlage 34: Altersteilzeit nach Laufbahngruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)

Laufbahn	Kernverwaltung			Ausgliederungen		
	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich
LB 2 2.EA	553	331	222	58	37	21
LB 2 1.EA	707	271	436	193	77	116
LB 1 2.EA	207	49	158	175	35	140
LB 1 1.EA	16	1	15	120	4	116
nicht zugeordnet*	3		3	2	2	
Insgesamt	1.486	652	834	548	155	393

*Festgehalt

Anlage 35: Fehlzeitenquoten nach Geschlecht und Krankheitsdauer in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)

Dauer der Erkrankung	Männer				Frauen				Gesamt			
	Anzahl Personen	Krankentage	Fehlzeitenquote in %	Anteil in %	Anzahl Personen	Krankentage	Fehlzeitenquote in %	Anteil in %	Anzahl Personen	Krankentage	Fehlzeitenquote in %	Anteil in %
Gesamt	6.591	123.379	5,13 %		11.023	253.375	6,30 %		17.614	376.754	5,86 %	
bis 3 Tage	6.591	23.695	0,98 %	19,2 %	11.023	40.866	1,02 %	16,1 %	17.614	64.561	1,00 %	17,1 %
4 bis 42 Tage	6.591	51.230	2,13 %	41,5 %	11.023	102.062	2,54 %	40,3 %	17.614	153.292	2,38 %	40,7 %
über 42 Tage	6.591	45.720	1,90 %	37,1 %	11.023	102.062	2,54 %	40,3 %	17.614	147.782	2,30 %	39,2 %
Kur, Reha	6.591	2.734	0,11 %	2,2 %	11.023	8.385	0,21 %	3,3 %	17.614	11.119	0,17 %	3,0 %
davon Arbeitsunfall	6.591	2.815	0,12 %		11.023	3.537	0,09 %		17.614	6.352	0,10 %	1,7 %

Anlage 36: Fehlzeitenquote nach Altersgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)

Altersgruppen	Männer				Frauen				Gesamt			
	Anzahl Personen	Krankentage	Fehlzeitenquote in %	Anteile AG in Bezug zu gesamt männlich Beschäft. in %	Anzahl Personen	Krankentage	Fehlzeitenquote in %	Anteile AG in Bezug zu gesamt weiblich Beschäft. in %	Anzahl Personen	Krankentage	Fehlzeitenquote in %	Anteile AG in Bezug zu ges. Beschäftigt. in %
Gesamt	6.591	123.379	5,13 %		11.023	253.375	6,30 %		17.614	376.754	5,86 %	
unter 30 Jahre	558	5.484	2,69 %	4,4 %	1.230	15.375	3,42 %	6,1 %	1.788	20.859	3,20 %	5,5 %
30 bis 39 Jahre	959	10.673	3,05 %	8,7 %	1.926	28.439	4,05 %	11,2 %	2.885	39.112	3,71 %	10,4 %
40 bis 49 Jahre	1.764	31.916	4,96 %	25,9 %	3.111	67.540	5,95 %	26,7 %	4.875	99.456	5,59 %	26,4 %
50 bis 59 Jahre	2.213	50.874	6,30 %	41,2 %	3.678	109.429	8,15 %	43,2 %	5.891	160.303	7,46 %	42,5 %
über 60 Jahre	1.097	24.432	6,10 %	19,8 %	1.078	32.592	8,28 %	12,9 %	2.175	57.024	7,18 %	15,1 %

Anlage 37: Fehlzeitenquote nach Entlohnungsstufen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)

Entlohnungsstufe	Fehlzeitenquote in %		
	Männer	Frauen	Gesamt
01	5,02 %	6,03 %	5,91 %
02	4,96 %	13,28 %	12,83 %
03	8,41 %	11,14 %	10,26 %
04	12,40 %	10,80 %	11,92 %
05	7,52 %	9,09 %	8,31 %
06	7,28 %	6,83 %	6,95 %
07	8,98 %	8,14 %	8,62 %
08	7,16 %	7,51 %	7,43 %
09	4,78 %	5,81 %	5,45 %
10	6,76 %	7,45 %	7,17 %
11	5,52 %	6,15 %	5,85 %
12	5,73 %	4,42 %	4,85 %
13	3,73 %	4,50 %	4,19 %
14	3,01 %	4,52 %	3,69 %
15	3,65 %	3,66 %	3,66 %
16	2,16 %	4,16 %	2,71 %
17	1,41 %	7,01 %	2,89 %
18	3,59 %	3,04 %	3,44 %

Anlage 38: Fehlzeitenquote nach Laufbahngruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)

Laufbahn	Männer			Frauen			Gesamt			Anteile der Krankheitsstage an Gesamt in %
	Anzahl Personen	Krankentage	Fehlzeitenquote in %	Anzahl Personen	Krankentage	Fehlzeitenquote in %	Anzahl Personen	Krankentage	Fehlzeitenquote in %	
Sonstige	456	3.986	2,39 %	794	9.606	3,31 %	1.250	13.592	2,98 %	3,61 %
LG 1, 1. EA	186	6.031	8,88 %	828	36.852	12,19 %	1.014	42.883	11,59 %	11,38 %
LG 1, 2. EA	1.578	42.075	7,31 %	3.265	91.561	7,68 %	4.843	133.636	7,56 %	35,47 %
LG 2, 1. EA	2.292	45.957	5,49 %	3.987	80.710	5,55 %	6.279	126.667	5,53 %	33,62 %
LG 2, 2. EA	2.079	25.330	3,34 %	2.149	34.646	4,42 %	4.228	59.976	3,89 %	15,92 %
Gesamt	6.591	123.379	5,13 %	11.023	253.375	6,30 %	17.614	376.754	5,86 %	100,00 %

Anlage 39: Fehlzeitenquote nach Personalgruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)

Personalgruppe	Männer			Frauen			Gesamt		
	Anzahl	Krankentage	Fehlzeitenquote in %	Anzahl	Krankentage	Fehlzeitenquote in %	Anzahl	Krankentage	Fehlzeitenquote in %
Verwaltung	1.827	37.612	5,64 %	3.041	72.625	6,54 %	4.868	110.237	6,20 %
Gerichte	361	6056	4,60 %	590	11815	5,49 %	951	17.871	5,15 %
Strafvollzug	234	6.258	7,33 %	64	1.959	8,39 %	298	8.217	7,55 %
Lehrer	1.998	27.339	3,75 %	3.703	61.137	4,52 %	5.701	88.476	4,25 %
Erziehungs- und Betreuungspersonal	160	3.204	5,49 %	1.313	32.729	6,83 %	1.473	35.933	6,68 %
Technisches Personal	544	9.554	4,81 %	247	5.713	6,34 %	791	15.267	5,29 %
Steuerpersonal	493	8.531	4,74 %	577	12.929	6,14 %	1.070	21.460	5,49 %
Raumpflege			0,00 %	611	28.265	12,67 %	613	28.265	12,63 %
Sonstige Personalgruppen	942	24.450	7,11 %	848	25.116	8,11 %	1.790	49.566	7,59 %
Gesamt	6.561	123.004	5,14 %	10.994	252.288	6,29 %	17.555	375.292	5,86 %

Anlage 40: Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote nach Geschlecht und Umfang der Arbeitszeit nach Kalendertagen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)

Umfang Arbeitszeit	Anzahl Beschäftigte			Anzahl Krankentage			Fehlzeitenquote in %		
	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt
bis 50 %	1.220	197	1.417	24.785	3.027	27.812	5,57 %	4,21 %	5,38 %
bis 75 %	2.310	172	2.482	62.624	3.386	66.010	7,43 %	5,39 %	7,29 %
Vollzeit	7.493	6.222	13.715	165.966	116.966	282.932	6,07 %	5,15 %	5,65 %
Summe	11.023	6.591	17.614	253.375	123.379	376.754	6,30 %	5,13 %	5,86 %

Anlage 41: Krankentage im Dienststellenvergleich in der Kernverwaltung (2010)

Dienststelle	Anzahl Personen	Krankentage je Dienststelle	Fehlzeitenquote je Arbeitstag in %	Krankentage je Beschäftigten				
				gesamt	bis 3 Tage	4 bis 42 Tage	Langzeiterkrankungen	Kur, Reha
Amt für soziale Dienste	841	23.785	11,13 %	28,28	5,36	10,04	11,61	1,28
Amt für Straßen und Verkehr	277	7.922	11,26 %	28,60	5,14	13,19	9,77	0,49
Amtsgericht Bremen	348	8.637	9,77 %	24,82	3,43	10,21	10,61	0,57
Amtsgericht Bremerhaven	92	1.542	6,60 %	16,76	3,16	5,46	7,62	0,52
Ausbildungsgesellschaft mbH	121	2.481	8,07 %	20,50	5,56	12,11	2,54	0,30
Der Senator für Inneres und Sport	96	1.193	4,89 %	12,43	3,70	6,67	1,27	0,79
Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	545	13.349	9,64 %	24,49	5,87	9,60	7,88	1,14
Der Senator für Wirtschaft und Häfen	187	2.982	6,28 %	15,95	4,40	5,85	5,70	0,00
Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	310	6.117	7,77 %	19,73	4,88	9,06	5,09	0,70
Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft	311	6.029	7,63 %	19,39	4,98	8,43	5,61	0,37
Die Senatorin für Finanzen	341	4.490	5,18 %	13,17	3,75	6,20	2,44	0,78
Finanzamt Bremen-Mitte	288	6.757	9,24 %	23,46	5,34	9,80	8,14	0,19
Finanzamt Bremen-Nord	136	2.370	6,86 %	17,43	4,52	7,78	5,13	0,00
Finanzamt Bremen-Ost	176	3.679	8,23 %	20,90	5,82	9,40	5,56	0,13
Finanzamt Bremen-West	185	4.772	10,16 %	25,79	6,61	10,90	8,12	0,17
Finanzamt Bremerhaven	129	2.800	8,55 %	21,71	4,82	8,46	7,86	0,57
Finanzamt für Außenprüfung Bremen	196	3.268	6,56 %	16,67	3,84	6,92	5,80	0,11
Förderzentren	614	13.915	8,92 %	22,66	3,11	8,04	11,25	0,27
GeoInformation	135	3.476	10,14 %	25,75	6,30	11,79	7,03	0,63
Gesamtschulen	649	12.205	7,40 %	18,81	3,34	7,27	7,56	0,63
Gymnasien und durchgehende Schulen mit Abitur	615	7.185	4,60 %	11,68	2,48	4,29	4,57	0,34
Hanseatisches Oberlandesgericht	112	893	3,14 %	7,97	2,05	3,37	2,55	0,00
Hansestadt Bremisches Hafenamts	95	2.226	9,23 %	23,43	1,83	10,87	10,08	0,64
Immobilien Bremen	934	28.381	11,96 %	30,39	1,91	12,76	15,18	0,53
Jobcenter	309	6.710	8,55 %	21,72	4,58	10,72	6,18	0,24
Justizvollzugsanstalt	384	11.168	11,45 %	29,08	3,16	11,43	14,10	0,39
KiTa Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen	1.604	45.427	11,15 %	28,32	3,76	12,95	10,64	0,97
Landesinstitut für Schule	403	5.520	5,39 %	13,70	1,97	4,63	6,67	0,43
Landgericht Bremen	97	908	3,69 %	9,36	2,39	5,46	1,51	0,00
Performa Nord	201	4.322	8,47 %	21,50	5,52	8,18	7,08	0,72
Schulen des Primarbereichs	1.331	19.365	5,73 %	14,55	2,38	5,33	6,17	0,67
Schulen des Sekundarbereichs I	1.030	18.812	7,19 %	18,26	3,39	5,54	9,16	0,17
Schulen des Sekundarbereichs II	1.411	20.951	5,85 %	14,85	2,29	4,48	7,33	0,74
SJV und zugeordnete Dienststellen	268	4.910	7,21 %	18,32	3,07	7,81	6,80	0,64
SK und zugeordnete Dienststellen	145	2.713	7,37 %	18,71	2,82	6,18	9,41	0,30
Sonstige Dienststellen	124	3.376	10,72 %	27,23	3,40	9,62	13,53	0,67
Staatsanwaltschaft Bremen/Bremerhaven	183	5.492	11,82 %	30,01	4,14	9,66	13,84	2,37
Stadtamt	474	13.212	10,97 %	27,87	5,16	11,96	9,77	0,99
Umweltbetrieb Bremen	536	16.035	11,78 %	29,92	3,39	16,52	9,51	0,49
Versorgungsamt	109	3.459	12,49 %	31,73	6,79	11,35	13,28	0,31
zentrale Aus-/Fort-/Weiterbildung	463	5.474	4,65 %	11,82	3,48	5,90	2,45	0,00
Zugeordnete Dienststellen SAFGJS	289	7.690	10,48 %	26,61	4,97	11,88	8,42	1,35
Zugeordnete Dienststellen SF	139	2.963	8,39 %	21,32	5,22	9,25	6,35	0,50
Zugeordnete Dienststellen SfK	189	3.335	6,95 %	17,65	2,59	6,21	7,71	1,13
Zugeordnete Dienststellen SIS	161	3.772	9,22 %	23,43	4,76	10,10	6,67	1,89
insgesamt	17.614	376.754	8,42 %	21,35	3,65	8,68	8,38	0,63

Anlage 42: Dienststellen bzw. organisatorische Einrichtungen des bremischen öffentlichen Dienstes, die im Jahr 2010 noch nicht am MiP teilgenommen haben

Dienststellen ohne MiP-Teilnahme in 2010
Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau
Der Senator für Kultur
Deutsches Schiffahrtsmuseum Bremerhaven
Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund
Feuerwehr Bremen
Gesundheitsamt Bremen
Hochschule Bremen
Hochschule Bremerhaven
Hochschule für Künste
Hochschule für öffentliche Verwaltung
Landeseichdirektion Bremen
Landesfeuerweherschule
Polizei Bremen
Staats- und Universitätsbibliothek
Stadtbibliothek
Studentenwerk Bremen
Universität Bremen
Werkstatt Bremen

Anlage 43: Übersicht Dienststellengruppierungen/Cluster in der Kernverwaltung (2010)

Gruppierung/Clustername	zugehörige Dienststellen
SJV und zugeordnete Dienststellen	Die senatorische Dienststelle des Senators für Justiz und Verfassung, Amtsgericht Bremen-Blumenthal, Arbeitsgericht Bremen/Bremerhaven, Finanzgericht, Generalstaatsanwaltschaft, Justizzentrum am Wall, Landesarbeitsgericht, Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Oberwaltungsgericht, Sozialgericht, Verwaltungsgericht
SK und zugeordnete Dienststellen	Senatskanzlei, Landeszentrale für politische Bildung, Stadtteilmanagement
Sonstige Dienststellen	Bremische Bürgerschaft, Der Landesbehindertenbeauftragte der Freien Hansestadt Bremen, Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen
Zugeordnete Dienststellen SF	Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Aus- und Fortbildungszentrum der FHB, Landeshauptkasse, Verwaltungsschule
Zugeordnete Dienststellen SIS	Landesamt für Verfassungsschutz, Sportamt Bremen, Statistisches Landesamt
Zugeordnete Dienststellen SfK	Landesamt für Denkmalpflege, Musikschule Bremen, Staatsarchiv Bremen, Bremer Volkshochschule, Der Landesarchäologe
Zugeordnete Dienststellen SAFGJS	Fachdienste für Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht des Landes Bremen, Hafengesundheitsamt Bremerhaven/Bremen, Landesuntersuchungsamt, Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienste (LmTVet)

Anlage 44: Zusammengefasste Entlohnungsstufen

Entlohnungs- stufe	Bewertungs- faktor	A- Besoldung	B- Besoldung	C- Besoldung	R- Besoldung	W- Besoldung	TVöD	TVL	TVL- Pflege	TVL- Lehrer	Kraftfahrer
1	0,57	1					01, 02	1			
2	0,71	2					02U	02, 02U			
3	0,74	3					3	3	03A		
4	0,76	4					4	4	04A		
5	0,79	05, 05S					5	5			01 - 05A
6	0,84	06, 06S					6	6		6	
7	0,88	7					7	7	07A		
8	0,95	8					8	8	08A	8	
9	1,00	09S, 09					09, 09A	09, 09V, 09L	09A, 09B, 09C, 09D	09, 09V	
10	1,13	10, 10S					10	10	10A	10	
11	1,22	11, 11S					11	11	11A, 11B	11	
12	1,30	12, 12A					12	12	12A	12	
13	1,44	13, 13S		1		1	13	13, 13N, 13U, 13V		13, 13B	
14	1,50	14, 14O, 14S			1		14	14		14	
15	1,64	15, 15O, 15S	1	2			15	15		15	
16	1,91	16, 16S					15U	15U		15U	
17	2,44		2	3	2	2					
18	2,58		3		3						
19	2,73		4	4	4	3					
20	2,91		5		5						
21	3,07		6		6						
22	3,23		7		7						
23	3,40		8		8						

Anlage 45: Entlohnungsstufen in der Kernverwaltung (2000 und 2010)

Entlohnungs- stufe	2000		2010		Anteil 2010	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
01	3	22		2	0,0%	0,0%
02	8	276	6	24	0,0%	0,1%
03	75	171	16	20	0,1%	0,1%
04	51	12	11	5	0,1%	0,0%
05	213	57	136	318	0,8%	1,8%
06	317	608	195	783	1,1%	4,5%
07	556	1252	274	186	1,6%	1,1%
08	884	715	552	749	3,2%	4,3%
09	1953	779	1822	1626	10,5%	9,4%
10	977	775	923	487	5,3%	2,8%
11	678	491	723	591	4,2%	3,4%
12	927	1420	664	1285	3,8%	7,4%
13	1971	1788	1740	2524	10,0%	14,6%
14	641	318	491	386	2,8%	2,2%
15	496	129	309	177	1,8%	1,0%
16	111	8	116	42	0,7%	0,2%
17	99	15	61	27	0,4%	0,2%
18	26	6	24	11	0,1%	0,1%
19	8	1	5	1	0,0%	0,0%
20	6		8	3	0,0%	0,0%
21	1			1	0,0%	0,0%
22	12	2	10	4	0,1%	0,0%
23	2		2		0,0%	0,0%
nicht zugeordnet	12				0,0%	0,0%
Insgesamt	10.027	8.845	8.088	9.252	46,6%	53,4%

Anlage 46: Entlohnungsstufen in den Ausgliederungen (2000 und 2010)

Entlohnungs- stufe	2000		2010		Anteil 2010	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
01	5	18	64	65	0,6%	0,7%
02	15	40	833	686	8,4%	6,9%
03	79	87	214	338	2,2%	3,4%
04	79	35	59	14	0,6%	0,1%
05	227	289	96	229	1,0%	2,3%
06	258	233	232	323	2,3%	3,3%
07	131	76	417	25	4,2%	0,3%
08	124	174	821	1111	8,3%	11,2%
09	246	372	494	997	5,0%	10,1%
10	208	169	501	204	5,1%	2,1%
11	199	235	177	162	1,8%	1,6%
12	192	197	67	75	0,7%	0,8%
13	963	1022	450	806	4,5%	8,1%
14	168	223	55	118	0,6%	1,2%
15	223	121	35	29	0,4%	0,3%
16	14	22	3	5	0,0%	0,1%
17	219	221	49	77	0,5%	0,8%
18	1	4		1	0,0%	0,0%
19	189	150	21	43	0,2%	0,4%
Insgesamt	3.540	3.688	4.588	5.308	46,4%	53,6%

Anlage 47: Beförderungen nach Status-, Laufbahngruppen und Geschlecht in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2010)

Laufbahn	Kernverwaltung					
	Beamte			Arbeitnehmer		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
LG1 1.EA			0			0
LG1 2.EA	1		1	27	67	94
LG2 1.EA	82	52	134	18	33	51
LG2 2.EA	5	3	8	15	9	24
nicht zugeordnet*					2	2
Summe	88	55	143	60	111	171
Laufbahn	Ausgliederungen					
	Beamte			Arbeitnehmer		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
LG1 1.EA				6	12	18
LG1 2.EA			0	22	35	57
LG2 1.EA		1	1	16	34	50
LG2 2.EA	6	3	9	14	19	33
Summe	6	4	10	58	100	158

Anlage 48: Entwicklung von Beförderungen und Höhergruppierungen in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen (2002 bis 2010)

Jahr	Geschlecht	Kernverwaltung	Ausgliederungen	Kernverwaltung ohne Polizei
2002	Männer	942	198	579
	Frauen	582	327	511
2003	Männer	1220	207	466
	Frauen	512	399	464
2004	Männer	715	182	429
	Frauen	427	314	372
2005	Männer	638	185	424
	Frauen	441	323	388
2006	Männer	596	141	408
	Frauen	406	195	364
2007	Männer	468	124	313
	Frauen	384	176	347
2008	Männer	475	101	353
	Frauen	380	129	347
2009	Männer	422	142	303
	Frauen	306	190	286
2010	Männer	148	64	64
	Frauen	166	104	116

Anlage 49: Personalausgaben der Kernverwaltung des Stadtstaates (2010)

	Land	Stadt Bremen	Bremerhaven	Gesamt
	in T €			
Dienstbezüge	365.023	372.087	170.623	907.732
Versorgungsbezüge	150.851	187.816	50.050	388.717
Beihilfen	24.589	26.500	9.383	60.471
sonstige Personalausgaben	11.380	1.604	1.569	14.553
Insgesamt	551.842	588.007	231.625	1.371.474

Anlage 50: Entwicklung der bereinigten Personalhaushalte (2000 bis 2010)

Jahr	Personalausgaben		
	Rechnungs- ergebnis	ausgliederungs- bereinigt	kostensteigerungs- bereinigt
	in T €		
2000	1.099.937	1.018.935	1.018.935
2001	1.113.129	1.031.907	1.013.244
2002	1.103.618	1.044.456	1.000.927
2003	1.129.518	1.073.000	1.006.545
2004	1.083.099	1.058.443	1.004.173
2005	1.065.723	1.071.288	995.033
2006	1.052.431	1.046.154	996.362
2007	1.053.834	1.047.101	990.966
2008	1.070.861	1.062.927	995.437
2009	1.116.064	1.116.064	997.665
2010	1.139.849	1.139.849	1.002.103

Anlage 51: Entwicklung der Beihilfeausgaben (2000 bis 2010)

Jahr	Rechnungs- ergebnis Beihilfen	Beihilfen ausgliederungs- bereinigt	darunter	
			Beihilfen aktiv (incl. Freie Heilfürsorge)	Beihilfen Versorgung
in T €				
2000	38.421	35.801	17.250	15.759
2001	41.908	38.653	18.257	17.648
2002	41.908	39.102	17.731	18.644
2003	42.797	40.798	18.030	20.040
2004	41.872	41.914	18.253	20.926
2005	44.867	45.003	18.598	23.698
2006	45.489	45.489	18.711	24.301
2007	45.866	45.866	18.339	25.021
2008	47.940	47.940	18.407	27.309
2009	50.214	50.214	19.360	28.432
2010	51.088	51.088	19.017	29.818

Anlage 52: Entwicklung des Versorgungsvolumens bis 2030

Jahr	Beamtenversorgung			Zusatzversorgung		
	Zugänge	Abgänge	Bestand	Zugänge	Abgänge	Bestand
2010			6.781,85			928,39
2011	500,48	-288,28	6.994,06	32,12	-38,51	921,99
2012	419,51	-296,51	7.117,05	34,01	-40,06	915,95
2013	442,29	-303,27	7.256,08	36,70	-41,42	911,23
2014	443,11	-310,88	7.388,32	36,10	-42,90	904,43
2015	402,01	-318,58	7.471,74	36,81	-44,30	896,93
2016	408,41	-326,23	7.553,92	34,71	-45,65	886,00
2017	412,36	-333,97	7.632,31	36,22	-46,85	875,37
2018	401,50	-342,01	7.691,81	35,56	-48,04	862,89
2019	381,46	-350,70	7.722,58	34,86	-49,12	848,63
2020	360,31	-359,52	7.723,37	34,96	-50,13	833,47
2021	361,41	-367,85	7.716,92	33,52	-50,91	816,08
2022	340,66	-376,70	7.680,89	30,81	-51,48	795,41
2023	318,94	-385,24	7.614,59	31,96	-51,81	775,56
2024	329,80	-393,41	7.550,98	30,39	-52,06	753,90
2025	282,65	-401,15	7.432,48	31,42	-51,95	733,37
2026	287,36	-407,78	7.312,06	28,25	-51,67	709,95
2027	290,27	-413,50	7.188,83	26,51	-51,09	685,38
2028	300,15	-419,00	7.069,99	24,56	-50,31	659,63
2029	287,11	-422,95	6.934,14	24,77	-49,34	635,05
2030	270,28	-424,80	6.779,62	20,76	-48,15	607,66

Anlage 53: Entwicklung der Versorgungsausgaben bis 2030 (Prognose)

Jahr	Beamtenversorgung	Zusatzversorgung
	in T €	
2011	354.318	17.411
2012	369.382	17.460
2013	379.602	17.353
2014	386.830	17.236
2015	392.535	17.096
2016	396.860	16.916
2017	400.891	16.705
2018	404.135	16.480
2019	406.046	16.223
2020	406.487	15.941
2021	405.878	15.628
2022	404.267	15.261
2023	401.198	14.872
2024	397.555	14.475
2025	392.507	14.074
2026	386.126	13.652
2027	379.607	13.192
2028	373.099	12.712
2029	366.213	12.234
2030	358.400	11.737